DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

205 18. JAHRGANG Oktober 2001 8,00 DM 4,40 Euro

AUS DEM INHALT:

DER 11. SEPTEMBER

Mit der kriegerischen Antwort des amerikanischen Präsidenten auf dieses schreckliche Attentat drohen weltweit zahlreiche Konflikte zu eskalieren. An ein präventives Konfliktmanagement scheint niemand mehr zu denken. Die USA handeln auf eigene Faust, mit dem Blankoscheck der Nato-Verbündeten in der Tasche. Unsere Regierung nebst Opposition steht dabei an vorderster Front im Kampf der »Guten« gegen das »Böse«. Der Feind war schnell ausgemacht: der islamische Extremist Osama Bin Laden hat der »freien Welt« den Krieg erklärt. Und da ein Feind so schnell gefunden wurde, weiß die »zivilisierte Welt« auch schon, wer die Guten sind. Und wir wissen es nun auch, die wir so plötzlich alle Amerikaner geworden sind.

Nicht erst seit den »humanitären« Bombardements auf Belgrad muss man vorsichtig sein, wenn von Nation, Gut und Böse oder Schwarz und Weiß geredet wird. Der kriegsvorbereitenden Propaganda, die wir derzeit erleben, ist mit Vorsicht zu begegnen und es ist notwendig, deutlich zu machen, dass die sich abzeichnende Gewaltspirale nur gestoppt werden kann, wenn es eine Abkehr von der bisherigen Politik unserer sogenannten »zivilisierten Welt« gibt.

Folgende Beiträge haben wir aus aktuellem Anlass in dieser Ausgabe abgedruckt:

- Christoph Spehr: »Sieben Thesen zur Lage«
- USA: Der »Schwarze Radikale Kongress«
- Herrmann Cropp: »Stimmen der Opposition in den USA«
- Interview mit Christoph Sigrist: »Dezenetraler Terrorismus«
- Robert Kurz: »Der Todestrieb der kapitalistischen Vernunft« Seite 2 bis 5

FAULPELZE

»Der Faulpelz ist der einzige Pelz, den wir uns leisten können. Faulpelz steht uns gut« hieß das Motto, unter dem die »Arbeitslosenpolizei – Kommando Freitag der 13.« ein Berliner Sozialamt besuchte und vorübergehend das Leitungsteam des Amtes verhaftete. Seite 6

MITARBEITERUNTERNEHMEN

Beteiligungsunternehmen oder auch Partnerschaftsbetriebe sind herkömmliche Unternehmen mit klarer Hierarchie und Akzeptanz individueller Eigentums- und Kapitalbeteiligungsverhältnisse. Sie weisen aber sozialreformerische Elemente auf, indem sie der Arbeit einen höheren Stellenwert zubilligen und die Beschäftigten in die unternehmerische Trägerschaft integrieren. Gehen diese so weit, dass gegen den Willen der Beschäftigten keine Entscheidungen getroffen werden können, bekommen sie produktivgenossenschaftlichen Charakter. In diesem Fall kann auch von konsequenten Beteiligungsunternehmen gesprochen werden. »Geistkapital« – Bindung durch konsequente Beteiligungsmodelle sowie das Beispiel der Danet GmbH in Weiterstadt auf

Seite 12/13.

www.contraste.org

Zivilgesellschaftliche Alternativen zum Dienstleistungsabkommen der WTO (1)

Wem dient GATS?

Ziel des GATS ist es, weltweit den Weg für die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen freizumachen. Nichts Öffentliches ist sicher vor GATS – Erziehung, Gesundheitswesen, Sozialeinrichtungen, Postdienst, Museen und Büchereien, öffentlicher Verkehr – alles wird den Unternehmensinteressen erschlossen werden. GATS ist gut für Unternehmensprofite und eine schlechte Nachricht für die Menschen.
»Im Grunde wird der GATS/WTO-Prozess nicht aufhören, bevor Ausländer endlich beginnen, wie Amerikaner zu denken, wie Amerikaner zu handeln und – am wichtigsten – wie Amerikaner einzukaufen«, so ein hochrangiger US-amerikanischer WTO-Funktionär.

Foto: Günter Hildenhagen

Von Christoph Strawe, Stuttgart ● Kennen Sie GATS? – Eine Umfrage würde bei über 99% der befragten Bürger sicher nur ein Kopfschütteln hervorrufen: »Nie gehört«. Und doch handelt es sich bei GATS um etwas, das tief eingreifen wird in unser aller Leben, viel tiefer als die Ereignisse auf jenen politischen Entscheidungsebenen, auf die unsere Aufmerksamkeit von den Nachrichtenredakteuren gelenkt wird. Es sei denn, es gelingt uns, Alternativen zu diesem »Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen« durchzusetzen, *über das im Rahmen der Welthandelsorganisation* WTO verhandelt wird (GATS = General Agreement on Trade in Services).

Durch die Gründung der WTO 1995 wurde das bereits durch das GATT (2) proklamierte Prinzip des freien Warenverkehrs um die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen (GATS-Abkommen) und die Ordnung der kommerziell relevanten Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS-Abkommen) ergänzt. (3) GATS ist Bestandteil der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs systematisch vorangetriebenen und mit dem Fall der Mauern 1989 dramatisch beschleunigten Globalisierungsentwicklung, also der weltweiten Vernetzung der Gesellschaften und der vollen Herstellung des Weltmarkts, bei unerhörter Mobilität des Kapitals, was zur weltweiten Konkurrenz der Standorte geführt hat.

Der ehemalige Direktor der WTO Renato Ruggiero hat etwas durchaus Alarmierendes gesagt: »Das Dienstleistungsabkommen GATS umfasst Bereiche, die noch nie zuvor als Handelspolitik angesehen wurden. Ich vermute, dass weder die Regierungen noch die Geschäftswelt die volle Reichweite und den Wert der eingegangenen Verpflichtungen erkannt haben.« (4) Das Abkommen bezieht in der Tat tendenziell alle Tätigkeiten, die bisher als nicht-kommerziell (»Non-Profit-Sektor«) betrachtet wurden, in die wirtschaftliche Gütersphäre ein. Diese wieder soll strikt im Sinne der Ideologie des Neoliberalismus geordnet werden.

Gesundheits- und Bildungswesen, die Medien, Pflege und Altenbetreuung: nichts soll nicht zum privatwirtschaftlichen Geschäftszweig erklärt würde. Die Frage »cui bono« ist nicht allzu schwer zu beantworten: Seit einigen Jahren wird über den sogenannten sechsten Kondratieff-(Konjunktur)Zyklus gesprochen (5), in dem die neuen Megatrends durch wachsenden Bedarf im Bereich Gesundheit, Umwelt und Bildung gesetzt werden. Wenn es gelingt, diese Wachstumsfelder in die Sphäre der Shareholder-Value-Ökonomie zu ziehen, winken gewaltige Profite für Unternehmen in der Medizin- und Biotechnologiebranche, aber auch im Umweltbereich (Gewinnung neuer Energien, Abfallentsorgung etc.).

Wieweit es von diesem Grundsatz, dass alle Dienstleistung privatwirtschaftlicher Natur sei, geduldete Ausnahmen geben wird, ist durchaus unklar, auch wenn Regierungsvertreter beschwichtigend auf solche möglichen Ausnahmen verweisen. Klar ist dagegen, dass es Mechanismen geben soll, welche die Einhaltung der GATS-Regeln notfalls erzwingbar machen.

Maude Barlow hat Recht, wenn Sie in Ihrem Artikel »Die letzte Grenze« (»The Ecologist«, Februar 2001 (6)) schreibt, dass damit das Ende der Idee gemeinnütziger Dienste bevorstehen könnte. In der britischen Zeitschrift »The Observer« vom 15. April des Jahres erschien ein Artikel, in dem aus einem vertraulichen Dokument des WTO-Sekretariats zitiert wird. Demzufolge ist die Schaffung einer internationalen Agentur geplant, die gegenüber Entscheidungen einzelner Staaten oder Parlamente über Umwelt, Gesundheit, Bildung etc. ein Vetorecht haben soll, sofern diese Entscheidungen Verstöße gegen die durch GATS festgeschriebene Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen darstellen. Dies sei, so der »Observer«, offensichtlich ein Plan, die »altmodische politische Idee der Demokratie« zu beseitigen.

Angesichts solcher Entwicklungen sind große Teile der organisierten Zivilgesellschaft wach geworden. Im Internet zirkuliert eine Fülle von Informationen über die Gefahren von GATS, es gibt Aufrufe gegen das Abkommen. So wurde ein Appell »Stop the GATS Attack« bereits von 430 Nicht-Regierungs-Organisationen aus 53 Ländern unterzeichnet. (7) Vielleicht gelingt es, gegen GATS eine ähnliche breite Bewegung zu entfachen wie jene, welche das internationale Investitionsschutzabkommen MAI zu Fall brachte und diejenige, die zum Scheitern des WTO-Gipfels von Seattle führte.

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

01.7240 47 001
Ariane Dettloff
Trajanstr. 18
D-50678 Köln

ZUM »KRIEG GEGEN AMERIKA«

Terrorismus

Robert Bowman flog 101 Kampfangriffe in Vietnam. Heute ist er Bischof der Vereinigten Katholischen Kirche in Melbourne Beach, Florida/USA.
Aus aktuellem Anlass veröffentlichen wir einen Beitrag von Robert Bowmann aus dem Jahr 1999.

Robert Bowmann ● Wenn wir uns weiterhin über die wahren Hintergründe des Terrorismus täuschen lassen, wird er uns so lange weiter bedrohen, bis wir vernichtet werden. Die Wahrheit ist, dass keine unserer tausend Atomwaffen uns vor dieser Bedrohung schützen kann. Kein Star-War-System – ganz egal wie technisch hochentwickelt, ganz egal wie viele Milliarden Dollar hineingesteckt worden sind – kann uns vor einer Atomwaffe schützen, die in einem Segelboot oder in einer Cessna, in einem Koffer oder in einem Mietwagen ankommt. Nicht eine einzige Waffe in unserem riesigen Arsenal, nicht ein Cent der 270 Milliarden Dollar, die wir jährlich für sogenannte Verteidigung ausgeben, kann uns gegen eine Terroristenbombe schützen. Das ist eine militärische Tatsache.

Als Oberstleutnant im Ruhestand und jemand, der häufig Vorträge zum Thema nationale Sicherheit gibt, habe ich oft den Psalm 33 zitiert: »Wenn ein König in der Schlacht den Sieg erringt, dann verdankt er das nicht seiner großen Armee; und wenn ein Krieger heil davonkommt, dann liegt es nicht an seinen starken Muskeln.« Die Frage ergibt sich: »Was können wir dann tun? Gibt es denn nichts, wodurch wir unseren Bürgern Sicherheit bieten können?«

Doch! Aber um das zu begreifen, müssen wir die Wahrheit über die Bedrohung kennen. Als Präsident Clinton dem amerikanischen Volk erklärte, warum wir Afghanistan und den Sudan bombardierten, sagte er nicht die Wahrheit. Er sagte, wir wären das Ziel des Terrorismus, weil wir für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte stehen. Unsinn!

Wir sind das Ziel der Terroristen, weil unsere Regierung fast weltweit für Diktatur, Sklaverei und Ausbeutung steht. Wir sind das Ziel der Terroristen, weil wir gehasst werden. Und wir werden gehasst, weil unsere Regierung hassenswerte Taten begangen hat. In wievielen Ländern haben die Vertreter unserer Regierung Führer, die von der Bevölkerung gewählt waren, abgesetzt und durch Militärdiktatoren ausgetauscht, die nichts anderes als Marionetten und bereit waren, ihre eigenen Bürger an amerikanische Großkonzerne zu verkaufen?

Wir taten dies im Iran, als die US-Marine und das CIA Mossadegh absetzten, weil er die Ölindustrie nationalisieren wollte. Wir ersetzten ihn durch den Schah, und wir bewaffneten, trainierten und bezahlten dessen gehasste Geheimpolizei, die die Menschen im Iran versklavte und terrorisierte nur um die finanziellen Interessen unserer Ölkonzerne zu schützen. Ist es da ein Wunder, dass es Leute im Iran gibt, die uns hassen?

Wir taten dies in Chile. Wir taten dies in Vietnam. Und es ist noch nicht so lange her, da versuchten wir, es auch im Irak zu tun. Und natürlich, wie oft haben wir es in Nicaragua getan und in all den anderen latein-amerikanischen Bananenrepubliken? Wieder und wieder haben wir angesehene Führer verdrängt, die den Reichtum des Landes unter den Leuten, die dafür gearbeitet haben, verteilen wollten. Wir ersetzten sie durch mörderische Tyrannen, die ihre eigenen Leute verkauften, sodass der Reichtum des Landes durch Konzerne wie Domino Sugar, Folgers und Chiquita Banana ausgebeutet werden konnte.

In einem Land nach dem anderen hat unsere Regierung Demokratie vereitelt, Freiheit unterdrückt und ist auf den Menschenrechten herumgetrampelt. Deswegen wird sie rund um die Welt gehasst. Und deswegen sind wir das Ziel der Terroristen.

Fortsetzung auf Seite 3

ZUM »KRIEG GEGEN AMERIKA«

Sieben Thesen zur Lage

Von Christoph Spehr

1. Das ist kein Krieg.
– Auch wenn die Dimension der Terroranschläge schokkierend ist: Das ist kein Krieg. Bis jetzt noch nicht. Kriege sind bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten oder Bürgerkriegsparteien in einem Land; Krieg erfordert einen bekannten Gegner, dessen militärische Struktur angegriffen werden kann. Das Etikett »Krieg« lenkt ab von der Fragwürdigkeit von blinden Vergeltungsschlägen, die vorwiegend aus symbolischen und innenpolitischen Gründen forciert werden. Es sei daran erinnert, dass z.B. die »Ziele« im Sudan, die 1998 von den USA bombardiert wurden, sich nachträglich als »Irrtum« herausstellten. Terror wird durch Gegenterror nicht bekämpft, und er rechtfertigt ihn nicht.

2. Es kommt jetzt alles darauf an, keinen Krieg daraus zu machen.
– Die Rhetorik vom Krieg und die Politik des Gegenschlags spielt in leichtfertiger Weise mit der Gefahr eines tatsächlichen Krieges, vor allem eines Krieges zwischen dem Westen und arabischen Ländern. Zweifellos geht Terror in der Welt auch vom Boden der USA und Europas aus; dass eine Bombardierung entsprechender »Zentren« nicht verständnisvoll hingenommen werden kann, erleben wir gerade. Dasselbe gilt für Länder in Asien, Afrika oder Nahost aber auch. Aktuell ist es der Westen, der einen Angriffskrieg gegen arabische Staaten vorbereitet, der bereits als Krieg des Guten gegen das Böse abgefeiert wird. Die Geschwindigkeit, mit der angebliche »Erkenntnisse« produziert werden, ist mehr als fragwürdig. Die Leichtfertigkeit, mit der das Risiko eines tatsächlichen Krieges in Kauf genommen wird, ist ebenso schockierend wie das Desinteresse an den Menschen, deren Leben direkt und indirekt gefährdet wird.

3. Das ist kein Anschlag gegen die Freiheit, nicht einmal gegen den Kapitalismus, und es lässt sich auch keiner draus machen.
– Mit den verheerenden Anschlägen ist weder die »freie Welt«, sprich der Westen, noch die »zivilisierte Welt«, sprich die Industriestaaten, auch nicht die »Demokratie«, sprich der Kapitalismus angegriffen worden. Abgesehen davon, dass man bis jetzt nicht weiß, wer die Anschläge mit welchem Ziel durchgeführt hat, richten sie sich gegen Symbole der USA als weltweiter Interventionsmacht, ökonomisch und militärisch. Das ist eine relativ spezielle Botschaft. Die Rede vom »Angriff auf die Freiheit« bäckt dieses spezifische Gewaltpotenzial mit allem und allen in der Gesellschaft zusammen und verdeckt gezielt, dass eben diese Interventionsmacht und -praxis seit langem bewusst und kalkuliert Risiken auch für die eigene Bevölkerung anzieht – vor allem indem sie anderswo Gewalt ausübt und Armut schafft, aber auch indem sie bedenkenlos Gruppen militärisch aufrüstet, über die sie dann die Kontrolle verliert.

4. Das ist kein Anschlag für die Freiheit, nicht einmal gegen den Kapitalismus, und es lässt sich auch keiner draus machen.
– Man muss keine Sympathie für das Pentagon oder für das internationale Finanzkapital hegen, um festzustellen, dass die Anschläge eine faschistische Handschrift tragen. Ähnlich wie bei den Anschlägen in Bologna, Oklahoma und anderen sollten mit maximaler Gewalt möglichst viele Menschen getötet werden, Chaos und Krieg sind die kalkulierten, erhofften Folgen dabei. Der Tod von Zivilisten, die unmittelbare Lebensgefahr die für Palästinenser, für Israelis, für die Bevölkerung arabischer Staaten und viele andere hervorgerufen wird, sind den Tätern vollständig gleichgültig. Egal ob die Verantwortlichen arabische Fundamentalisten, amerikanische Rechtsextreme, eine Verbindung mehrerer Gruppen oder ganz Andere waren: hier lässt sich kein antikapitalistischer Kontext konstruieren, hier rechnet ein reaktionäres, organisiertes Machtpotential mit einem Gegner ab, der der eigenen Macht im Weg steht; hier wird geschlachtet, weil man sich von den Folgen eine Eskalation verspricht, von der das eigene Machtgebilde auf Kosten zahlloser Anderer profitieren soll.

5. Die Anschläge sind der Bankrott einer militärisch und polizeilich fixierten Sicherheitspolitik; ein Weitergehen in diese Richtung ist verantwortungsloser Hasard.
– Die Rede vom Krieg verdeckt auch, dass es vor Terroranschlägen keinen absoluten Schutz gibt. Die eigene Sicherheit zu erhöhen, erfordert Politik, nicht militärische Schlagkraft. Es erfordert eine Politik, die zumindest in höherem Maße auf Kooperation, Ausgleich und Kompromiss bedacht ist, wenn es um ökonomische Politik und internationale Konflikte geht. Auch wenn die Terroranschläge nicht beanspruchen können, irgendjemand zu »repräsentieren«, haben sie einen verbreiteten realen Hass auf den Westen und die USA zur Voraussetzung, um ihre Söldner zu rekrutieren und sich erfolgreich vor Infiltration abzuschotten. Diesen Hass kann man militärisch nicht zerschlagen, er ist die Bilanz einer Politik, die weiten Teilen der Menschheit nichts zu bieten hat – nicht die Ambivalenz eines noch halbwegs auskömmlichen Lebens im Kapitalismus, sondern buchstäblich nichts außer Gewalt, Armut, Vertreibung und Demütigung. Sicherheitspolitik besteht heute im Protest gegen die Politik der G8. Wer findet, am wichtigsten sei, dass die Bundeswehr jetzt auch möglichst schnell ihre globale Interventionsfähigkeit weiter vorantreibt, ist nicht nur zynisch, er riskiert bereitwillig unser aller Leben um der Interessen von Eliten und »Systemzwängen« willen.

6. Es ist notwendig deutlich zu machen, dass wir uns weigern, einen Krieg zu führen.
– Die an sich bekannte Wahrheit, dass Krieg das Schlimmste ist, was passieren kann, wird derzeit beschleunigt zugedeckt. Wir erleben kriegsvorbereitende Propaganda. Es ist wichtig, klar zu machen, dass ein Krieg auf Widerstand stößt. Anteilnahme und Solidarität für die Getöteten in Amerika und ihre Angehörigen sind wichtig. Für die innenpolitischen Interessen von Bush und die strategischen Machtinteressen deutscher Eliten im Nahen Osten den Kopf hinhalten, hat damit nichts zu tun.

7. Es ist notwendig, einer Spirale von Rassismus entgegenzutreten.
– Es gibt bereits Angriffe auf Ausländer, speziell auf Menschen aus arabischen Ländern oder aus mehrheitlich moslemischen Ländern, in den USA und auch hier. Das Spiel von oben ist dasselbe wie immer: Man will solche Übergriffe nicht haben, betreibt aber die Politik, die sie vorbereitet. Es geht eben nicht darum, dass »nicht alle Araber so sind« oder der Islam auch ganz nett sein kann. Es geht um aktiven Schutz für Gefährdete, es geht um eine selbstkritische Haltung gegenüber der eigenen Politik und Dominanz. Es geht um das Anerkennen der Tatsache, dass es auch Hass gibt und dass er auch reale Gründe hat. Es geht um das Eingeständnis der Tatsache, dass der Westen jeder emanzipatorischen oder sozialen Alternative innerhalb des Islam oder innerhalb der arabischen Gesellschaften mit kompromissloser Härte entgegengetreten ist, einfach wegen des Öls. Und es geht darum, mit der realen Vielgestaltigkeit von Positionen, politischen Überzeugungen und sozialen Kräften endlich zu kooperieren, zu kommunizieren und zu verhandeln, anstatt sich die Feindbilder zu schaffen, die das eigene Draufhauen immer wieder aufs Neue legitimieren soll.●

Hörtip

Brothers Keepers Adriano (Letzte Warnung)

Stefan Riedel, Redaktion Neckar/Odenwald ● Klare Worte über die rassistischen Zustände in Deutschland und was dagegen zu tun ist gab es jetzt überraschend auch in den TopTen der Charts zu hören. Mehrere einheimische Rapper, die als Migrantenkinder selbst Betroffene des alltäglichen deutschen Rassismus sind, haben sich zu dem Projekt *»Brothers Keepers«* zusammengefunden, um kundzutun, dass die »Brüder« und »Schwestern« die Sache selbst in die Hände nehmen sollten: »Dies ist so was wie eine letzte Warnung / Denn unser Rückschlag ist längst in Planung / Wir fall'n dort ein, wo ihr auffallt / Gebieten eurer braunen Scheiße endlich Aufhalt / Denn was ihr sucht ist das Ende / Und was wir reichen sind geballte Fäuste und keine Hände / Euer Niedergang für immer. Und was wir hören werden, ist euer Weinen und euer Gewimmer«

Von Leuten wie AFROB und TORCH (von Advanced Chemistry) konnte man schon lange ähnliche Töne hören; ein Pop-Star wie XAVIER NAIDOO, der im Refrain von geballten Fäusten und dem Niedergang der Nazis für immer singt, dürfte es hierzulande zuvor noch nicht gegeben haben. Und hoffentlich Gehör finden. Der Song ist Alberto Adriano sowie allen anderen Opfern, Hinterbliebenen und Gejagten des täglichen rechten Alltagsterrors in Deutschland gewidmet.

Brothers Keepers sind Afrob, Bantu (Don Abi und Adé), Chima, Denyo77, D-Flame, Dj Desue, Ebony Prince, G.E.R.M., Ono, Samy Deluxe, Sékou, Torch, Tyron Ricketts, Xavier Naidoo.

Den gesamten Text, Infos zum Projekt und einiges mehr gibt's unter www.brothers-keepers.de.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2001

Gegenöffentlichkeit...

... herzustellen, ist keine leichte Aufgabe, erst recht nicht im Zeitalter der Neuen Medien. Die Nachrichtenflut über Printmedien, TV und Internet überschwemmt mensch mit Informationen, jedoch mit sehr einseitigen, die nur den Herrschenden dienen. Diese haben nur ein Ziel, mensch vorzugaukeln, dass mensch in einer glücklichen und reichen Gesellschaft lebt und dass die Industriestaaten alle auftretenden Probleme in den Griff bekommen, wenn nur Umsätze und Profite stimmen. Unser kleines Zeitungsprojekt versucht – im Rahmen seine bescheidenen Möglichkeiten – diesen einseitigen Darstellungen Gegenöffentlichkeit, Wahrheiten, Utopien und neue Gesellschaftsentwürfe entgegenzustellen.

Um diesen Anspruch auch weiterhin umzusetzen, benötigt unser Zeitungsprojekt Unterstützung durch seine LeserInnen und Mitglieder im CONTRASTE e.V.

Neben einer Umstellung bisheriger Abos auf Fördermitgliedschaften benötigen wir dringend neue Abos und sind auf Eure Spenden angewiesen.

Sorgen machen uns die sich in letzter Zeit häufenden »unzustellbaren« Abos durch Umzug. Zeitungen werden von der Post nicht nachgeschickt und wenn auf dem Nachsendeantrag an die Post das Kästchen mit der »Adressenweitergabe an Andere wird nicht zugestimmt« angekreuzt wird, erfahren wir Eure neue Anschrift nicht. Besser ist es, wenn Ihr uns die neue Anschrift rechtzeitig mitteilt.

Urlaubsgeld

Vielleicht habt Ihr von Eurem Urlaub ausländische Devisen mitgebracht. CONTRASTE e.V. würde sich darüber freuen, einige von Euren Restscheinen zugeschickt zu bekommen, um diese auf dem Spendenkonto gutschreiben zu können. Bevor der Euro kommt sorgen wir für eine rechtzeitige Einzahlung und ersparen Euch den Weg zur Bank. Diese Form der Spende werden wir auch in unsere Statistik aufnehmen und wenn gewünscht, eine Spendenbescheinigung zuschicken.

Unsere aktuelle Monatsstatistik:

Im Monat September wurden vier Abos und eine Fördermitgliedschaft gekündigt. Das ergibt in diesem Monat einen Verlust von **440 DM**.
Zwei neue Abos konnten eingerichtet werden. Bereinigt ergibt das einen Verlust von **280 DM**.
Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:
● Heinz Weinhausen, Köln (100 DM)
● Armin Meyer, Berlin (80 DM)
Zusammen mit dem bisherigen Überschuss 2001 verbleibt uns ein Finanzpolster von **+ 332 DM**.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen SpenderInnen, neuen und alten Fördermitgliedern!

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten. dp

Kurt's Surf-Center

... monatlich die heißesten Surftips aus dem Internet

Surftips diesmal, die den Computer fit für die Zukunft machen: heute kümmert uns die Datensicherheit im Eurozeitalter.

Zur Umrechnerei der Voreurozeit bietet die Sparkasse Bensheim unter www.sparkasse-bensheim.de/Service/eurorechner.htm ein auch offline (ohne Internet) verfügbares Umrechnungswerkzeug. Schwieriger ist es mit dem Eurosymbol. Es erscheint nur bei neuerem Betriebssystem, wenn <alt> <strg> und <e> gleichzeitig gedrückt werden. Nutzer von Windows 3.x, Windows 95 und Windows NT 4.0 müssen sich hingegen auf den Support-Seiten von Microsoft kostenlos ein Update für die Euro-Aktualisierung herunterladen. Mac-User finden das Euro-Zeichen im Betriebssystem Mac OS 8.5 über <Umschalt> + <Wahltaste> + <d>. Bei neueren Versionen wie Mac OS 9 und Mac OS X steckt das Zeichen in der Tastenkombination <Umschalt> + <Wahltaste> + <e>. Wer ein anderes Betriebssystem wie etwa OS/2 von IBM benutzt, sollte mal einen Blick in die entsprechende Homepage werfen. Nahezu alle Hersteller bieten mittlerweile einen Euro-Support für ihre Produkte an.

Anders ist es mit der Datensicherheit. Hier bleiben wir bei unserer Kritik: die gängigsten Betriebssysteme lassen sich leicht ausspähen. »Trojaner« (unbemerkt online bezogene Software) durchscannen unsere Festplatten mit all ihren Eurobeständen. Abhilfe verspricht das shareware-Programm Folder Shield 2001, indem es alle verfügbaren Daten blitzschnell vor dem eigenen System versteckt (www.babe.de/foldershield.html). Das shareware-Programm ist mit 2 downmail-Orders (für crypter 2000 und das Folder Shield update) ... je 39 DM auch einigermaßen billig.

Noch günstiger ist der Testsieger im Verschlüsseln bei Computer-BILD (14-01). Für nur 55 DM gibt es das brandneue Steganos 3 Security Suite unter www.steganos.com. Oder es kann 30 Tage lang kostenlos getestet werden. Seine Stärke ist, dass dieses Programm mit steganographischen Mitteln versucht, Internetkommunikation zu verschleiern. Emails und Dateien sowie Internetbesuchspfade werden sozusagen »verwischt« und damit laut Hersteller sogar vor Abhöreinrichtungen wie ECHOLON versteckt. Die eigentliche Verschlüsselung ist mit dem DES-Nachfolgeprodukt AES und 128 Bit nun wirklich nicht der Rede wert. Und Verschlüsselung ist eben auch Vertrauenssache. Profis vertrauen hier nur open-source-Software. Wers nachlesen will: unter www.foebud.de gibt es dazu ein ganzes Buch online (natürlich auch zu bestellen) und ausserdem sind es nur ein paar Klicks entfernt bis zur wirklich sicheren Verschlüsselungssoftware Open-Source-pgp.●

DIE TERROR-ATTACKEN VOM 11. SEPTEMBER 2001

Der »Schwarze Radikale Kongreß«

Während dieser äußerst traurigen und traumatischen Zeit erweisen wir den Familien und Lieben all jener, die ihr Leben am 11. September verloren, unser aufrichtiges und tiefempfundenes Beileid. Wir wünschen auch die baldige und volle Genesung jener, die verletzt wurden, und wir hoffen und beten, daß die Rettungsmannschaften noch möglichst viele Leute finden werden, so lebendig wie möglich.
Der Schwarze Radikale Kongreß (BRC, Black Radical Congress) verurteilt nachdrücklich die entsetzlichen Terrorangriffe vom 11. September 2001.
Der unverschämte Mord an vielen Tausenden von Zivilisten kann weder gutgeheißen noch ignoriert werden.

Ohne Frage hat der US-Imperialismus den Völkern rund um die Welt Tod und Zerstörung in genozidartigem Ausmaß gebracht. Ob man sich die Situation im Irak mit der ständigen Blockade und den Bombardierungen ansieht, die Situation in Palästina, wo die USA nicht aufhören den Israelis unkritisch tätige Unterstützung bei der nationalen Unterdrückung der Palästinenser zu leisten, die ökonomische Blockade gegen Kuba, die zum Ziel hat, seine Wirtschaft zu unterhöhlen und seine Bevölkerung zu schwächen, oder irgendeinen anderen Ort, so sieht man die Gefühlslosigkeit und böse Absicht eindeutig, mit der der US-Imperialismus das Leben und Eigentum anderer behandelt, besonders farbiger Menschen rund um den Globus.

Und doch ist es auch mit einem klaren Bewußtsein der Ursachen der Verzweiflung, der Wut und des Hasses auf den US-Imperialismus, keine akzeptable Strategie, sich dem Terrorismus zuzuwenden, um die globale Unterdrückung und Ausbeutung zu bekämpfen. Es muß eine klare und eindeutige Unterscheidung zwischen radikal/revolutionären politischen Aktionen einerseits und Terrorismus andrerseits gemacht werden, ganz gleich ob die Gründe, die die terroristischen Aktionen inspirieren, gerecht sind. Offene und totale Angriffe auf zivile Ziele fördern keine radikalen/revolutionären Anliegen und müssen zurückgewiesen werden. Vielmehr richten sich solche Angriffe zwangsläufig gegen die breite Masse, schwächen jede vorhandene Unterstützung und helfen, erhöhte Unterdrückungsniveaus durch den Imperialistenstaat gegen jede fortschrittlich/radikale/revolutionäre politische Aktivität zu legitimieren, einschließlich zunehmender Einschränkungen bürgerlicher Rechte.

Die durch die terroristischen Akte am 11. September deutlich gewordenen Gefahren beschränken sich nicht auf die externe Drohung. Wir hören in Fernsehn und Radio Aufrufe die Gesetze und Bestimmungen zu ändern, um es leichter zu machen, Überwachung und verdeckte Operationen gegen potentielle Opponenten der USA auszuführen. Anstatt irgend etwas zu tun, was die Bedrohung durch den Terrorismus reduziert, eliminieren solche Schritte grundlegende bürgerliche Freiheiten und verstärken die vorhandene Tendenz zu einem rassistischen und Klassen-Polizeistaat. Die Polizei ist schon außer Kontrolle und wütet in den Communities im ganzen Land. Wir können es uns nicht leisten, weiter ihr undemokratisches und oft mordgieriges Verhalten im Namen nationaler Sicherheit zuzulassen.

Wir sollten hier hinzufügen, daß die Terrorangriffe auch der wachsenden antikapitalistischen Globalisierungsbewegung potentiellen Schaden gebracht haben. Die herrschende Klasse hat sich seit Monaten über die Demonstrationen beklagt, die die Versammlungen der kapitalistischen Globalisierer begleiten. Sie haben gemerkt, daß diese Demonstrationen zunehmend außer Kontrolle geraten. Es steht außer Frage, daß die Ereignisse vom 11. September als Vorwand verwendet werden, sowohl um solche Aktivität zu entmutigen als auch jegliche Empörung gegen die neoliberale Globalisierung auszuschalten.

Und noch eine Gefahr, mit der wir es zu tun haben, wird die Fremdenangst und ein allgemein ablehnendes Gefühl gegen Immigranten sein. Es wird fast zwangsläufig farbige Immigranten und besonders jene treffen, die »aussehen«, als kämen sie aus dem mittleren Osten (Nordafrika). Mit den Angriffen auf Immigranten und der Verurteilung ganzer Gemeinschaften muß aufgehört werden, bevor sie außer Kontrolle geraten. Berichte über an arabische und moslemische Institutionen gesandte anonyme Morddrohungen, wie das Sprühen rassistischer Parolen und direkter, persönlicher Drohungen und Angriffe auf Personen, von denen angenommen wird, daß sie aus dem Nahen Osten (Nordafrika) stammen, häufen sich. Wir bitten alle klardenkenden Menschen, in dieser Zeit besonders wachsam zu sein, daß es in Folge dieser Tragödie nicht zu einer anderen Tragödie von Schmerz, Ärger und Haß kommt. Wirklicher Antirassismus könnte bedeuten, daß wir selbst physische Risiken eingehen, um Araber und Moslems gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen.

Als ein Volk, das über 400 Jahre Ausrottung und Unterdrückung an diesen Küsten überlebt hat, sind wir alle zu vertraut mit dem von Terrorismus und Rassenhaß verursachten Leiden. Von den Verstümmelungen, Schlägen und Vergewaltigungen in der Sklaverei zu den New Yorker Ausschreitungen von 1863, zum post-Reconstruction-Terrorismus des Klu Klux Klan, zu den Rassenkrawallen in Tulsa von 1921, zu dem von der Regierung geförderten Spionageabwehr-Programm (COINTELPRO) der 1960er, zu den derzeitigen vom Staat sanktionierten Polizeimorden und Brutalität, gegen die wir heute kämpfen, haben wir als schwarze Menschen eine Menge Erfahrung mit den Schrecken des Terrorismus in den USA, da er zu häufig gegen uns gerichtet war. Darum müssen wir unsere volle und uneingeschränkte Unterstützung und Mitleid mit allen jenen zeigen, die wegen dieser fürchterlichen Tragödie leiden, die meisten von ihnen haben den Terrorismus zum ersten Mal erfahren, während wir nur unseren 400-jährigen Kampf fortsetzen, um uns von diesem Übel sowohl hierzulande wie in der ganzen Welt zu befreien.●

Übersetzung: Herrmann Cropp

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

In Kanada genießen die Menschen Demokratie, Freiheit und Menschenrechte; ebenso die Menschen in Norwegen und Schweden. Hast du schon mal von einer kanadischen Botschaft gehört, die bombardiert wurde? Oder von einer norwegischen oder schwedischen?

Wir werden nicht gehasst, weil wir Demokratie ausüben, Freiheit schätzen oder die Menschenrechte unterstützen. Wir werden gehasst, weil die amerikanische Regierung diese Dinge den Menschen in den Dritte-Welt-Ländern versagt, deren Rohstoffe von unseren Großkonzernen begehrt werden: Der Hass, den wir säten, ist zurückgekommen, um uns in der Form des Terrorismus zu bedrohen – und in der Zukunft: Atomterrorismus!

Sobald die Wahrheit erkannt ist, warum diese Bedrohung besteht, wird die Lösung klar: Wir müssen unsere Richtung ändern. Unsere Atomwaffen loszuwerden - gegebenenfalls einseitig - wird unsere Sicherheit erhöhen, und eine drastische Änderung unserer Außenpolitik wird sie garantieren.

Anstatt unsere Söhne und Töchter um die Welt zu schicken, um Araber zu töten, damit wir das Öl, das unter deren Sand liegt, haben können, sollten wir sie senden, um deren Infrastruktur wieder in Stand zu setzen, reines Wasser zu liefern und hungernde Kinder zu füttern. Anstatt damit weiterzumachen, tagtäglich Hunderte von irakischen Kindern durch unsere Sanktionen umzubringen, sollten wir den Irakern helfen, ihre Elektrizitätswerke, ihre Wasseraufbereitungsanlagen und ihre Krankenhäuser wieder aufzubauen - all die Sachen, die wir zerstörten und deren Wiederaufbau wir verhinderten.

Anstatt Terroristen und Todesschwadronen auszubilden, sollten wir die School of Americas schließen. Anstatt Aufstand, Zerrüttung, Mord und Terror weltweit zu unterstützen, sollten wir den CIA abschaffen und das Geld Hilfsorganisationen geben.

»Unseren Gegnern sagen wir: 'Unsere Leidenskraft ist ebenso groß wie eure Macht, uns Leiden zuzufügen. Eurer physischen Gewalt werden wir mit seelischer Kraft begegnen.

Tut mit uns, was ihr wollt, wir werden euch trotzdem lieben.

Wir können euren ungerechten Gesetzen nicht mit gutem Gewissen gehorchen, denn wir sind nicht nur verpflichtet, zum Guten zu wirken, sondern auch die Zusammenarbeit mit dem Bösen zu verweigern. Werft uns ins Gefängnis, wir werden euch trotzdem lieben. Werft Bomben in unsere Häuser, bedroht unsere Kinder, wir werden euch trotzdem lieben. Schickt eure Mietlinge um Mitternacht in unsere Wohnungen, dass sie uns schlagen und halbtot liegen lassen, wir werden euch trotzdem lieben.

Und seid sicher, dass wir euch mit unserer Leidensfähigkeit überwinden werden. Eines Tages werden wir die Freiheit gewinnen. Aber sie wird nicht nur für uns selbst errungen werden.

Wir werden so lange an euer Herz und eure Seele appellieren, bis wir auch euch gewonnen haben. Und dann wird unser Sieg ein doppelter Sieg sein'.«

(aus: Martin Luther King jr., Kraft zum Lieben. Betrachtungen und Reden des Friedensnobelpreisträgers, Konstanz 1978, S. 70f.)

Kurzum, wir sollten Gutes tun anstelle von Bösem.
Wer würde versuchen, uns aufzuhalten?
Wer würde uns hassen?
Wer würde uns bombardieren wollen?
Das ist die Wahrheit, die die amerikanischen Bürger - und die Welt - hören müssen.●

(Erschienen Frühjahr 1999 in »DER PFLUG» - Publikation der Bruderhöfe)

USA:

Stimmen der Opposition

Es gibt eine Opposition in Amerika, eine radikale Opposition, die bis auf zwei, drei Namen hierzulande gänzlich unbekannt ist, aber diese Opposition hat viele Stimmen, und die Stimmen schweigen nicht, gerade jetzt nicht! Aber ihre Nichtbeachtung im kommerziellen Medienbetrieb sowohl jenseits des Atlantiks, wie auf unserer Seite hat System, ein opportunistisches, geldgeiles, zensorisches System! Deshalb wollen wir sie in CONTRASTE veröffentlichen, und soweit nicht hier abgedruckt, findet ihr die Volltexte auf unserer Homepage oder als Sonderdruck(*). Im folgenden möchte ich einen Überblick aus den Kommentaren verschiedener Autoren geben:

Von Herrmann Cropp ● In seinem Text, zwei Tage nach dem Anschlag, befaßt sich *Edward Herman*, zeitweiliger Weggefährte von *N. Chomsky*, mit der parteiischen Berichterstattung der *New York Times*. Er schreibt unter anderem: »Eine der unverwüstlichen Eigenarten der US-Kultur ist die Unfähigkeit oder Weigerung, US-Verbrechen zu erkennen. Die Medien haben lange gefordert, daß die Japaner und Deutschen ihre Schuld zugeben und Wiedergutmachung zahlen. Aber die Idee, daß dieses Land selbst gewaltige Verbrechen begangen habe, und es sein kann, daß gegenwärtige Ereignisse wie die Welthandelszentrums- und Pentagonangriffe als Antworten auf jene Verbrechen anzusehen sind, ist fast nicht erlaubt. Im Leitartikel zu den jüngsten Angriffen (12,9,01) weist die *New York Times* zwar auf das Ende des kalten Kriegs und den »wiederauflebenden ethnischem Haß« hin, aber daß die USA und die NATO zu diesem Wiederaufleben mit ihren eigenen Taten beitrugen (z.B. die Sowjetunion zu demontieren und die russische »Reform« unter Druck zu setzen, Slowenien und Kroatien zu ermutigen Jugoslawien zu verlassen und diesen Staat aufzulösen, ohne sich um das Problem der Minderheiten zu kümmern) das wird überhaupt nicht zu Kenntnis genommen.«

Herman gibt dann eine Aufstellung dieser Verbrechen der amerikanischen Politik: WTO, Weltbank, IMF, Unterstützung rechter Regierungen, Staatsterrorismus, Folter und Entführungen in Lateinamerika, Vietnam, Südafrika, Angola, Suharto, Marcos, das Folterregime des persischen Schahs, die Unterstützung des Irak gegen Persien und dann der Krieg gegen Irak, der Abschuß eines persischen Zivilflugzeugs und schließlich die Unterstützung der israelischen Enteignungspolitik und ethnischen Säuberungen in Palästina. Darüber schweigt die US-Presse oder berichtet falsch. Herman: »Viele dieser Hundertmillionen Verlierer wissen ziemlich gut Bescheid über die Rolle der Vereinigten Staaten in diesem Prozeß. Es ist die US-Öffentlichkeit, die kaum etwas davon weiß.«

Und zum Schluß seines Kommentars: »Alle diese Opfer können durchaus einen Widerwillen gegen die »westliche Zivilisation und ihre kulturellen Werte« haben, aber das kommt daher, weil sie erkennen, daß es die rücksichtslose Zumutung eines neoliberalen Regimes einschließt, das den westlichen, transnationalen, korporativen Interessen dient, obendrein mit der Bereitschaft, unbegrenzte Gewalt anzuwenden, um die Ziele des Westens zu erreichen. Die Times-Herausgeber erkennen dies nicht oder geben es jedenfalls nicht zu, weil sie die Sprecher des Imperialismus sind, und das Kapital nicht bereit ist seine Politik zu ändern. Dies verheißt Übles für die Zukunft. Aber es ist von großer Wichtigkeit, die Tatsache in diesem Augenblick zu betonen, daß imperialer Terrorismus zwangsläufig die Antwort des Kleinterrorismus produziert, und daß dringender Bedarf besteht, die ursächliche Gewalt des herumwütenden Imperiums zu zügeln.«

Das amerikanische *Z-Magazin* verzeichnete bereits zwei Tage nach den Anschlägen etliche Kommentare von Autoren der US-Linken auf ihrer Homepage, und noch immer kommen neue hinzu (www.zmag.org – von denen ich mehrere übersetzt habe). Es fällt kaum auf, weil die Aufgeregtheit sowohl der Lesenden, die nach immer neuen Informationen und Antworten auf existenziell empfundene Fragen suchen, wie auch derer, die schreiben und auch kaum etwas anderes tun können als zu suchen, daß sich die Kommentare alle irgendwie gleichen. Und zwar auch die der Autoren der amerikanischen Opposition, die in der Tat eine mehr oder weniger ähnliche Aufzählung der Konfliktpunkte bringen, nur mit jeweils andern Worten, und man hofft immer beim Lesen noch ein bißchen mehr Information zu ergattern. Insofern lassen sich alle Kommentare danach sortieren, wie sie 1. zur Medienkritik stehen, 2. zu internationalen Konfliktherden, 3. zu militärstrategischen Fragen und 4. zur jeweiligen Innenpolitik.

Tariq Ali weist als einziger auf einen möglichen Bürgerkrieg in Pakistan hin, für den Fall der Kooperation mit den USA. *Michael Albert* warnt besonders deutlich vor einer Einschränkung der Bürgerrechte. *Naomi Klein* stellt die von andern Autoren schon bekannten Kritikpunkte in den Rahmen einer Medienkritik, »das Ende von Videospielkriegen«. *Jean Bricmonts* schreibt in »Das Ende vom Ende der Geschichte«, obwohl er sich im Titel auf den berühmten Diskurs von Fukuyama vom Ende der Geschichte bezieht, leider keine grundlegende Einschätzung dieser so deutlich von allen Menschen empfundenen historischen Wende, sondern zählt auch nur die Konflikte auf. Nichts anderes tut *Noam Chomsky*, der sich als Linguist eigentlich mit den abstrakten Räumen der Sprache und des Denkens befaßt, sodaß man schon einwenig enttäuscht ist. Auch findet sich nirgends eine Kritik der Umsturztheorie vom »Herzen der Bestie« (*Che Guevara*), das es nämlich in einer offenen westlichen Gesellschaft evident nicht gibt.

Das heißt, ich bin unzufrieden mit den Stellungnahmen der US-Oppositionellen, denn wenngleich immerhin Ali, Avnery, Albert und Zinn wenigstens davon sprechen, daß die Ursachen der globalen Unzufriedenheit beseitigt werden müssen, Avnery sogar mit dem versöhnlichen Bild: »Statt der zerstörten Türme von New York müssen die Twin-Tower von Frieden und Gerechtigkeit gebaut werden.« und Albert mit: »wir brauchen ein neues Denken«, und damit meint: »aufhören Waffen zu liefern ... keinen Krieg zu führen ... kostenlose Gesundheitsfürsorge, garantierte Ausbildung und Behausung, anständige Löhne, saubere Umwelt«, bleibt dieser ganze Diskurs viel zu sehr im Politischen, z.B. in der Umverteilung stekken. Es werden stets nur die Interessen, Kräfte, die Ökono-

Fortsetzung nächste Seite

KRIEG GEGEN DEN TERROR

Dezentraler Terrorismus

Interview von Stefan Niehoff mit Christian Sigrist, Soziologe aus Münster und besonderer Kenner der afghanischen Gesellschaft (Buchveröffentlichung: regulierte Anarchie).

Stefan: Wie war deine erste Reaktion auf den Terroranschlag in New York?

Christian: das war sehr überraschend, ich war in Lissabon, und im Taxi sagte der Fahrer, drei Flugzeuge seien in New York zusammengestoßen, eine der üblichen Flugkatastrophen, die häufiger vorkommen. Daß das einen politischen Hintergrund hatte, wurde mir schnell klar. Ich habe den letzten Krieg erlebt, und ich muß sagen, in Dresden hat es bei den angloamerikanischen Luftangriffen mehr Tote gegeben. Die Amerikaner wissen nicht, was Krieg in ihrem eigenen Land bedeutet, sie haben das seit dem letzten Bürgerkrieg nicht mehr erlebt, und insofern ist es natürlich ein schwerer Schock. Ich wünschte, daß sie mal anfangen zu überlegen, was sie überall auf der Welt anrichten. Das ist keine Rechtfertigung, das ist auch keine Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid der Menschen, aber die Brutalität, welche der amerikanische Imperialismus weltweit verübt, schlägt auf ihn zurück. Ich bin ganz sicher, das war nicht der letzte Anschlag, wenn nicht eine Umkehr erfolgt.

Stefan: als Täter wird der seit Jahren gesuchte Terrorist *Ossama bin Laden* vermutet. Ist das *Ossama bin Laden* zuzutrauen, und ist das Taliban-Regime darin verstrickt?

Christian: das weiß ich so genau auch nicht, *bin Laden* ist einer der wenigen politischen Führer, die ich nicht kennengelernt habe. Das gleiche gilt auch für *Mullah Omar*, wie ich auch die ganze Taliban-Generation, die sehr jung ist, nicht kenne. Ich weiß nur, es sind Paschtunen, aber nicht nur, es sind auch viele Pakistani und Nicht-Paschtunen.

Stefan: was sind Paschtunen?

Christian: das ist das größte Volk der Afghanen, die seit dem 18. Jahrhundert die Dynastien gestellt haben, bis sie 1973 in einem Staatsstreich abgeschafft wurde. Dann kam zwar nochmal ein Angehöriger der Königsfamilie, der Diktator M. Daud an die Macht, 1978 gab es eine Kommunistische Republik, die sofort in Schwierigkeiten geriet, und darauf folgte der sowjetische Einmarsch. Ich habe den Einmarsch von vornherein für einen gewaltigen Fehlschlag erklärt, es ist auch so gekommen.

Erstmal zu *bin Laden*, der ist nicht in erster Linie ein Terrorist, sondern ein erfolgreicher Geschäftsmann. Er ist nicht Terrorist in dem Sinnen eines Desperado, sondern jemand, der mit Weitsicht Strategien entwickeln kann, ob er nun konkret dahinter steckt, das weiß ich auch nicht. Es ist sehr leichtfertig von den Amerikanern, das zu behaupten.

Stefan: es gibt die Behauptung, daß *bin Laden* aufgrund seiner Verfolgung gar nicht in der Lage sei, so eine umfassende Planung vorzunehmen.

Christian: Ich würde sagen, das stimmt nicht. Mit den heutigen moderneren Mitteln, die ja nicht viel Energie brauchen, kann man auch in einem Land wie Afghanistan alles regeln. Der Punkt ist der, daß Netzwerke entstanden sind, die er finanziert hat, und denen er gar nicht zu sagen braucht, was sie jetzt genau tun sollen, daß machen schon andere. Es ist dezentral, und das ist das interessante, das paßt zu diesem Mann. Es war nie möglich, einen wirklichen Einheitsstaat aus diesem Land zu machen, dieses Land besteht aus dem, was ich nenne: ein Ensemble segmentärer oder fragmentierter Gesellschaften. Wir hatten – zumindest vor ein paar Jahrzehnten noch – über 30 verschiedene Sprachen in Afghanistan, es gibt noch heute relativ viele selbständige Sprachgemeinschaften, aber auch richtige Ethnien, und es gibt besonders wichtige Gruppen wie die Pandschir-Tadschiken, deren Anführer *Massoud* ist. Bisher wurde versucht, das Problem so zu lösen, daß die Paschtunen als Staatsvolk das Land zusammen gehalten haben.

Die Afghanen sind relativ egalitär, das heißt natürlich die Männer unter sich, das heißt Leute, die man kaum regieren kann, was nicht heißt, daß sie nicht bereit sind andere zu regieren. Der letzte König hat lange Zeit eine ganz gute Gleichgewichtspolitik gemacht, aber das bedeutete auch Stagnation, dann kam die Entwicklungshilfe der Amerikaner, das hat das Land in die Verschuldung gestürzt. Darauf kamen die Russen ins Militärgeschäft, haben die ganze Armee militärisch aufgerüstet, und die ideologische Infiltration kam teilweise über die Militärakademie, denn die technischen Lehrer waren alles Russen. Insgesamt allerdings waren nicht die Voraussetzungen gegeben für eine irgendwie kommunistisch zu nennende Revolution, die Leute, die das gemacht haben, waren zum Teil eben Offiziere, zum Teil Intellektuelle, die keine wirkliche Ahnung hatten von Politik. Ich wurde damals in Anspruch genommen, ich hätte das mit angeregt – ich hab immer gesagt, ihr dürft in Kabul überhaupt nichts machen, wenn ihr auf dem Land nicht mit den Bauern ins Gespräch kommt. Wenn die Bauern verlangen, es muß das und das passieren, dann könnt ihr den Mund aufmachen in Kabul, dann kann was laufen. Gut, das und der Widerstand der Afghanen hat der sowjetischen Armee ihre erste große Niederlage beigebracht, hat dazu geführt, daß 89 der Abzug erfolgte. Der Fall der Mauer ist ein unmittelbarer Zusammenhang – und die Afghanen sind auch ziemlich sauer, daß die Deutschen ihre Einheit feiern und überhaupt nicht kapieren, überhaupt nicht wissen, wem sie das verdanken. Natürlich nicht nur, die Polen, die Ungarn hatten ihren Anteil, ein bißchen auch die Leipziger, aber es waren die Afghanen, die mit ungefähr 2 Millionen Toten und Millionen Flüchtlingen dafür bezahlt haben.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Foto: Veit Mette

Im übrigen hat Rußland erklärt, es sei nicht bereit, sich an einer Expedition nach Afghanistan zu beteiligen. Sie wissen warum. Außerdem wissen wir nicht, wie weit *bin Laden* wirklich darin verwickelt ist, sondern ich würde meinen, diese dezentrale Planungsstruktur paßt hervorragend zu einem Land wie Afghanistan und ist natürlich auch terroristischen Strategien völlig angemessen. Denn sonst ist die Gefahr, man erwischt einen Kopf und dann fliegt alles auf, und das wird dadurch vermieden.

Zur Einschätzung dieser Drohgebärden gegen Afghanistan, das hat *Clinton* schon probiert – ich war in den Unterständen, in denen sich angeblich *Herr Laden* aufhalten sollte ... um nicht bombardiert zu werden, haben sie sich Stollenzentren geschaffen, unzählige, ich weiß nicht, wie viele das sind. Das ist völlig lächerlich, da mit Missiles zu schmeißen. Es wäre reiner Zufall gewesen, selbst wenn *bin Laden* da gewesen wäre, ihn zu erwischen. Wer Afghanistan kennt, 16 Prozent sind kultivierbar, es besteht zu großen Teilen aus Hochgebirge, und man kann nicht sehen, wer sich hinter den Felsen verbirgt. Es ist auch von oben nicht leicht einzusehen, die Russen haben es probiert. Meine Prognose ist, die Gefahr ist keineswegs vorbei. Ein Landeinsatz in Afghanistan, auch mit Sonderkommandos, hat so gut wie keine Chance.

Ich will aber noch etwas erzählen zum Verständnis, warum die Taliban den *bin Laden* nicht ausliefern können. Das ist wirklich gegen das Gastrecht, das ist keine Schutzbehauptung, sondern darüber habe ich speziell geforscht, das ist ein ganz archaisches Gesetz, das aber auch in den Koran eingegangen ist, das heißt die völlige Heiligkeit der Gastfreundschaft. Man muß jeden, auch wenn er der Mörder meines Vaters wäre, wenn es ihm nur gelingt, an die Tür meines Hauses zu kommen, ohne daß ich ihn vorher abgeschossen habe, dann ist er mein Gast, und ich muß ihn beschützten, mit meinem eigenen Leben. Das geht auf ein altes Steppengesetz zurück, das gibt es schon bei den Nomaden. Dort kommt es darauf an, daß man an die Zeltlinie am Boden rankommt, wenn man die berührt hat, ist man Schutzbefohlener.

Aber was eben auch gesagt werden muß, warum ist *bin Laden* nicht einfach wieder ins Geschäftsleben zurückgekehrt, er wäre ja hoch geehrt gewesen in Saudi-Arabien. Er hat erst versucht seine politische Linie dort durchzusetzen, und das betraf vor allem die Palästina-Frage. Die Mißhandlung der Palästinenser ist eine Demütigung für die arabische Nation, und diese Freudentänze oder Freudengesänge der Palästinenser, die sollte man nicht so leichtfertig niedermachen, das kann ich nachvollziehen. Denen ist schlimmeres angetan worden in den ganzen Jahren, als an einem einzigen Tag in New York passiert ist.

Was folgt daraus? Weitermachen wie bisher, Terror – Gegenterror? Nein, jetzt endlich verhandeln! Es gibt ja den Osloer Vertrag, das Übereinkommen, wenn das umgesetzt worden wäre, wäre es dazu nicht gekommen! Dann wäre die Frage der amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien ein inner-arabisches Problem, und so ist es eben ein globales Problem. Da hilft es nichts, wenn der Kanzler sagt, nicht alle Muslime sind so, die Bundesregierung hat eine passive Rolle gespielt, sie hätten sich ganz klar distanzieren müssen von der verräterischen Rolle der USA. Das muß einfach mal klar gesagt werden, und ich kann mir das leisten, es gibt einfach zu viele Juden in der amerikanischen Politik. Ich halte es für legitim, wenn sie in der Wissenschaft überrepräsentiert sind, das hat eine kulturelle Tradition, aber es ist nicht gut, wenn jüdische Politiker die Nahost-Politik bestimmen. Wo soll da Vertrauen erwachsen? Es gibt kaum einen Amerikaner arabischer Herkunft, der eine wichtige Rolle in der amerikanischen Politik spielt, da stimmt doch was nicht. Das heißt hier muß grundlegend etwas geändert werden.

Stefan: die Amerikaner sprechen von einem New War, einem neuen Krieg. Geht es dabei um einen atomaren und biologischen, oder um einen inneren Krieg? Ist also der neue Krieg eigentlich die letzte Herrschaftsabsicherung des Kapitalismus?

Christian: ich habe im letzten Jahr in einem Artikel geschrieben, die Menschheit wird auf der Erde dieses Jahrhundert nicht überleben. Da konnte ich nicht wissen, was jetzt passieren würde, aber ich dachte an ein Szenario, daß ein Kernkraftwerk z.B. durch einen terroristischen Angriff explodiert. Wenn eine der Maschinen auf ein Kernkraftwerk gefallen wäre, das hätte eine Reaktion auslösen können, die wir gar nicht berechnen können. Das ist einer der möglichen Schritte, und dann kann alles ziemlich schnell gehen. Mal ganz abgesehen davon was passieren kann, daß die Russen einfach aus Unfähigkeit und Mittellosigkeit ihr enormes Waffen Potential nicht unter Kontrolle halten können.●

FORTSETZUNG VON SEITE 3

mie und die Zahlen erwogen, und die Moral, sofern sie politisch erfaßbar ist.

Die Kurzatmigkeit solcher Überlegungen muß doch auffallen, ich meine, es sollte viel mehr in langfristigen Perspektiven gesellschaftlicher Prozesse gedacht werden, damit wir nicht bei Begriffen wie Imperialismus, Kampf der Kulturen (Huntington) oder Barbaren (G.W.Bush) gegen die zivilisierte Welt (Schröder) hängenbleiben. Zu untersuchen wäre die Struktur der Konflikte, wozu *Christian Sigrist* vor einigen Jahren zB. mit dem Wort von der »Cowboy-Demokratie« anregte, d.h. welches Demokratieverständnis liegt eigentlich der US-Politik zugrunde? Möglicherweise ist die multikult. US-Gesellschaft ein Modell für die globale Zukunft, aber um so schlimmer, wenn wir das Modell gar nicht kennen. Im Gegensatz zu fast allen Staaten verfügen die USA nur über eine 200-jährige Staatlichkeit bzw. entsprechende Tradition, und der Staat als Garant der Sicherheit des Einzelnen zeigt, im Gegensatz zu gleichweit entwickelten Gesellschaften, die geringste Rechtssicherheit für sozial Schwache. Es ist die Rede von der Arroganz der Macht oder schlicht vom Satan, aber moralische Kategorien sind eher ein Zeichen von Hilflosigkeit, weil man das, was in den USA für Recht gehalten wird, nicht versteht.

Übergehen wir jetzt mal das anarchistische Totalverdikte (übrigens könnte die anarchistische Antistaatlichkeit recht gut zum amerikanischen Pionierdenken passen), dann wäre ganz nüchtern jede Form der Rechtlichkeit zu analysieren, denn sie ist das formale Gerüst allen Umgangs der Menschen und somit der gesellschaftlichen Struktur. In Europa oder auch Afghanistan ist Recht quasi eine Dimension aus der Ewigkeit, hingegen hat das amerikanische Recht, wenn auch von Europa inspiriert, eine ganz andere Entwicklung genommen, die den Staat soweit wie möglich aus den Belangen des Einzelnen heraushält. Zweifellos hat solche Umwertung des Rechts einen heilsamen Einfluß auf stagnierte globale Verhältnisse, aber es darf nicht sein, daß die USA der Welt aufgrund ihrer Vormachtstellung ihr rudimentäres Recht aufzwingt.●

Herrmann Cropp

* »Die Terrorangriffe vom 11.9.2001«, Texte von Tariq Ali, Uri Avnery, Edward Herman, Radikaler Schwarzer Kongreß, Michael Albert, Howard Zinn, Noam Chomsky, beim Packpapierverlag, Postfach 1811, D-49008 Osnabrück, 2 Mark plus Porto
www.packpapier-verlag.de

TOTALITÄRE ÖKONOMIE UND PARANOIA DES TERRORS

Der Todestrieb der kapitalistischen Vernunft

von Robert Kurz ● Große und symbolische Katastrophen sind in der Geschichte der Menschheit immer wieder Anlass zu einer Besinnung gewesen, in der die Mächtigen der Welt ihre Hybris ablegen, Gesellschaften sich selbst reflektieren und ihre Grenzen erkennen. Nichts dergleichen ist nach dem Kamikaze-Angriff auf die Nervenzentren der USA in der kapitalistischen Weltgesellschaft zu beobachten. Fast scheint es so, als hätte der barbarische Angriff aus dem Dunkeln der Irrationalität nicht nur das World Trade Center platt gemacht, sondern auch den letzten Rest von Urteilsvermögen der weltdemokratischen Öffentlichkeit. Diese Gesellschaft will sich im Spiegel des Terrors nicht selbst erkennen, sondern sie wird unter dem Eindruck des Grauens sogar noch selbstgefälliger, bornierter und unreflektierter als zuvor. Je gewaltsamer sie auf ihre Grenzen hingewiesen wird, desto heftiger pocht sie auf ihre Macht und desto sturer kultiviert sie ihre Eindimensionalität.

Nach dem Terrorschlag verhalten sich die Funktionseliten, die Medien und das Fußvolk des globalen Systems von »Marktwirtschaft und Demokratie«, als wären sie allesamt Schauspieler und Statisten in einer Realinszenierung des Films »Independence Day«. Hollywood ahnte ein apokalyptisches Ereignis voraus und verfilmte es als Darstellung von patriotischem Kitsch und hinterwäldlerischer Moral. So hat die Kulturindustrie die Wirklichkeit der Katastrophe banalisiert und entwirklicht, bevor sie überhaupt wirklich wurde. Die spontane Trauer und Fassungslosigkeit wird überlagert von den falschen Ritualen eines programmierten Reaktionsmusters, das jedes Verständnis für den inneren Zusammenhang von Terrorismus und herrschender Ordnung unmöglich macht.

Die Verhärtung des offiziellen demokratischen Bewusstseins zur wütenden Besinnungslosigkeit wird deutlich, wenn der Laiendarsteller des US-Präsidenten einen »monumentalen Kampf des Guten gegen das Böse« beschwört. Durch dieses naive Weltbild werden die eigenen inneren Widersprüche nach außen projiziert. Es ist das elementare Schema aller Ideologie: Statt den Komplex der Zusammenhänge aufzudecken, in die man selbst verwickelt ist, muss eine fremde Ursache für die Ereignisse gefunden und ein externer Feind definiert werden. Aber im Unterschied zu den pubertären Traumwelten Hollywoods wird es in der harten Wirklichkeit der zerbrechenden Weltgesellschaft kein happy end geben.

In dem Film »Independence Day« sind es sinnigerweise Außerirdische, die »Gottes eigenes Land« angreifen und natürlich heroisch zurückgeschlagen werden. Diesen Part des außerweltlichen, außerkapitalistischen und außervernünftigen Aliens soll nun offenbar der militante Islamismus übernehmen, als handle es sich um eine soeben entdeckte fremde Kultur, die sich als finstere Bedrohung entpuppt. Auf der Suche nach dem Ursprung des Bösen blättert man im Koran, als ließen sich dort die Motive für die sonst unerklärlichen Taten finden.

Aufgestörte westliche Intellektuelle entblöden sich nicht, den Terrorismus als Ausdruck eines »vormodernen« Bewusstseins zu bezeichnen, das die Epoche der Aufklärung verpasst habe und deshalb die wunderbare westliche »Freiheit zur Selbstbestimmung«, den freien Markt, die liberale Ordnung und überhaupt alles Gute und Schöne der westlichen Zivilisation in Akten des blinden Hasses »verteufeln« müsse. Als hätte es nie eine intellektuelle Reflexion über die »Dialektik der Aufklärung gegeben« und als hätte sich der liberale Begriff des Fortschritts in der katastrophalen Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht längst blamiert, kehrt in der Verwirrung über den neuartigen Akt des Wahnsinns die ebenso arrogante wie ignorante bürgerliche Geschichtsphilosophie des 18. und 19. Jahrhunderts als Gespenst zurück. Im krampfhaften Versuch, die neue Dimension des Terrors einem fremden Wesen zuzuschreiben, fällt das westlich-demokratische Räsonnement endgültig unter jedes intellektuelle Niveau.

Aber die Tatsache des inneren Zusammenhangs aller Erscheinungen in der globalisierten Gesellschaft lässt sich so billig nicht wegdefinieren: Nach fünfhundert Jahren blutiger Kolonial- und Imperialismusgeschichte, nach hundert Jahren einer gescheiterten staatsbürokratischen Industrialisierung und nachholenden Modernisierung, nach fünfzig Jahren destruktiver Integration in den Weltmarkt und zehn Jahren unter der absurden Herrschaft des neuen transnationalen Finanzkapitals gibt es in Wahrheit keinen exotischen orientalischen Raum mehr, den man als fremd und äußerlich begreifen könnte. Alles, was heute geschieht, ist unmittelbar oder vermittelt ein Produkt des zwanghaft vereinheitlichten Weltsystems. Die One World des Kapitals ist selber der Schoß, der den Mega-Terror gebiert.

Es war die militante Ideologie des westlichen ökonomischen Totalitarismus, die den ebenso militanten neo-ideologischen Wahnvorstellungen den Weg geebnet hat. Das Ende der staatskapitalistischen Ära und ihrer Ideen wurde zum Anlass genommen, die kritische Theorie überhaupt zum Schweigen zu bringen. Die Widersprüche der kapitalistischen Logik durften nicht mehr zur Sprache kommen, sie wurden für nicht existent und die Frage der sozialen Emanzipation jenseits des warenproduzierenden Systems für irrelevant erklärt. Mit dem vermeintlich endgültigen Sieg des Markt- und Konkurrenzprinzips begann die intellektuelle Reflexionsfähigkeit der westlichen Gesellschaften zu erlöschen. Die Menschen dieser Welt sollten identisch werden mit kapitalistischen Funktionen, obwohl die Mehrheit bereits als »überflüssig« abgestempelt war.

Während die finanzkapitalistischen Krisenmechanismen des Shareholder Value Milliarden von Menschen in Armut und Verzweiflung stürzten, sang die Mehrheit der globalen Intelligentsia wie zum Hohn das Lied des marktwirtschaftlich-demokratischen Optimismus. Sie haben jetzt die Quittung bekommen: Wenn die kritische Vernunft verstummt, tritt an ihre Stelle der mörderische Hass. Die objektive Unhaltbarkeit der herrschenden Produktions- und Lebensweise macht sich dann nicht mehr auf rationale, sondern auf irrationale Weise geltend. So folgte auf den Rückzug der kritischen Theorie der Vormarsch des religiösen und ethno-rassistischen Fundamentalismus. Solange sich die grundsätzliche emanzipatorische Kapitalismuskritik nicht neu formiert, werden die Ausbrüche von sozialer und ideologischer Paranoia zum alleinigen Gradmesser für

Agent Orange-Opfer (Vietnam) Foto: Friedrich Stark

das Ausmaß, in dem die Widersprüche der Weltgesellschaft herangereift sind. Unter diesen Bedingungen bedeutet die neue Qualität des Mega-Terrros in den USA, dass die offiziell ignorierte und heruntergeredete Krise des globalisierten kapitalistischen Systems eine neue Dimension angenommen hat.

Was als fremdartige Furie des Terrors erscheint, ist aber nicht nur auf dem Nährboden der marktwirtschaftlichen One World herangewachsen, sondern auch von den repressiven Machtapparaten der westlichen Demokratien selber gezüchtet worden, die jetzt ihre Hände in Unschuld waschen. Es handelt sich um Irrläufer des Kalten Krieges und der daran anschließenden demokratischen Weltordnungskriege. Saddam Hussein wurde vom Westen gegen das iranische Mullah-Regime aufgerüstet, das seinerseits aus der Modernisierungs-Ruine des Schah-Regimes gekrochen war. Die Taliban wurden von den USA gepäppelt, geschult und mit effizienten Flugabwehrraketen ausgerüstet, weil damals alles zum Reich des »Guten« zählte, was gegen die Sowjetunion gerichtet war. Und der jetzt zur mythischen Figur des Bösen aufgeblasene Wirrkopf Usama bin Laden betrat aus demselben Grund ursprünglich als »baby« der westlichen Geheimdienste die Weltarena der bewaffneten Paranoia. Der »Sicherheits«-Imperialismus der NATO, der die vom Kapital nicht mehr reproduzierbare Menschheit gewaltsam unter Kontrolle halten will, bedient sich auch aktuell befreundeter Folter-Regimes und diverser Gestalten des Wahnsinns in der Türkei, in Saudi-Arabien, Marokko, Pakistan, Kolumbien und anderswo. Aber weil diese Welt aus den Fugen geht, verselbständigt sich ein Wechselbalg nach dem anderen. Das »baby« von heute ist immer schon das »unbegreifliche Monster« von morgen.

Die Fürsten des Terrors, die Gotteskrieger und Clan-Milizen sind allerdings keineswegs nur äußerlich vom Westen instrumentalisierte Kräfte, die ihm nun zu entgleiten beginnen. Auch ihr Geisteszustand ist nicht »mittelalterlich«, sondern postmodern. Die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen dem Bewusstsein der marktwirtschaftlichen »Zivilisation« und dem Bewusstsein der islamischen Terroristen können nicht allzu sehr erstaunen, wenn man bedenkt, dass es sich bei der Logik des Kapitals um einen irrationalen Selbstzweck handelt, der nichts anderes als säkularisierte Religion darstellt. Auch der ökonomische Totalitarismus teilt die Welt in »Gläubige« und »Ungläubige«. Die herrschende »Zivilisation« des Geldes kann die Abkunft des Terrors nicht rational analysieren, weil sie sonst sich selbst in Frage stellen müsste. So definiert der angeblich aufgeklärte Westen den Islamismus ebenso als »Werk des Teufels« wie dieser umgekehrt den Westen. Die irrationalen dichotomischen Bilder von »Gut« und »Böse« gleichen sich bis zur Lächerlichkeit.

Was in den Köpfen der Chefterroristen vorgeht, ist seiner Natur nach nicht bizarrer als die Art und Weise, wie die Chefmanager der globalen Marktwirtschaft Mensch und Natur unter dem destruktiven Zwang des abstrakten betriebswirtschaftlichen Kalküls wahrnehmen und zurichten. Der religiöse Terror schlägt ebenso blind und sinnlos zu wie die »unsichtbare Hand« der anonymen Konkurrenz, unter deren Regiment permanent Millionen von Kindern verhungern – um nur ein Beispiel zu nennen, das den angesichts der Opfer von Manhattan zelebrierten Kult der Betroffenheit in ein seltsames Licht taucht.

Wenn die Medien zwischen den Zeilen eine heimliche Bewunderung für die ungeahnten technischen und logistischen Fähigkeiten der Terroristen erkennen lassen, wird auch in dieser Hinsicht die Verwandtschaft der Seelen deutlich: Beide Seiten gehören gleichermaßen der modernen »instrumentellen Vernunft« an. Denn auf beide trifft zu, was in Melvilles »Moby Dick«, dieser großen Parabel auf die Moderne, der unheimliche Kapitän Ahab sagt: Alle meine Mittel sind vernünftig, nur mein Zweck ist wahnsinnig. Die Ökonomie des Terrors entspricht spiegelbildlich dem Terror der Ökonomie. So erweist sich der Selbstmord-Attentäter als die logische Fortsetzung des einsamen Individuums in der universellen Konkurrenz unter den Bedingungen der Aussichtslosigkeit. Was hier zum Vorschein kommt, ist der Todestrieb des kapitalistischen Subjekts. Dass dieser Todestrieb dem westlichen Bewusstsein selbst inhärent ist und nicht nur durch die soziale, sondern auch durch die geistige Trostlosigkeit des totalitären Marktsystems ausgelöst wird, beweisen die periodischen Amokläufe von Mittelstandskindern in den Schulen der USA und das Attentat von Oklahoma, das bekanntlich ein authentisches Produkt des inneren Wahnsinns der USA war. Der auf ökonomische Funktionen reduzierte Mensch wird ebenso verrückt wie der Mensch, den der Verwertungsprozess als »überflüssige Existenz« ausspuckt. Die instrumentelle Vernunft entlässt ihre Kinder.

Weil der irrationale Kern seiner Ideologie dem islamischen Fundamentalismus gleicht wie ein Ei dem anderen, kann der Kapitalismus nur noch zum Kreuzzug aufrufen, zum »heiligen Krieg« der westlichen »Zivilisation«. Allein solche Opfer, die Star-Kolumnistinnen der USA, Broker in Manhattan und Bürger der westlichen Freiheit sind, gelten als wirkliche Opfer und werden in Gedenkgottesdiensten beweint. Der Tod von irakischen Zivilisten und serbischen Kinder dagegen, die von Bomben aus zehn Kilometer Höhe zerfetzt wurden, weil die kostbare Haut der US-Piloten nicht geritzt werden durfte, erschienen nicht als Menschenopfer, sondern als »Kollateralschaden«. Sogar vor den Toten macht die globale Apartheid nicht halt. Der westliche Begriff der Menschenrechte enthält als stumme Voraussetzung die Verkäuflichkeit der Person und die Zahlungsfähigkeit. Wer diese Kriterien nicht erfüllen kann, ist eigentlich kein Mensch mehr, sondern ein Stück Biomasse. So teilt der westliche Fundamentalismus die Welt auf in das angeblich zivilisierte »Reich« einerseits und die »neuen Barbaren« andererseits, wie der französische Publizist Jean Rufin schon Anfang der 90er Jahre feststellte.

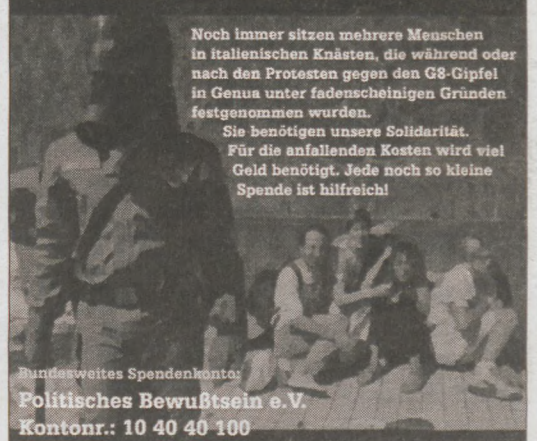
Das Imperium wankt. Innerhalb weniger Monate hat sich der Mythos der ökonomischen Unverwundbarkeit durch den Zusammenbruch der »New Economy« blamiert. Jetzt ist der Mythos der militärischen Unverwundbarkeit zusammen mit dem Pentagon in Flammen aufgegangen. Das utilitaristische Denken der Funktionseliten versucht sogar aus dieser Katastrophe noch Nutzen zu schlagen. Denn mitten im Absturz der Finanzmärkte hat man plötzlich den Stoff für eine Dolchstoßlegende: Nicht die herrschende Ordnung ist obsolet, wenn weitere Finanzblasen platzen und womöglich die Weltmarktwirtschaft kollabiert, sondern der »externe Schock« des Terrorschlags soll dann die Ursache gewesen sein – so Wim Duisenberg, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB). Das Systemversagen wird in die externe Bosheit der fremdartigen »Ungläubigen« umdefiniert, aber dadurch nicht ungeschehen gemacht.

Gleichzeitig rollt eine Welle der ebenso hysterischen wie schmalzigen Kriegspropaganda, als schrieben wir den August 1914. Überall melden sich zuhauf Freiwillige, mitten im Crash steigen die Aktien der Rüstungsindustrie, fast schon macht sich Hoffnung auf eine Kreuzzugs-Konjunktur breit. Aber klandestine Gruppen von Männern, die mit Messern und Teppichschneidern bewaffnet sind, fordern nicht die Massenmobilisierung und Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte heraus. Der Terror stellt kein äußeres Gegenimperium auf derselben Ebene von Staatlichkeit und Kriegswirtschaft dar. Er ist die innere Nemesis des globalisierten Kapitals selbst. Deshalb kann er keinen neuen Rüstungsboom hervorrufen. Auch militärisch wird der Kreuzzug ins Leere gehen. Ob mögliche »Vergeltungsschläge« der USA wie gehabt aus zehn Kilometern Höhe irgendeine Zivilbevölkerung dezimieren oder ob Bodentruppen unter hohen Verlusten durch entlegene Bergregionen irren, wie es die Armee der Sowjetunion in Afghanistan erfahren musste: Aus dem Pseudo-Krieg gegen die von ihm selbst hervorgebrachten Dämonen der Weltkrise wird der Kapitalismus keine Nahrung für sein Fortleben mehr saugen können.

Es sind auch Stimmen der Vernunft zu hören, von Feuerwehrleuten in New York bis zu einzelnen Journalisten und Politikern, die wenigstens sagen, dass ein Krieg völlig sinnlos wäre. Aber diese Vernunft droht hilflos zu bleiben und von der Welle der Irrationalität weggeschwemmt zu werden, wenn sie nicht zu einer Analyse der Krisenverhältnisse findet. Es gibt nur einen Weg, dem Terror wirklich den Nährboden zu entziehen: die emanzipatorische Kritik am globalen Totalitarismus der Ökonomie.●

NICHT VERGESSEN !

Freiheit für die Gefangenen in Genua !



Bundesweites Spendenkonto:
Politisches Bewußtsein e.V.
Kontonr.: 10 40 40 100
BLZ : 375 51 440
Sparkasse Leverkusen
Stichwort: Genua-Gefangene
Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden

Kontakt :
Politisches Bewusstsein e.V.
Postfach 30 07 37
51336 Leverkusen
amici-del-quindici@gmx.de

Hängematten informieren

Der Faulpelz ist der einzige Pelz

Am Donnerstag, den 17. Mai 2001 haben wir, eine Gruppe von Erwerbslosen- und SozialhilfebezieherInnen unter dem Motto: »Der Faulpelz ist der einzige Pelz, den wir uns leisten können. Faulpelz steht uns gut« das SozialamtNeukölln besucht und in einer symbolischen Aktion das Leitungsteam des Amtes vorübergehend verhaftet.

Leider war nur eine Person des Leitungsteams anwesend, die sich gerade in einem Gespräch mit einem Sozialhilfebezieher befand. Die Amtsperson versuchte den Sozialhilfebezieher als potentiellen Verbündeten gegen uns auszuspielen, mit dem Hinweis auf die aktuelle Bearbeitung des Falles. Offensichtlich waren Unterlagen verschwunden und die Amtsperson versuchte, die vermutlich eigene Schuld auf den Klienten abzuwälzen. Wir ließen uns nicht irritieren. Seit Jahren schikaniert das Leitungsteam des Sozialamtes und seine Untergebenen die »Kundschaft« in unverantwortlicher Weise.

Wir klagten an:

»Ihnen wird zur Last gelegt, dass Sie seit Jahren in unverantwortlicher Weise mit einem großen Teil ihrer MitarbeiterInnen ihre »Kundschaft« drangsalieren und schikanieren. Sie haben sich der permanenten Bespitzelung der Betroffenen und deren Angehörigen schuldig gemacht.

● Ihnen wird zur Last gelegt, dass sie seit Jahren in unverantwortlicher Weise mit einem großen Teil ihrer MitarbeiterInnen ihre »Kundschaft« drangsalieren und schikanieren.

● Sie haben sich der permanenten Bespitzelung der Betroffenen und deren Angehörigen schuldig gemacht und dabei Grundrechte wie das der Unverletztlichkeit der Wohnung, Schutz der Ehe und Familie sowie das Recht der Freizügigkeit außer Kraft gesetzt.

● Sie haben sich schuldig gemacht, die Betroffenen zu Pfennigbeträgen zu nutzloser und idiotischer Arbeit zu zwingen.

Doch nicht genug damit. Die betroffenen HilfeempfängerInnen werden unter Generalverdacht gestellt, eine »faule, betrügerische Bande« von »Schmarotzern« und »Sozialschnorrern« zu sein. Dabei erhalten die Sozialämter von PolitikerInnen aller Parteien Schützenhilfe. Vom Bundeskanzler Schröder, der die Erwerbslosen als faul denunzierte bis hin zum Neuköllner CDU-Sprecher Falko Liecke, der davon sprach, die »redlichen« SozialhilfeempfängerInnen vor den schwarzen Schafen in Schutz nehmen zu müssen. Mit dem Kampf gegen die schwarzen Schafe müsse verhindert werden, dass das Sozialamt »Designerbrillen, Luxustapeten und Brustvergrößerungen« bezahle.

● Sie haben sich schuldig gemacht durch die Aufstockung des Prüfdienstes, der unerträglichen Menschenjagd auf HilfeempfängerInnen.

● Sie haben sich schuldig gemacht, mit z.T. illegalen Methoden Gelder einzusparen, auf Kosten der Betroffenen, wie z.B. bei dem Versuch, einem Neuköllner Gymniasiasten, der kurz vor den Abiturvorbereitungen stand, während der Schulferien eine sogenannte gemeinnützige Arbeit anzudrehen und jenem für den Fall der Weigerung eine Streichung seiner Sozialhilfebezüge in Aussicht gestellt.

● Sie haben sich schuldig gemacht durch mangelnde Information und falsche Ermessensentscheidungen sowie der mißbräuchlichen Vorenthaltung gesetzlich zustehender Leistungen. Eine Statistik über die den Anspruchsberechtigten vorenthaltenen Sachleistungen existiert nicht, dagegen werden ständig Meldungen über die SozialhilfemißbraucherInnen in der Presse verbreitet, die auf Schätzungen basieren, wonach ca. 5 bis 10% der SozialhilfebezieherInnen das Sozialsystem mißbrauchen. Das die tatsächlichen Zahlen unter 1,5% liegen, ist dann den selben Zeitungsmachern nur eine kleine Notiz wert. Der offenkundige Mißbrauch der Ämter, die Verweigerung der Rechtsansprüche gegenüber den SozialhilfebezieherInnen nimmt dagegen stetig weiter zu.

In Berlin leben 275 000 SozialhilfeempfängerInnen, 30% mehr als noch 1995. Dagegen zahlte die Stadt 1999 10% weniger Sozialhilfe aus als 1995. Für 2002 beschloss der Senat, die Mittel um weitere 140 Millionen Mark abzusenken.«

Wir fanden mit unserer Aktion nicht nur Zustimmung bei anwesenden Klienten, die uns spontan applaudierten, sondern auch bei vielen BesucherInnen, denen wir Flugblätter gereicht hatten. Nachdem wir dem Leitungsteam seine Freiheit wieder gegeben hatten, verklebten wir in einer symbolischen Aktion Überwachungskameras und stellten uns mit Transparenten in den Flur u.a. »Wenn wir schon vor der Kamera stehen wollen wir auch dafür bezahlt werden« oder »Drückeberger machen Druck. Weg mit den Schikanen !« (Dauer ca. 30 Minuten).

Bei dieser offensiven Strategie, die SozialhilfeempfängerInnen und nicht die Armut zu bekämpfen, ist es kein Wunder, dass immer mehr Leute auf den Ämtern, die dort bestohlen und betrogen werden, ihrem Ärger Luft machen. Deshalb bedarf es auch der Kameras. Sie sind Ausdruck der Angst von Leuten, die vielleicht nicht ganz zu Unrecht vermuten, dass sie dann, wenn sie andere permanent bescheißen, um ihren weißen Kragen fürchten. Die Kameras sind aber auch Ausdruck davon, die SozialhilfebezieherInnen als kriminelle Subjekte darzustellen, die ohne Überwachung nicht mehr im Zaum gehalten werden können.

Die Furcht um den weißen Kragen war es wohl auch, die die BehördenverterInnen , das Mitglied des Leitungsteams (Gruppenleiter), die stellvertretende Amtsleiterin sowie die Vorzimmerdame des Sozialstadtrates Schippel, der leider nicht anwesend war, ihre Nichtzuständigkeit zu betonen und uns auf die zuständigen verantwortlichen PolitikerInnen zu verweisen. Wir werden diesen Hinweis aufnehmen, als Aufforderung , auf unsere Weise den Dialog mit verantwortlichen PoltikerInnen zu suchen.●

gezeichnet Arbeitslosenpolizei
– Kommando Freitag, der 13.
Hängematten e.V. – im Zielona Gora –
Grünberger Str. 73, D-10245 Berlin, Tel. (0 30) 29 00 68 08, Fax 29 44 97 71
E-Mail: haengematten@gmx.de
www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/laden/haengem.htm

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Antipsychiatrie

Russell Tribunal

Das Urteil des Russell Tribunal zur Frage der Menschenrechte in der Psychiatrie.

Als Ergebnis der vorgetragenen Beweise, die das Tribunal bei seiner ersten Sitzung am Wochenende des 30.6. und 1.7. gehört hat, ist das Tribunal davon überzeugt, dass im Namen der Psychiatrie schwere Verstöße gegen die Menschenrechte verbreitet sind, die aber im wesentlichen unbekannt bleiben.

In Übereinstimmung mit der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen beklagt die Mehrheit der Mitglieder der Jury zutiefst die Einsperrung von Menschen gegen ihren Willen im Namen der Psychiatrie. Die Fortsetzung dieser Praktiken ist überall eine Bedrohung der individuellen wie der kollektiven Freiheit.

Wir sehen das Konzept »psychischer Krankheit« und das »medizinische Modell« der Psychiatrie, mit dem menschliches Verhalten erklärt wird, als gefährlich und irreführend an, weil es deterministisch ist (insbesondere in der Bio-Psychiatrie) und damit Menschen ihrer Wahlmöglichkeiten und Verantwortung beraubt. Es rechtfertigt sogar solche Konzepte wie das des »Geisteskranken« als rechtliche Kategorie, die eine völlige Verweigerung der Menschen- und Bürgerrechte ermöglicht und in Wirklichkeit dazu verwendet wird, antisoziales und kriminelles Handeln zu entschuldigen.

Wir beklagen das Handeln der Freien Universität Berlin, die dem Druck ihrer psychiatrischen Abteilung gewichen ist und ihr Versprechen gebrochen hat, das Tribunal bei sich tagen zu lassen. Nichtsdestotrotz sind wir entschlossen, unsere Anhörungen und Untersuchungen fortzusetzen und alle verfügbaren Medien und Möglichkeiten der Kommunikationstechnik zu nutzen, um Misshandlungen zu erkunden und die Öffentlichkeit über die Gefahren für die menschliche Freiheit zu alarmieren, die durch die unkritische Akzeptanz der Ansprüche und Praktiken der Psychiatrie entstehen. Wir denken, dass weitere Untersuchungen angestellt werden sollten, um die spezifisch psychiatrischen Misshandlungen zu untersuchen: Elektroschock, Fixierung und Zwangseinweisung. Strenge juristische und politische Überwachung psychiatrischer Anstalten und psychiatrischer Praktiken sind eine Voraussetzung für den effektiven Schutz der Menschenrechte. Juristische Vorkehrungen sollten die Vertretung durch einen Rechtsanwalt, Zugang zu wichtigen Dokumenten, zivile und strafrechtliche Haftung für Einsperrung und das Verbot der Diskriminierung gegen »psychisch Kranke« einschließen. Weitere politische und öffentliche Schritte sollten unternommen werden, einschließlich kritischer öffentlicher Untersuchung der Rolle der Psychiatrie, ihrer wissenschaftlichen Basis und der Rechtfertigungsmöglichkeit moderner psychiatrischer Praktiken. Die Psychiatrie weigert sich nicht nur die Gewalt, die sie historisch vom Staat bekommen hat, aufzugeben, sondern sie spielt sogar die Rolle eines hochbezahlten und respektierten Organs sozialer Kontrolle, einer internationalen Verhaltens-Polizei, und des Unterdrückers politischer und sozialer Abweichung.

Wir halten die Psychiatrie einer Kombination von Zwang und Unverantwortlichkeit für schuldig – sie entspricht damit der klassischen Definition von totalitären Systemen. Als ersten Schritt fordern wir die Abschaffung der »Psychisch Kranken« Gesetze, so daß die Psychiatrie gegenüber der Gesellschaft verantwortlich wird. Darauf sollten Wiedergutmachungszahlungen für die Schäden folgen, die sie verursacht hat. Öffentliche Gelder sollten für humane und würdevolle Alternativen zur Zwangspsychiatrie zur Verfügung gestellt werden.

Gezeichnet (die Mitglieder der Jury):
Kate Millett, Ken Fleet, Esther Hertzog, Ron Leifer, Jacob Emanuel Mabe, Wolf-Dieter Narr, Richard E. Vatz
Zwei Jurymitglieder stimmten diesem Urteil nicht zu und gaben folgendes Minderheitenvotum ab:

Minderheitenvotum

Als Ergebnis der vorgetragenen Beweise, die das Tribunal bei seiner ersten Stitzung am Wochenende des 30.6. und 1.7. gehört hat, sind wir, die Minderheit der Jurymitglieder (Paulo Coelho und Alon Harel) davon überzeugt, dass im Namen der Psychiatrie schwere Verstöße gegen die Menschenrechte verübt werden, die im wesentlichen unbekannt bleiben. Wir, die Minderheit der Jurymitglieder, bedauern zutiefst die ungerechtfertigte Einweisung von Personen gegen ihren Willen im Namen der Psychiatrie als eine massive Menschenrechtsverletzung. Wir sind der Meinung, dass weitere Untersuchungen und Anhörungen stattfinden sollten, um den Missbrauch zu erforschen und die öffentliche Meinung auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die die unkritische Akzeptanz der Behauptungen der Psychiatrie darstellt.

Strenge juristische und politische Überwachung psychiatrischer Anstalten und psychiatrischer Praktiken sind eine Voraussetzung für den effektiven Schutz der Menschenrechte. Juristische Vorkehrungen sollten die Vertretung durch einen Rechtsanwalt, Zugang zu wichtigen Dokumenten, zivile und strafrechtliche Haftung für Einsperrung und das Verbot der Diskriminierung »psychisch Kranker« einschließen.

Weitere politische und öffentliche Schritte sollten unternommen werden, einschließlich der kritischen öffentlichen Untersuchung der Rolle der Psychiatrie, deren wissenschaftlicher Begründung und der Rechtfertigung moderner psychiatrischer Praktiken.

Gezeichnet: Paulo Coelho, Alon Harel

www.freedom-of-thought.de
www.psychiatrie-erfahrene.de

Sozialhilfe

Unzureichend und ungerecht

Redaktion Heidelberg ● Als noch unzureichenden Schritt in die richtige Richtung hat der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband die Kindergelderhöhung um 30 Mark bezeichnet. Der Verband fordert einen verbindlichen Stufenplan bis zur Erreichung eines einheitlichen Kindergeldes in Höhe von 460 Mark sowie die Teilhabe von Sozialhilfebeziehern an der Kindergelderhöhung.

»Nach wie vor sind Vater Staat die Kinder der Reichen mehr wert als die weniger Wohlhabender«, kritisiert die Vorsitzende des PARITÄTISCHEN, Barbara Stolterfoht, anläßlich der Bundestagsberatung Anfang September. Während das Kindergeld für die breite Masse lediglich um 30 Mark aufgestockt werde, steige die monatliche Nettoentlastung eines Spitzenverdieners durch die gleichzeitige Erhöhung der steuerlichen Kinderfreibeträge von 403 auf rund 460 Mark. Stolterfoht: »Bei allem Verständnis für die Haushaltszwänge des Bundes: Dies ist schlichtungerecht. Dass Sozialhilfebezieher dabei sogar völlig leer ausgehen sollen, indem ihnen die Kindergelderhöhung gleich wieder von der Sozialhilfe abgezogen wird, kann man nur als ordnungspolitische Kaltherzigkeit bezeichnen.«

Zum Ausgleich dieser »verteilungs- und familienpolitischen Schieflage« sei der Kindergeldbetrag, der nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird, von derzeit 20 Mark auf 50 Mark zu erhöhen. Das Kindergeld selbst sei mittelfristig so zu gestalten, dass es mindestens die steuerliche Nettoentlastung von Spitzenverdienern erreicht.

Stolterfoht: »Wenn die Bundesregierung selbst in ihrem Armutsbericht vor dem zunehmenden Auseinanderklaffen von Einkommen warnt und insbesondere über die Armut von Alleinerziehenden und Ehepaaren mit Kindern klagt, muß sie nun auch Taten zeigen. Das Mindeste, was wir erwarten können, ist eine verbindliche Planung zur weiteren Ausgestaltung des Kindergeldes in den nächsten Jahren. Mit der alljährlichen Feilscherei muß Schluß sein. Unsere Familien haben ein Anrecht auf eine verläßliche und perspektivische Politik, die klipp und klar sagt, wo die Reise in welchem Zeitraum hingehen soll.«

HUMANISTISCHE UNION WIRD 40

Lobby für Bürgerrechte

»Emanzipatorisch, radikaldemokratisch und unabhängig« so beschreibt die Humanistischen Union e.V. (HU) sich selbst. Deutschlands älteste Bürgerrechtsorganisation wird in diesem Jahr 40 Jahre alt. In dieser Zeit hat sie Ideen und Anstöße gegeben, die von vielen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen aufgenommen und weitergetragen worden sind.

Anlass für die Gründung 1961 war vor allem der Protest gegen restriktive konservative und klerikale Einflüsse auf Kultur und Medien. Die Ablehnung jeder Form von Zensur und die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche sind auch heute noch wichtige Themen der Arbeit. Die HU war mit an der Spitze des Widerstands gegen die Notstandsgesetze und Vorreiterin im Kampf gegen den § 218 und für die rechtliche und faktische Gleichberechtigung der Frauen. Sie tritt für sexuelle Minderheiten ein und hat maßgeblichen Anteil an der Liberalisierung des Sexualstrafrechts. Heute sind die Themen der HU vielfältiger denn je. Schwerpunkte sind u.a. der Datenschutz und die informelle Selbstbestimmung, die Forderung nach einem allgemeinen Akten-Einsichtsrecht, die Abschaffung der Geheimdienste, die Erweiterung demokratischer Mitwirkungsrechte, der Einsatz für humanere Bedingungen in der Psychiatrie und in Gefängnissen, für die Rechte der Asylsuchenden sowie für das Selbstbestimmungsrecht von Kranken und Sterbenden.

Die HU verleiht im Gedenken an ihren Mitbegründer den »Fritz-Bauer-Preis« für Verdienste um recht und Gerechtigkeit – bisher u.a. an Gustav Heinemann, Heinrich Hannover, Günther Grass und Regine Hildebrandt. Gemeinsam mit der »Gustav-Heinemann-Initiative« und dem »Komitee für Grundrechte und Demokratie« gibt die HU die Zeitschrift Vorgänge für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik sowie den jährlichen Grundrechtereport heraus, der als »Alternativer Verfassungsschutzbericht« zu einer festen Größe der politischen Öffentlichkeit geworden ist. Hier können sich Interessierte über aktuelle Gefährdungen und Herausforderungen der Bürger- und Menschenrechte informieren.●

Humanistische Union e.V., Bundesgeschäftsstelle, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin, Tel. (0 30) 20 45 02 56, Fax 20 45 02 57
E-Mail: info@humanistische-union.de
www.humanistische-union.de

Aus: mitarbeit 3/2001

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Zivilgesellschaftliche Alternativen zu GATS

Wem dient GATS?

Ausbruch aus dem Zirkel falscher Alternativen

Die Zivilgesellschaft ist sich weitgehend einig darin, dass GATS eine Vielzahl gefährlicher und menschenfeindlicher Regelungen mit sich bringt. Es geht jetzt darum, die breite Öffentlichkeit über GATS aufzuklären und die Ablehnungsfront gegen das Abkommen zu erweitern. Zugleich entsteht aber auch die Frage nach den positiven Alternativen der Zivilgesellschaft. Wenn es gelänge, zu zeigen, wie die Probleme, als deren Lösung GATS angepriesen wird, auf andere Weise gelöst werden können, kann die zivilgesellschaftliche Bewegung eine größere Durchschlagskraft erreichen.

Die Strategie der geistigen Kräfte, die hinter der WTO stehen, besteht darin, Verwirrung zu stiften und die Menschheit durch Scheinalternativen irrezuführen. So wird suggeriert, GATS sei sozusagen die logische Folge und die einzig mögliche Konsequenz aus dem Scheitern der Versuche planwirtschaftlicher und bürokratischer Regulierung weiter Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Nur die konsequente Liberalisierung und Deregulierung setze die innovativen Kräfte der Menschen frei und führe schließlich zum allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand. Diese Strategie zielt offenkundig darauf ab, die Gegner der gegenwärtigen Form der Globalisierung geistig zu entwaffnen und als die letzten Mohikaner eines quasi steinzeitlichen Bürokratismus hinzustellen, die das Jahr 1989 verschlafen hätten. Man tut so, als sei das Öffentliche generell identisch mit staatlich-hoheitlicher Weisung und kleinlicher bürokratischer Reglementierung. Gleichzeitig wird unterstellt, dass nichtstaatliche Akteure in der Regel nur aus kommerziellem Interesse im sozialen Kontext aktiv werden, weshalb ihre freie Initiative notwendig »privat« sei (das lateinische Wort »privare« heißt übersetzt schließlich »rauben«, d.h. selbstsüchtig aneignen). Schließlich wird suggeriert, man habe die Wahl zu treffen zwischen den unüberbrückbaren Gegensätzen Freiheit – und mit ihr ökonomischer Effizienz – auf der einen und Solidarität – die mit planwirtschaftlicher Ineffizienz gleichgesetzt wird – auf der anderen Seite. In dieser einseitigen Betrachtung schließt Freiheit natürlich ein konsequent solidarisch finanziertes Gesundheitswesen oder Bildungswesen aus.

Solchen ideologischen Denkschablonen gilt es unbefangene Beobachtung und sachgemäße Begriffsbildung entgegenzusetzen, um sinnvolle Leitbilder gesellschaftlicher Entwicklung konzipieren zu können. Dabei geht es nicht um ausgedachte »Lösungen« aller sozialen Probleme, sondern um die Frage nach Sozialstrukturen, welche den Menschen auf unserem Globus die Chance geben, ihre Probleme immer besser selber lösen zu können.

»Öffentlich« ist nicht notwendig gleich »Staatlich«

Eine Denkschablone, die überwunden werden muss, ist die Gleichsetzung »öffentlich = staatlich«. Diese ist für die heutige Zeit längst nicht mehr zwingend. Es gibt viele Organisationen der Zivilgesellschaft, die selbstverwaltet und selbstbestimmt arbeiten – man spricht hier von »freier Trägerschaft« -, aber zugleich öffentliche Aufgaben wahrnehmen und daher auch zu Recht ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden. Solche Organisationen sind für das Funktionieren des öffentlichen Sektors in vielen Bereichen ganz und gar unentbehrlich. Das gilt für Bereiche der Altenbetreuung, der Krankenpflege und Therapie, der Sozialarbeit und Heilpädagogik, der Suchttherapie u.a., teilweise auch für das Schulwesen, in dem nicht-kommerzielle freie Schulen bei der Verwirklichung der öffentlichen Aufgabe, das Menschenrecht auf Bildung zu realisieren, eine wichtige Rolle spielen.

Es entspricht geradezu dem Geist eines Zeitalters der Individualisierung und Pluralisierung, dass Initiativlösungen dort, wo Menschen dies wollen, an die Stelle von Staatslösungen treten können. Zwischen der Scheinalternative »staatlich« oder »privat« gibt es ein Drittes: freie Initiative für die Gemeinschaft, solidarisch finanziert. Dieser dritte Weg ist ein Weg der Balance zwischen Freiheit und Solidarität. Er führt nicht zur »Deregulierung«, sondern zur unbürokratischen Regelung von Problemen durch vielfältige Aufgabengemeinschaften und SelbstverwaltungsNetzwerke, die zugleich mit dem demokratischen Staat kooperieren.

Was sind Dienstleistungen? – Zum Unterschied von Ökonomie, Staatstätigkeit und geistiger Produktion

GATS beschäftigt sich mit Dienstleistungen. Ist der Begriff von Dienstleistungen, der diesem Abkommen zugrunde liegt, überhaupt sachgemäß? Liegt ihm latent eine bestimmte einseitige Anschauung des Menschen zugrunde und wenn ja, welche?

Dienstleistungen erbringen heißt, etwas für andere tun, anderen einen Dienst leisten. So betrachtet, ist jede Tätigkeit im sozialen Zusammenhang eine Dienstleistung. Um nachhaltig etwas für andere tun zu können, ist es notwendig, gleichzeitig ein Einkommen zu beziehen, das einem dies ermöglicht. Das Einkommen in Geldform ist dabei eine Anweisung auf einen Teil der wirtschaftlichen Wertschöpfung, eine Berechtigung zum Verbrauch dieses Teils. Insofern hat jede Tätigkeit für andere in der modernen Gesellschaft notwendig eine wirtschaftliche Seite. Bedeutet dies aber, dass jede Tätigkeit dem Inhalt nach eine wirtschaftliche Tätigkeit ist, wie das der Logik von GATS entspricht?

Wirtschaft ist zunächst Güterproduktion (Warenproduktion), letztlich induziert durch den Saugstrom der Bedürfnisse. Waren sind materielle Dinge, Lebensmittel, Kleider, Wohnungen, Transportmittel usw., die gekauft und verkauft werden. Um sie zum Verbraucher zu bringen, sind Dienste notwendig, die selbst nicht materielle Dinge sind, wohl aber materielle Ergebnisse zeitigen und notwendig sind, damit die materiellen Güter ihre Bestimmung erreichen. Hierhin gehört die Arbeit des Spediteurs ebenso wie des Bankangestellten, des Groß- und Einzelhändlers oder der Telefongesellschaft, über deren Leitungen geschäftliche Verabredungen getroffen werden. Diese Art von Dienstleistungen ist in der Regel direkt marktfähig, d.h. verkäuflich und käuflich.

Anders verhält es sich mit den Leistungen der »Staatsdiener« (Beamten), der Parlamentarier usw. Sie benötigen zwar ein Einkommen, sind jedoch weder unmittelbar noch mittelbar in die Erzeugung marktfähiger materieller Güter involviert. Sie erhalten ihren Teil an der Wertschöpfung über Steuereinnahmen. Es wäre ziemlich widersinnig, einen Regierungsdirektor nach der Zahl der produzierten Verordnungen zu bezahlen. Im Staat geht es um etwas qualitativ anderes als um wirtschaftliche Güter. Es geht darum, dass jeder als Gleicher zu seinem unveräußerlichen Recht kommt. Damit gewährleistet dieser Bereich (jedenfalls war dies bisher sein Ideal) eine bestimmte gesellschaftliche Infrastruktur und den sozialen Frieden, der auch für die Wirtschaft lebenswichtig ist. Dies vermag der Staat jedoch nur, wenn in ihm die Menschen aus demokratischer Übereinkunft heraus der Wirtschaft durch Gesetze gewisse Grenzen setzen können, Rahmenbedingungen, an die sich Unternehmen halten müssen.

Dienstleistung ist nicht gleich Dienstleistung. Mit einem Bauunternehmer beispielsweise schließt man einen Werkvertrag, der die Zahlung an das Ergebnis, z.B. den fertigen Hausbau koppelt, mit einem Rechtsanwalt – zumindest in Mitteleuropa – einen Dienstvertrag, der eine Zahlung unabhängig vom Prozessergebnis vorsieht.

Auch alle kulturelle Arbeit, alle geistige Produktion, soweit sie nicht rein privaten Freizeitcharakter hat, kann nur geleistet werden, wenn sie wirtschaftlich getragen wird. Der Lehrer, der Arzt, der Hochschullehrer brauchen ein Einkommen, um sich ganz ihrer Tätigkeit widmen zu können. Insofern treten ihre Leistungen in eine direkte Vergleichbarkeit mit denen jeder anderen Berufsgruppe. Sie erzeugen aber ebenfalls keine materiellen Güter oder mit der materiellen Produktion verbundene Leistungen. Was Lehrer an Schlüsselqualifikationen in ihren Schülerinnen und Schülern entwickeln helfen, wird zwar zukünftig wirtschaftlich höchst relevant werden, diese Relevanz ruht aber für die Gegenwart ganz und gar auf dem »Prinzip Hoffnung«. Es ist absurd, ja menschenverachtend zu sagen, dass Schüler Produkte sind. Der Lehrer produziert nicht wirtschaftlich, sondern hilft durch die Art, wie er dem Schüler gegenübertritt, bei dessen Entwicklung mit. Es handelt sich nicht um eine standardisierbare Leistung, sondern um eine – einen Raum von Kreativität erfordernde – subtile »Beziehungsdienstleistung«, die individualisierbar sein muss. Ähnliche Fragen ergeben sich, wenn man die Beziehung zwischen Arzt und Patient, Altenpfleger oder Heilpädagoge und Betreutem betrachtet.

Die genannten Tätigkeiten bedürfen einer Form der Finanzierung, welche die für sie nötigen Freiräume schafft. Nur wenn in der Gesellschaft Verständnis für die Bedeutung der Kultur herrscht, wird die Bereitschaft da sein, ihr jenen Teil der Wertschöpfung zur Verfügung zu stellen, den sie für ihre Entwicklung braucht. Wo Bildung nur ökonomisch betrachtet wird, wird schließlich die Bereitschaft schwinden, das Bildungsrecht für jeden jungen Menschen, unabhängig vom Geldbeutel seiner Eltern, zu gewährleisten. Ähnliches gilt für das Gesundheitswesen. Marianne Hochuli hat es auf den Punkt gebracht: »Sektoren wie Bildung und Gesundheit sollten auf keinen Fall denselben Regeln unterstehen wie der Handel mit Gütern.« (8)

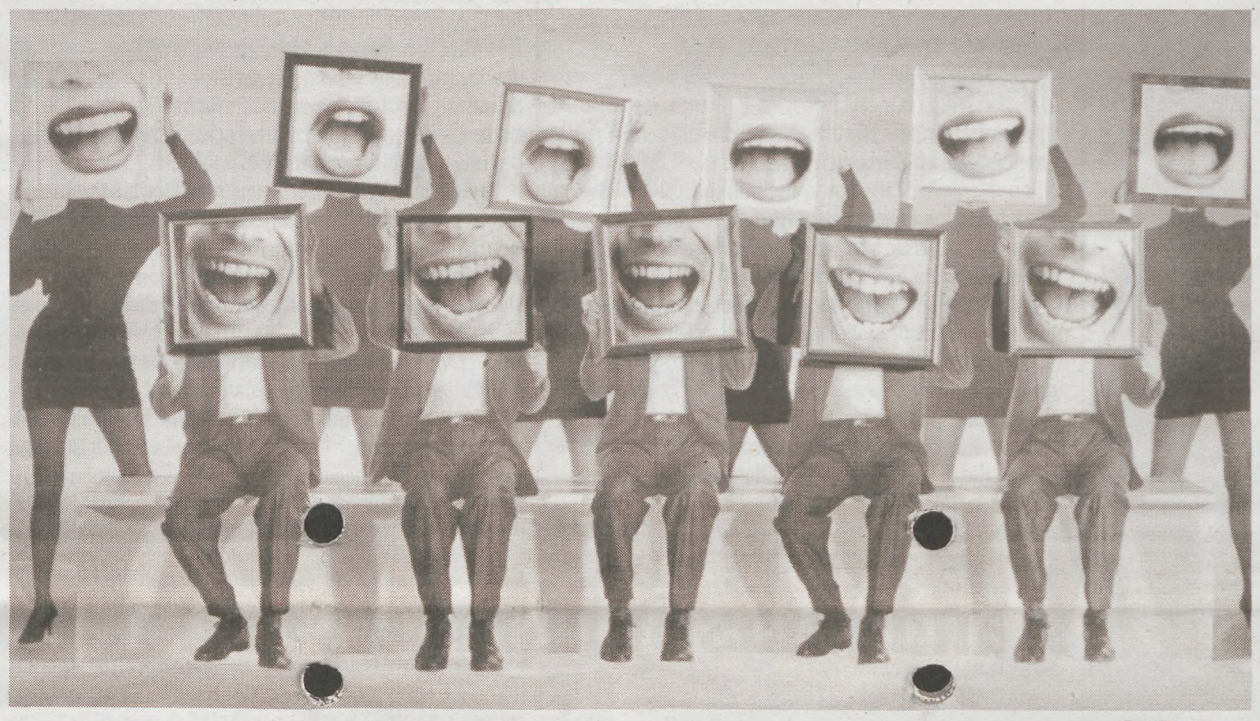


Foto: IFA Bilderteam

Die Puppe in der Puppe: Das Menschenbild der GATS-Ideologie

Die Ideologie, die hinter GATS steht, führt offensichtlich zur geistigen Blindheit für die Eigenfarben von Kultur und Recht gegenüber der Ökonomie. Sie absorbiert aber auch bestimmte Aspekte der Ökonomie selbst, während sie andere verzerrt oder überdimensioniert erscheinen lässt.

Der Neoliberalismus der WTO-Ideologen kennt nur das eigennützige Privatinteresse als Motor der Wirtschaft. Der Widerspruch zwischen der Tatsache, dass in der arbeitsteiligen Wirtschaft Arbeit für andere nötig ist, und diesem »Selbstinteresse« ist für die neoliberalistische Ideologie nur durch die Kombination pekuniärer Anreize mit uneingeschränktem Wettbewerb auflösbar. Denn nur dieser Wettbewerb bewirkt – so die Denkweise – das Abschleifen der Egoismen aneinander; und nur die Peitsche der Konkurrenz führt zu permanenter Innovation und damit Produktivitätssteigerung und Verbilligung der Produkte. So dass schließlich – ohne dass die wirtschaftlichen Akteure es wollen und beabsichtigen – hinter ihrem Rücken eine soziale Umverteilung stattfindet. In einer neueren Veröffentlichung wird das hier zugrundeliegende Prinzip als »Mephisto-Prinzip« beschrieben. (9) Für seine Anhänger sind alle Versuche, durch Verständigungsprozesse der Wirtschaftspartner untereinander soziale und ökologische Vernunft in die Ökonomie hineinzubringen, von vornherein kartellverdächtig und damit durch das Wettbewerbsrecht zu unterbinden. Auf diese Weise kommt dieses Wettbewerbsrecht höher zu stehen als das Vertragsrecht – das doch als ein Aspekt der allgemeinen Handlungsfreiheit der Person ein unveräußerliches Menschenrecht ist.

Die zugrunde liegende Anschauung ist vom Misstrauen in die Entwicklungsmöglichkeiten des Menschen geprägt. Das Credo lautet: Die Menschen sind nun einmal wie sie sind. Die zweifelsohne vorhandene egoistische Seite des Menschen wird schlicht zur menschlichen Gesamtnatur hochstilisiert. Dass Verantwortlichkeit und Sozialität nur durch Beteiligung an sozialen Prozessen entsteht, wird dabei systematisch ausgeblendet. Dieses Misstrauen erklärt auch den scheinbaren Widerspruch, warum die Verfechter der elitären Globalisierung in der Ökonomie auf scheinbar grenzenlose Freiheit pochen, während sie gleichzeitig einer Ausweitung des demokratischen Prinzips und einer konsequenten autonomen Selbstverwaltung des Kulturlebens als Gegner gegenüberstehen. Der Neoliberalismus verträgt sich durchaus mit einer »Singapurisierung« weiter Teile des Globus, d.h. mit autoritären Strukturen.

Ökonomie – Dienstleister der Gesellschaft oder ihr Herr?

Die so verstandene Ökonomie schickt sich mit GATS an,

Fortsetzung Seite 8

Was ist GATS?

Das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services = GATS) ist eine von über 20 Handelsvereinbarungen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) verwaltet und in Kraft gesetzt werden. Das GATS wurde 1994 eingerichtet, am Ende der »Uruguay-Runde« des Allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel (General Agreement on Tariffs and Trade = GATT), die zu der Schaffung der Welthandelsorganisation geführt hat. GATS war eines der Handelsabkommen, die zur Einbeziehung übernommen wurden, als die WTO 1995 gebildet wurde. Verhandlungen sollten fünf Jahre später beginnen mit dem Ziel, »progressiv das Niveau der Liberalisierung (des Handels)« anzuheben.

Diese Gespräche wurden wie geplant im Februar 2000 auf den Weg gebracht. Der Plan sieht vor, eine Abschlussvereinbarung bis Dezember 2002 zu erreichen – das sind noch weniger als zwei Jahre.

Aus: Maude Barlow: Die letzte Grenze, a.a.O.

Im Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen wurden erstmals Regeln im Dienstleistungssektor getroffen. Vorerst waren davon vor allem Finanzdienstleistungen und solche der Telekommunikation betroffen. Die Erbringung von Dienstleistungen ist in vielen Fällen an Personen mit entsprechendem Know-how gebunden – entsprechend wurde ein Abkommen über den Verkehr für natürliche Personen unterzeichnet.

Das Dienstleistungs-Abkommen ist ebenso wie das Landwirtschaftsabkommen ein Teil der sogenannten built-in Agenda, dergemäß laufend über die Möglichkeiten weiterer Liberalisierungen innerhalb der WTO weiterverhandelt wird.

(...) unter Liberalisierung (wird) vor allem Marktzutritt und -öffnung verstanden. Entsprechend sind damit nicht mehr nur klassische Dienstleistungen, wie Architekten, Berater oder Versicherungen sie erbringen, betroffen, sondern inzwischen steht auch die Marktöffnung des öffentlichen Sektors an. Das heißt, künftig stehen auch die bisher größtenteils durch staatliche Wirtschaftsaktivitäten erbrachten Leistungen der Gesundheits- und Altersversorgung, Verkehr, Transport, Sozialdienste, Umweltdienstleistungen und Wasserbewirtschaftung, Energie, Bildung und ähnliche zur Öffnung für die Privatwirtschaft und internationale Konkurrenz an.

Das GATS verpflichtet Mitgliedsländer im Rahmen der Meistbegünstigungsklausel und der Transparenz von Regelungen, ihre Maßnahmen hinsichtlich aller Dienstleistungssektoren (am UN-Classifications System orientiert) offen zu legen. (...) Sowohl öffentliche Dienstleistungen (Bildung, Erziehung, Gesundheitswesen, Verkehr, Pensionsvorsorge, Wasser, Umwelt, Energie) als auch der Abbau von mineralischen Rohstoffen, die Nutzung biologischer Rohstoffe – ihre Be- und Weiterverarbeitung, Schürf- und Nutzungsrechte usw. – alles kann als mittel- bis langfristige Dienstleistung gefasst und behandelt werden.

Aus: Global 2000, a.a.O.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Zivilgesellschaftliche Alternativen zu GATS

sich unwiderruflich zum Herrn über die Gesellschaft zu machen. Genauer gesagt: das Geld regiert über die Ökonomie und die durch das Geld regierte Ökonomie soll die Gesellschaft regieren. Für diese Ökonomie, für welche das Prinzip der universellen Verkäuflichkeit nicht bei den Waren Halt macht, sondern die es auch auf die Produktionsfaktoren ausdehnt, sind die Menschen notwendig Kostenfaktoren, solange sie Lohn- oder Sozialkosten verursachen. Die Wirtschaft wird daher tendenziell menschenfeindlich und maßt sich an, aus vorgeblichen ökonomischen Sachzwängen Recht abzuleiten, statt sich dem Recht zu beugen, durch das die Gesellschaften ihr Grenzen setzen.

Der Staat erhob Steuern und Sozialabgaben, um öffentliche Dienste finanzieren zu können, – Sozialsysteme, Kultur, aber auch die eigentliche Staatstätigkeit selbst. Heute entzieht sich die Ökonomie diesem Zugriff und übt im Zuge der Konkurrenz der Standorte Druck auf die Staaten zur Anpassung der Sozialkosten und Steuern an ein unteres Niveau aus. 80 Prozent der Menschen werden in Zukunft für die Ökonomie sowieso entbehrlich

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

sein und allenfalls das erhalten, was ein ehemaliger amerikanischer Sicherheitsberater »Tittytainment« genannt hat – eine Kombination von Grundversorgung auf relativ niedrigem Niveau und billiger Unterhaltung. Wenn das nicht die Wirklichkeit von morgen werden sollen, ist Widerstand nötig.

Recht ist, was den Global Players nützt...

Zu Recht wird also von den Kritikern von GATS hervorgehoben, dass die durch die Globalisierung ohnehin durchlöcherte Gestaltungsmacht der Rechtsgemeinschaften durch das Abkommen noch weiter gemindert und damit zugleich auch das Subsidiaritätsprinzip untergraben wird, demzufolge eine möglichst basisnahe Regelung der Probleme möglich sein soll. Da nach der GATS-Logik eine Investition eine Dienstleistung ist – und zwar nicht nur eine realwirtschaftliche Investition, sondern auch eine solche an den Finanzmärkten –, kann jede eigenständige rechtliche Regelung, die z.B. eine Kontrolle der Finanzmärkte vorsieht, ausgehebelt werden. Ein bestimmtes Umweltschutz- und Sozialniveau? – Verstoß gegen die Freiheit des Handels mit Dienstleistungen! Ausländischen Investoren werden Auflagen gemacht? – Verstoß gegen die Handelsfreiheit! – Der Staat stützt und finanziert Einrichtungen in eigener oder freier Trägerschaft, die nach gemeinwesenorientierten Prinzipien arbeiten? – Verstoß gegen die Handelsfreiheit! – Wirtschaftspartner in einer globalen Wertschöpfungskette in einer bestimmten Branche vereinbaren Maßnahmen zur Gewährleistung fairer Preise? – Verstoß gegen die Wettbewerbsfreiheit! Menschen beanspruchen Handlungs- und Vertragsfreiheit? – Bitte sehr, aber nur wenn kein Verstoß gegen die Wettbewerbsfreiheit vorliegt! Förderung der regionalen Wirtschaft oder ökologisch-soziale Auflagen bei öffentlichen Aufträgen? – Verstoß gegen die weltweite Ausschreibungspflicht!

Besonders betroffen von solchen Regelungen sind ärmere Länder. Einige Regierungen dieser Länder fordern mit Recht eine »Schutzbestimmung im GATS, die es erlaubt, Maßnahmen zu ergreifen, wenn ein Land mit Dienstleistungsaktivitäten, die die inländischen Dienstleistungserbringer bedrohen, überschwemmt wird.« (10)

Ist Handeln aus Einsicht unmöglich? – Der Kampf gegen den autonomen Menschen

Der Angriff durch GATS geht aber noch weiter: In den Allgemeinen Menschenrechten haben wir die Würde des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt und unter den Schutz der globalen Rechtsordnung gestellt. Menschenwürde ist in ihrem Kern die Möglichkeit des einzelnen Menschen, sich seines eigenen Denkens ohne fremde Leitung zu bedienen und aus eigenen Einsichten heraus zu handeln. Diese Tatsache begründet einerseits individuelle Freiheitsrechte, andererseits demokratische Beteiligungsrechte dort, wo es um Regeln für größere Menschengemeinschaften auf einem gemeinsamen Territorium geht. Aus ihr folgen zugleich soziale Menschenrechte, ohne die die Freiheit bloß auf dem Papier stünde und ohne die sozialer Schutz bestenfalls ein von der Kassenlage des Staates abhängiger Gnadenakt wäre.

Die GATS zugrundeliegende Denkweise greift diesen Begriff von Menschenwürde im Kern an. Dies geschieht allerdings häufig in verschleierter Form, so dass man genau hinschauen muss, um es zu bemerken: Wenn alles Ökonomie ist – und wenn Ökonomie nur vom Selbstinteresse des Menschen vorangetrieben wird - dann gibt es prinzipiell keine Praxis, die aus freier Einsicht fließt, aus Liebe zum Handlungsziel bzw. zum Gegenüber, dem die Handlung gilt, – jedenfalls keine für den sozialen Raum relevante. Es gibt nur berechnende und eigensüchtige Handlungen. Deshalb muss die Handlungsfähigkeit des Menschen in ein System eingezwängt werden. Ein solches ist das Regelwerk der Konkurrenz, ergänzt durch die Kontrolle eines ganz an der Ökonomie orientierten Staates. Die Staatstätigkeit selbst soll dabei eine Transformation durchmachen, welche gegenwärtig unter dem Schlagwort New Public Management überall in Gang gekommen ist. Die Transformation besteht darin, dass die Staaten erstens ihre eigenen Tätigkeiten an marktökonomischen Kriterien ausrichten und zweitens die kommerzielle Ausrichtung des Kulturlebens erzwingen sollen – notfalls durch die Schaffung artifizieller marktähnlicher Verhältnisse im Bildungswesen, der Sozialtherapie, den Kindergärten, dem Gesundheitswesen usw.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Auf den ersten Blick scheint der Wettbewerb der Dienstleister zugleich die Autonomie der Kultur zu gewährleisten: jeder darf jetzt anbieten, was er will. Aber in Wirklichkeit wird die solidarische Finanzierung von Kultur als Bestandteil des öffentlichen Sektors geschwächt, ohne dass es andererseits zu mehr käme als zu jener »Teilautonomie«, die als Schlagwort insbesondere im Schulwesen in den Zeiten des New Public Management allerorten beschworen wird. Teilautonomie bedeutet: Der Staat kümmert sich neben der Gewährleistung der Handelsfreiheit auch um die Sicherstellung eines angemessenen »Outputs« der Kultureinrichtungen: Leistungsaufträge, Vergleichbarkeit und Kostensenkung durch Standardisierung und Herstellung »wettbewerbsähnlicher« Verhältnisse, Implementierung von Qualitätssicherungssystemen und zugleich Delegation von Detailverantwortung nach unten sind die Stichworte. Soweit überhaupt noch öffentliche Finanzierung erfolgt, wird sie an die Erfüllung entsprechender Auflagen gekoppelt.

Was bedeutet es, die Tätigkeit des Lehrers, des Arztes, des Forschers zur Ökonomie zu rechnen? Es bedeutet, dass eine Denkweise einzieht, die langfristig die Qualität der Tätigkeit des Unterrichts, der Forschung usw. verändern muss. Forschung wird ergebnispflichtig, auch die Grundlagenforschung wird im Prinzip zur angewandten Forschung. Haftung, Gewährleistung und Verbraucherschutz werden für den Unterricht relevante Kategorien. Es verdunkelt sich das Verständnis für Kultur als einen Gegenpol der Ökonomie, als Bereich des inneren Wachstums im Gegensatz zum äußeren, des Sinns im Gegensatz zur Befriedigung der äußeren Bedürfnisse usw. Wo alles käuflich ist, ist schließlich auch der Geist käuflich. Dass das andere zentrale WTO-Abkommen, TRIPS, die Verkäuflichkeit des geistigen Eigentums sicherstellt, einschließlich der Nutzung von Pflanzenarten und der Patentierung von Leben, liegt in der gleichen verhängnisvollen Logik begründet.

Handlungsrichtungen und Alternativen

Für die Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit der Rechtsgemeinschaften

Was kann getan werden, um die Handlungsfähigkeit der Rechtsgemeinschaften wiederherzustellen? Gewiss: zunächst einmal müssen die gröbsten Angriffe auf die Demokratie zurückgeschlagen werden, muss GATS und die Gründung der faktisch unkontrollierbaren Agentur zur Überwachung seiner Einhaltung verhindert werden. Doch das wird nicht genügen. Die Handlungsschwäche der Rechtsgemeinschaft, des demokratischen Staates, wurzelt in der Möglichkeit der Global Players, sich jeder territorialen Regelung durch Arbeitsplatzverlagerung zu entziehen bzw. mit dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit Sozialkürzungen durchzusetzen. Gleichzeitig wächst weltweit allein schon durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität die Arbeitslosigkeit, und das heißt, dass immer mehr Menschen ihr Einkommen nicht mehr durch Erwerbsarbeit erlangen können und auf Sozialeinkommen angewiesen sind. Wie kann die Ausgrenzung dieser Menschen vermieden werden? Wie kann darüber hinaus in den ärmeren Ländern der Aufbau eigener sozialer Sicherheitssysteme ermöglicht werden?

Gegenwärtig wird die Finanzierung des öffentlichen Sektors zumeist in Form von Lohnnebenkosten oder Einkommensteuern am Erwerbseinkommen festgemacht. Das führt einerseits dazu, dass mit den Preisen Sozialkosten der reichen Länder in den Süden exportiert werden, andererseits zu einem Sozial-dumping durch Importe. Die Länder des Südens können keine Sozialsysteme aufbauen, ohne ihren Konkurrenzvorteil der niedrigen Lohnkosten zu gefährden, und die Sozialsysteme des Nordens geraten gleichzeitig unter erheblichen Druck. Würde weltweit das Prinzip gelten, dass die Finanzierung des öffentlichen Sektors durch die Besteuerung des Konsums erfolgt, hätten wir eine andere Situation. Denn der Verbrauch ist standortgebunden. Die Rechtsgemeinschaften könnten wieder ein rechtlich gewolltes soziales Schutzniveau garantieren, ohne dass dieses die jeweils heimische Industrie im Wettbewerb benachteiligen würde. Rechtliche Auflagen für die Wirtschaft könnten in Zukunft weit schwerer mit ökonomischen Argumenten konterkariert werden. (11)

Für einen Strukturwandel des öffentlichen Sektors

Es gilt, den öffentlichen Sektor als Bereich gemeinnütziger Dienste zu verteidigen! Aber tappen wir nicht in die aufgestellte Falle, lassen wir uns nicht zu Verteidigern des Bestehenden machen! In der Vergangenheit hat es in der Tat zu viel kleinliche staatliche Regulierung gegeben. Die Alternative hierzu ist jedoch nicht GATS, sondern ein Strukturwandel des öffentlichen Sektors, der dem inneren Impuls zivilgesellschaftlichen Engagements entspricht. Das Prinzip der Zivilgesellschaft ist der Kampf gegen Konformismus jeder Art, ist Vielfalt und Individualität. Für den öffentlichen Sektor müsste das heißen: Weg von der traditionellen staatlichen Hoheitlichkeit, hin zu solidarisch finanzierten, aber zugleich auch durch freie Trägerschaft, Vielfalt und damit durch die Willensrichtungen der Empfänger ihrer Leistungen geprägten Bildungs- und Gesundheitssystemen. Setzen wir wirkliche Partnerschaft zwischen selbstbestimmten und zugleich dem Gemeinwohl verpflichteten Einrichtungen und Unternehmen und den staatlichen Einrichtungen an die Stelle verzerrter Formen von Private Public Partnership.

Es geht nicht um Leistungsaufträge eines Staates an weisungsabhängige und in einen künstlichen ruinösen Wettbewerb gezwungene Kultureinrichtungen. Eines Staates, der seinerseits Befehlsempfänger einer von neoliberaler Ideologie durchtränkten Ökonomie ist, die den von den Kultureinrichtungen erwarteten »Output« definiert. Zukunftsfähig sind vielmehr Lösungen, bei denen freie Einrichtungen öffentliche Aufgaben in freier Trägerschaft verbindlich übernehmen und mit den staatlichen Partnern Vertragsverhältnisse auf gleicher Augenhöhe eingehen. Und im Staat selbst geht es um eine Transformation hin zu mehr basisdemokratischer Beteiligung einschließlich dem Recht auf Bürgerinitiative, Begehren und Abstimmung.

Neuen Formen der Gemeinwirtschaft eine Chance geben

Die GATS-Ideologen wollen offenbar vergessen machen, dass es immer wieder Versuche gegeben hat und gibt, der liberalen und neoliberalen Ökonomie eine Wirtschaftsform entgegenzusetzen, die gemeinwesenorientiert ist, ohne planwirtschaftlich zu sein. Die Wirtschaftsunternehmen der Arbeiterbewegung, der Stiftungsgedanke von Ernst Abbe, Gottlieb Duttweilers Gedanke des sozialen Kapitals, das Konzept der Grameen-Bank, die Ansätze des Prager Frühlings und der Umbruchbewegungen von 1989 zu einem Dritten Weg sind hier zu nennen. Zu erinnern ist an die vielfältigen Versuche zu einer Bildung von Wertschöpfungsketten, innerhalb derer fairer Handel getrieben wird, an neue Formen im Umgang mit Geld, Boden und Kapital, an Initiativen einer neuen Landwirtschaft.

Auch wenn viele dieser Ansätze zunächst scheiterten oder nur einen begrenzten Wirkungsradius haben: Sich auf sie zu besinnen genügt, um die These zu widerlegen, die auf Maximalprofit der Kapitaleigner basierte Wirtschaftsform sei die Ökonomie schlechthin. Die Zivilgesellschaft hat keinen Grund »wirtschaftsfeindlich« zu sein, wohl aber alle Veranlassung, neue Ansätze eines ökologischen und sozialen Wirtschaftens zu unterstützen, welches auch Organe eines regionalen und weltweiten partnerschaftlichen Interessenausgleichs zu bilden vermöchte.

Nur ein solches Wirtschaftswesen kann menschlich genannt werden, in dem Dienstleistung nicht Vehikel des Profiterwerbs, sondern Rentabilität und Gewinn Mittel zur Erfüllung sozialer und ökologischer Aufgaben sind.

Von GATS zu »GAFT«?

Entwickeln wir eine breite weltweite Bewegung gegen GATS. Entwickeln wir innerhalb dieser Bewegung und an den runden Tischen trisektoraler Partnerschaften zugleich einen Dialog über zivilgesellschaftliche Visionen einer gesellschaftlichen Zukunft, die durch Strukturen geprägt ist, die es Menschen möglich machen, ihre sozialen Probleme immer besser zu lösen und immer mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu verwirklichen.

Dieses GATS brauchen wir nicht. Was wir allenfalls brauchen ist ein Abkommen, das es noch nicht gibt und das wir »General Agreement on Fairness in Trade« (GAFT) nennen könnten. Das wäre ein Abkommen, das weltweite Rahmenbedingungen schafft, unter denen ein sich vertraglich selbst gestaltendes, leistungsfähiges, strukturell und regional ausgewogenes, sozialverantwortliches globales Wirtschaftsleben entwickeln kann, – ein Wirtschaftsleben, das auf Interessenausgleich und faire Preisverhältnisse ausgerichtet ist. (12)●

Die in diesem Schwerpunktthema abgedruckten Texte haben wir mit freundlicher Genehmigung dem »Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus« Nr. 2/2001 entnommen. Der Rundbrief wird herausgegeben von der Initiative »Netzwerk Dreigliederung«, Haußmannstr. 44a, D-70118 Stuttgart, Tel. (07 11) 236 89 50, Fax 236 01 18 E-Mail: BueroStrawe@t-online.de www.sozialimpulse.de

AUSZUG AUS:

Zivilgesellschaftliche Alternativen zu GATS

Die letzte Grenze

Es handelt sich um einzelne Passagen aus einem Artikel, der in der Zeitschrift »The ecologist« vom 19.4.2001 erschien und für einiges Aufsehen sorgte. Maude Barlow ist Vorstandsvorsitzende des »Council of Canadians« und eine Kämpferin für Bürgerrechte. Sie ist Autorin mehrerer Bücher; einschließlich »MAI: The Multilateral Agreement on Investment« und »The Threat to Canadian Sovereignty«, zusammen mit Tony Clarke. (Die Übersetzung des Textes aus dem Englischen besorgten Ulrich und Gabi Morgenthaler; assistiert von Wilfried Hüfler). Den englischen Originaltext findet man im Internet unter: www.theecologist.org/lastfrontier.html

Von Maude Barlow ● Wenn Sie Bolivianer wären, wüssten Sie, warum die Welt über GATS besorgt sein müsste. Gehen Sie in der Zeit zurück, ins Frühjahr 2000, in die Stadt Cochabamba in dieser südamerikanischen Nation. Unter dem Druck der Weltbank hatte die bolivianische Regierung gerade ihr öffentliches Stadtwassersystem an ein US-amerikanisches Wasserunternehmen verkauft. Dies alles war Teil des Weltbank-Programms, die bolivianische Wirtschaft zu »modernisieren« – mit anderen Worten, sie westlich gegründeten Unternehmen gegenüber zu öffnen. Es war alles, so wurde den Bolivianern versichert, im Namen ökonomischer Effizienz.

Die Menschen von Cochabamba fanden schnell heraus, worauf diese Effizienz hinauslief. Schon Wochen, nachdem die Unternehmensflagge auf dem, was bislang ein öffentlicher Versorgungsbetrieb war, gehisst wurde, wurden die Wasserpreise drastisch erhöht. Viele der ländlichen Familien von Cochabamba mussten bis zu einem Drittel ihres Einkommens für ihr Wasser bezahlen – mehr als sie für Nahrungsmittel ausgaben. Die Belastungen waren lähmend, und es gab keine Alternative – sogar Regenwasser als Trinkwasser zu sammeln, wurde für illegal erklärt.

Beschwerden hatten bei dem Wasserunternehmen keine Wirkung, dessen Ziel nun eher der Profit als die öffentliche Deckung eines Grundbedarfs war. So gingen die Cochabambaner auf die Straße. Im April nahmen zuerst Hunderte, dann Tausende an Demonstrationen gegen die Privatisierung dieser elementarsten Hilfsquelle teil. Vier Tage Streik brachten die Stadt zum Stillstand. Die Regierung gab nach und versprach, den Wasserpreis zu senken. Dann überlegten sie es sich anders. Die Proteste begannen wieder und wurden dieses Mal größer. Tränengas wurde eingesetzt, und es wurde der Kriegszustand erklärt. Cochabamba landete im Chaos. Noch immer weigerten sich die Regierung und das Unternehmen nachzugeben. Protestführer wurden in der Nacht zusammengetrieben. Andersdenkende Medien wurden stillgelegt. Die Profite eines ausländischen Unternehmens hatten Vorrang vor den Alltagsbedürfnissen der bolivianischen Bevölkerung. Aber diese Menschen gaben nicht auf. Die Proteste wuchsen sogar noch an. Schließlich, nachdem das Militär einem 17-jährigen Jungen wegen seines Protestierens ins Gesicht geschossen hatte, wurde sogar der Regierung klar, dass das Spiel vorüber war. Zwei Tage später unterzeichneten sie ein Übereinkommen, das die städtische Wasserversorgung wieder öffentlicher Kontrolle übergeben sollte.

Aber dies war ein Sieg, der vielleicht nicht andauern wird. Und nächstes Mal werden die Menschen, egal wie groß der Protest sein wird, bloß ihre Zeit verschwenden.

Es kommt auch zu Ihnen

(...) Sie haben wahrscheinlich von GATS noch nichts gehört – die wenigsten haben das. Darum geht es gerade. Aber Sie sollten wissen, welche Bedeutung es für Sie haben wird. Denn diese Verhandlungen gehen immer noch im Stillen weiter. Ihre Absicht ist schlicht und einfach, die öffentlichen Dienstleistungen der ganzen Welt für Unternehmensübernahmen aufzubrechen, ja schon allein das Konzept öffentlicher Dienstleistungen nicht nur aussichtslos, sondern wohl illegal zu machen.

Genau darum geht es bei GATS. Wenn es letzten April schon in Kraft gewesen wäre, wäre es für die bolivianische Regierung ganz einfach illegal gewesen, die Wassergesellschaft von Cochabamba wieder zu verstaatlichen.

Eine gute Nachricht für Unternehmensprofite. Eine schlechte Nachricht für die Menschen. GATS ist dabei, über die ganze Welt hin für die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen den Weg freizumachen. Nichts wird ausgenommen sein – Erziehung, Gesundheitswesen, Sozialeinrichtungen, Postdienst, Museen und Büchereien, öffentlicher Verkehr, alles wird den Unternehmensinteressen erschlossen werden. Jeden und jeglichen Dienst, der gegenwärtig jeweils von staatlicher Seite im Namen des öffentlichen Interesses zur Verfügung gestellt wird, wird man privaten Unternehmen zugänglich machen und unter Profitgesichtspunkten betreiben. GATS könnte ganz einfach die letzte Grenze der Globalisierung sein: das Ende der Grundidee gemeinnütziger öffentlicher Dienste.

GATS wird in über 130 Ländern in Kraft treten, leise, und ohne viel Aufhebens, und dies in weniger als zwei Jahren. Falls nichts getan wird! (...)

Eine kurze Geschichte der Globalisierung

(...) 1947 wurde eine neue Handelskörperschaft – die internationale Handelsorganisation (International Trade Organisation, ITO) – geschaffen, mit einem sehr anderen Mandat als dem der heutigen WTO. Die ITO sollte geordneten globalen Handel unter der Zuständigkeit der UNO fördern. Der Verfolg des Handels sollte ausdrücklich wichtige soziale Gesichtspunkte berücksichtigen, einschließlich der Vollbeschäftigung und der Menschen- und Sozialrechte, wie sie durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen garantiert wurden. Die neue ITO hatte sogar das Recht, transnationales Kapital zu regulieren, um sicherzustellen, dass es diesen sozialen Zielen diene.

Aber die ITO war eine Totgeburt, getötet von den USA, die darauf bedacht waren, ein ganz anderes Welthandels- und Investment-Regime zu bilden, das nicht auf mehr, sondern auf weniger Regulierungen gebaut war; ein Regime, das sich selbst, seinen großen Unternehmen und seinen internationalen Interessen Vorteil bringen würde. So schafften die USA das GATT und entzogen es der Zuständigkeit der Vereinten Nationen. Seit der Bildung des GATT im Jahre 1947 gab es acht Handelsvereinbarungs-»Runden«, jede darauf ausgerichtet, die Grenzen des globalen Handels nach und nach weiter auszudehnen. Die ersten sechs Runden konzentrierten sich ausschließlich darauf, die Tarife (Grenzzölle) zu senken, und die wachsende Macht des GATT blieb weitgehend von der Zivilgesellschaft unbeachtet.

Aber die siebte »Tokio-Runde« (1973/1979) fiel mit dem Auftauchen des sogenannten »Washington Consensus« zusammen – einem globalen Wirtschaftsmodell, das auf den Prinzipien der Privatisierung, des freien Handels und der Deregulierung basiert, – und mit dem Emporkommen riesiger transnationaler Unternehmen, welche, weil sie nun globale Unternehmungen waren, den nationalstaatlichen Regulierungen entkommen waren und gleichermaßen den Abbau von Regulierungen auf internationaler Ebene wollten. Unter ihnen befanden sich riesige Dienstleistungsunternehmen, die erpicht darauf waren, ihre Hand auf Regierungsmonopole legen zu können, besonders in den Sektoren der Sozialeinrichtungen. Zum ersten Mal begann das GATT, sich mit »nicht-zollbezogenen Beschränkungen« zu befassen – den Regeln, Methoden und Praktiken von Regierungen, wie Umweltschutzgesetzen und öffentlich finanzierten Sozialdiensten, die auf den Handel einen Einfluss haben können. Die Uruguay-Verhandlungsrunde (1986/1994) erweiterte den Umfang der Themen drastisch – zum ersten Mal wurden Dienstleistungen genannt und viele Gebiete abgedeckt, die normalerweise mit Handel nicht in Verbindung gebracht werden. (...)

Ganz besonders würde die Vereinbarung sogar die »Diskriminierung« eines ausländischen Unternehmens verbieten, das sich darum bewirbt, einen Bereich öffentlicher Dienste zu betreiben, – sogar wenn dieses Unternehmen eine schlechte Vorgeschichte im Umwelt- oder im sozialen Bereich aufweist.

Fortsetzung Seite 10

Was ist im GATS enthalten?

Das bestehende GATS-Abkommen – das noch keineswegs endgültig abgeschlossen ist und sogar noch schlimmer werden könnte – deckt alle Dienstleistungsbereiche und die meisten Regierungsmaßnahmen ab, einschließlich Gesetze, Verfahren, Verordnungen und Richtlinien, geschriebener und ungeschriebener. Keine staatliche Maßnahme, die den Handel mit Dienstleistungen berührt, egal mit welchem Ziel, selbst ob sie den Umwelt- oder Verbraucherschutz, allgemeinen Versicherungsschutz {bzw. allgemeine Berichterstattung, für »universal coverage« im Original, d.Ü.) oder die Verbesserung von Arbeitsbedingungenbetrifft, ist außerhalb der Reichweite von GATS. Nichts Öffentliches ist sicher.

Multilaterale Abkommen der WTO

GATT 94 Rat für den Handel mit Waren	GATS Rat für den Handel mit Dienstleistungen	TRIPs Rat für Handelsbezoggene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum
Abkommen über: Dumping Einfuhrlizenzen werb- Gesundheitsmaßnahmen Investitionen (TRIMs) Kontrolle vor dem Versand ler- Landwirtschaft Schutzmaßnahmen Subventionen Technische Handelshemmnisse Textilwaren und Bekleidung Ursprungsregelungen Zollwert	Bisher Abkommen über: Finanzdienstleistungen 1997 Luftverkehr (Teilbereiche) Verkehr für natürliche Personen Basis-Telekommunikation 1997	Konventionen von: Bern: Kunst, Literatur Paris: Schutz des ge- lichen Eigentums (Urheberrecht, Erfindungen, Herstel- und Handelsmarken, geografische Bezeichnungen, Geschäftsgeheimnis) Bestimmungen über: Fälschung aller Art

Quelle: Global 2000 Österreich, a.a.O (s. Anm. 3)

Anmerkungen: Wem dient GATS?

(1) Eine Rohfassung dieses Artikels wurde bereits u.a. auf der GATS-Konferenz in Bonn verbreitet (vgl. den Bericht von Johannes Lauterbach auf S. 10).

(2) Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade), 1947 abgeschlossen.

(3) Sehr nützliche Infos über Entstehung, Gremien, Funktionsweise und Abkommen der WTO hat die österreichische Umweltorganisation Global 2000 (Flurschützstraße 13, A-1120 Wien) auf ihren Webseiten plaziert (http://www.global2000.at/ pages/subnavWTO.html).

(4) Zitiert nach Marianne Hochuli: Die WTO zu wessen Diensten? Ein Positionspapier der Erklärung von Bern zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS. Im Internet veröffentlicht unter www.evb.ch/wto«dienstleistungen.htm.

(5) Vgl. Leo A. Nefiodow: Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Sankt Augustin, 4. Aufl. 2000. In dem Buch geht es um die langen Wellen der Konjunktur und die ihnen jeweils zugrunde liegenden Basisinnovationen. Der erste sogenannte Kondratieff-Zyklus war gekennzeichnet durch Dampfmaschine und Baumwolle, der zweite durch Stahl und Eisenbahn. Dann kamen Elektrotechnik und Chemie, schließlich Petrochemie und Automobil und im fünften Zyklus schließlich die Informationstechnologie. Nefiodow vertritt ein konfessionell-christlich geprägtes Leitbild einer kooperativen Gesellschaft, kann also selber nicht als Neoliberaler betrachtet werden.

(6) Man findet den Artikel im Internet unter www.theecologist.org/ lastfrontier.html.

(7) Zu finden unter http://www.citizen.org/pctrade/GATS/ GATSsignongerman.htm

(8) Die WTO zu wessen Diensten? A.a.O. Den Begriff der Beziehungsdienstleistungen hat Udo Herrmannstorfer geprägt, vgl. seinen Aufsatz »Die Arbeit am Menschen – ein Produktionsvorgang? Zur Charakteristik von Beziehungsdienstleistungen – Ein Beitrag zur Debatte über die Qualitätssicherung«. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 2/1999.

(9) Vgl. Michael Miersch, Dirk Maxeiner: Das Mephisto-Prinzip: Böses schafft Gutes. Frankfurt/M. 2001. Die Autoren vermeinen, an Goethes Faust anschließen zu können, wo der Teufel, Mephisto, von Gott als ein Teil der Kraft bezeichnet wird, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Sie vergessen, dass die versuchende Macht des Mephisto so nur wirken kann, weil sie auf Faust stößt, den Menschen, der sich »immer strebend« um das Gute »bemüht«. Würde Faust nur Böses wollen, so würde Mephisto seine Wette mit Gott eben gewinnen, statt sie, wie bei Goethe, zu verlieren.

(10) Die WTO zu wessen Diensten? A.a.O.

(11) Vgl. hierzu: Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Christoph Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung. Umfinanzierung der Arbeitslosenversicherung als erster Schritt. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/1999.

(12) Auch über eine Alternative zu TRIPS (Trade Related Intellectual Property Rights) sollte nachgedacht werden: Welche Verhältnisse müssen geschaffen werden, damit die Früchte der Anwendung menschlicher Intelligenz auf die Arbeit letztlich allen Menschen zugute kommen können und nicht zum Mittel eigensüchtigen Profiterwerbs umfunktioniert werden können?

Berichte und Notizen

Zivilgesellschaftliche Alternativen zu GATS

»Zu wessen Diensten?«

Bericht von der internationalen Konferenz über GATS in Bonn 21./22. Mai 2001

»GATS ist ein Instrument in einer ganzen Orchestrierung, die uns das Leben immer schwerer macht.«

Von Johannes Lauterbach ● K. T. Suresh von der indischen *NGO Equations* antwortet noch zurückhaltend auf die provozierende Bemerkung Pascal Kerneis – Vertreter des *European Services Forum* –, GATS habe mit seinen Problemen nichts zu tun. Zuvor hatte er eindrucksvoll geschildert, wie die internationalen Abkommen zur Handelsliberalisierung, die von der indischen Bundesregierung ohne Rücksprache mit den Bundesstaaten und lokalen Verwaltungen unterzeichnet wurden, die indische Verfassung aushöhlen und die Ergebnisse jahrzehntelanger Bemühungen um lokale Selbstverwaltung zunichte machen.

Vertreter von Wirtschaftsverbänden und politischen Institutionen meldeten sich auf dieser NGO-Konferenz häufig zu Wort, und die Aussage, GATS habe mit all den vorgebrachten Einwänden und Befürchtungen nichts zu tun, war ihr vorrangig benutztes Argument.

Womit hat GATS zu tun?

Um dieser Frage nachzugehen, waren 65 Teilnehmer nach Bonn in die Jugend- und Erwachsenenbildungsstätte des Bistums Köln gekommen – zum großen Teil Vertreter deutscher und europäischer NGO's. Auch etliche bekannte Gesichter aus Stuttgart waren zu sehen – Menschen, die als Teilnehmer eines Wochenendseminars mit Nicanor Perlas, Christoph Strawe und Michael Baumann im *Forum 3* im letzten März auf die GATS-Problematik aufmerksam geworden waren.

Organisiert wurde die Konferenz vom »Forum Umwelt und Entwicklung«, einem Netzwerk von über 45 Organisationen, das sich der Umsetzung der Ergebnisse des Erdgipfels in Rio' 92 widmet. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Bundesumweltministerium.

Das Konferenzprogramm war konventionell aufgebaut und bestand aus einer Folge von Referaten mit anschließender Publikumsdiskussion.

Peter Wahl von *WEED* (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung Deutschland) hielt den einführenden Vortrag zum Thema und stellte in Kürze und Klarheit die Struktur des GATS, seine Stellung innerhalb der WTO und den gegenwärtigen Verhandlungsstand dar.

Es folgten Referate über eine Studie zu möglichen Umweltauswirkungen zunehmender Liberalisierung des Dienstleistungssektors, über Auswirkungen der NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone), sowie über GATS und Tourismus.

Schließlich trug Clare Joy, GATS-Kampagnenleiterin beim *World Development Movement*, engagiert und eindringlich ihre Analyse der Auswirkungen von GATS auf die Demokratie vor. Sie kritisierte insbesondere die Rolle großer Dienstleistungskonzerne beim Zustandekommen des Abkommens, die faktische Irreversibilität der Vereinbarungen und das Fehlen einer öffentlichen Debatte (in Großbritannien beispielsweise, weiß über die Hälfte der Parlamentarier nicht, was GATS ist).

Die meisten der Beiträge beeindruckten durch Sachkenntnis, scharfe Analyse und routinierte Darstellung. Es wurde deutlich, dass hier qualifizierte Mitarbeiter professionell arbeitender Organisationen auftraten. Allerdings blieb bei manchen auch ein Gefühl von Kopflastigkeit und innerer Distanz zur Sache zurück.

Ein besonderes Ereignis war der Auftritt von Fritz Pleitgen, Intendant des WDR und Vorsitzender der ARD, am Abend des ersten Konferenztages. Er berichtete augenzwinkernd von seinen Erlebnissen als »Straßenkämpfer« in Seattle (dem Schauplatz des Zusammenbruchs der WTO-Konferenz 1999) und stellte sich als begeisterter und engagierter Verteidiger des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks dar. Sein Hauptaugenmerk galt den Versuchen der USA, den europäischen Markt für ihre übermächtige audiovisuelle Industrie zu öffnen – für Pleitgen ein direkter Angriff auf das kulturelle Erbe Europas. Einem Vertreter des BDI (Bund der deutschen Industrie), der – sichtlich gereizt über Pleitgens Auftritt – versuchte ihn wegen seiner mangelnden Kompromissbereitschaft anzugreifen, antwortete Pleitgen knapp: »Wer sind wir, dass wir Kompromisse eingehen, wenn unsere eigene Kultur auf dem Spiel steht.«

Den Abschluss der Konferenz bildete eine Podiumsdiskussion mit einigen der Referenten sowie Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften. Die GATS-Befürworter wiederholten hier im wesentlichen, was sie schon vom Plenum aus gesagt hatten, namentlich drückten sie ihr Unverständnis gegenüber allen Bedenken aus. Die anderen Diskussionsteilnehmer hielten sich zurück, Lebendigkeit kam eher durch die Publikumsbeiträge ins Geschehen.

Interessant wurde es dann nochmals im Anschluss an die offizielle Konferenz – ein NGO-Strategietreffen war angesagt. Zunächst wurde der Stand der Vorbereitungen zur WTO Ministerkonferenz in Quatar Anfang November dargestellt (der ersten Konferenz auf dieser Ebene seit dem Scheitern der WTO in Seattle, siehe Kasten). Zum Schluss wurden neue Entwicklungen von Gegenstrategien gegen die Kritik der Zivilgesellschaft diskutiert: Es muss damit gerechnet werden, dass Konzerne und Wirtschaftsverbände in Zukunft ihre Interessen öffentlichkeitswirksamer vertreten, dabei versuchen, die Glaubwürdigkeit der NGO's entweder für sich zu nutzen, indem sie mit ihnen kooperieren, oder durch offensive Werbestrategien zu unterlaufen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Wie GATS uns betreffen wird

Jeder einzelne Aspekt des öffentlichen Lebens wird von GATS betroffen werden. Als Ergebnis globaler Ökonomisierung durchläuft bereits jetzt jedes Land auf der Welt einen fundamentalen Transformationsprozess. Reichtum sprudelt nach oben, während eine wachsende ökonomische Kluft die von dem System Profitierenden von einer immer größer werdenden Unterklasse trennt. Um sicherzustellen, was der amerikanische Erziehungsautor Jonathan Kozol »Das überleben der Kinder der Stärksten« nennt, wird ein gestuftes System bei Erziehung und Sozialversicherung überall auf der Welt die Norm, indem wir kollektiv einen früheren Traum von universellen Rechten aufgeben. Wir schaffen Topschulen und Gesundheitsversorgungssysteme für die Elite der Welt, und für diejenigen, die nicht mehr zählen, ein gestuftes System – oder überhaupt kein System. (...)

Einfach ausgedrückt wird das »Gemeinwesen« – oder das was davon noch übrig ist – unter vollen Beschuss geraten, falls GATS durchgeführt wird. Was bisher Bereiche gemeinsamen Erbes waren, wie Samen und Gene, Luft und Wasser, Züchtung und Erbgut, Gesundheitsversorgung und Erziehung, wird vorgeschlagen zur Vermarktung, zur Privatisierung, zum Verkauf an den Meistbietenden auf dem freien Markt. Länder wie Kanada und Frankreich, die ein nationales, frei zugängliches Gesundheitswesen und Erziehungssystem haben (und es genießen), werden diese verlieren. Länder wie Großbritannien und Chile, die einmal allgemeine Sozialprogramme hatten, oder die Vereinigten Staaten, die niemals ein öffentliches Gesundheitssystem besaßen, werden in der Zukunft den Zugang zu einem öffentlichen Modell verschlossen finden, genauso wie es bei Ländern wie Indien und Südafrika der Fall wäre, die gegenwärtig darum kämpfen, solche Rechte für ihre Bevölkerungen zu sichern.

Das letzte Ende dieser Übung wird vielleicht am besten durch einen hochrangigen US-amerikanischen WTO-Funktionär zusammengefasst, der unverfroren über den GATS/WTO-Prozess sagte: »Im Grunde wird er nicht aufhören, bevor Ausländer endlich beginnen, wie Amerikaner zu denken, wie Amerikaner zu handeln und – am wichtigsten – wie Amerikaner einzukaufen«.●

Kommentar

Die Konferenz konzentrierte sich auf die Auswirkungen des GATS auf demokratische Grundrechte, auf den zukünftigen Handlungsspielraum des Staates und auf die Fähigkeit des Staates, die Grundversorgung aller Menschen zu garantieren. Dem Staat wurde die Hauptverantwortung für die Bereitstellung wichtiger Dienste wie Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung u.a. gegeben. Konsequenterweise ist die Strategie der NGO's, soweit auf der Konferenz angesprochen, darauf gerichtet, Druck auf die Regierungen auszuüben, damit diese in den Vertragsverhandlungen für das Gemeinwohl und den Erhalt demokratischer Grundrechte eintreten. Dies kann als ein Zeichen der Staatsorientierung der (europäischen) Zivilgesellschaft gesehen werden. Dabei ist zu bedenken, daß diese Konferenz von NGO's ausgerichtet wurde, die gerade in der Politikanalyse und in der Lobbyarbeit ihr spezifisches Aufgabenfeld haben. Es ist hier also der Teil der Zivilgesellschaft sichtbar geworden, der die legitime und höchst notwendige Aufgabe übernommen hat, den Staat/Rechtsbereich an seine eigene Zuständigkeit zu erinnern und mit inhaltlichen Impulsen zu versorgen.

Dabei blieb allerdings die Tatsache unbeachtet, dass die Zivilgesellschaft selbst weltweit einer der größten Dienstleistungserbringer ist. Die im kulturschöpferischen Bereich tätigen Menschen und Organisationen scheinen GATS noch nicht als ihr Problem erkannt zu haben. GATS dringt nicht nur in deren Tätigkeitsbereich ein, es stellt unmittelbar das Grundprinzip, nach dem Zivilgesellschaftsorganisationen arbeiten, in Frage – die Gemeinnützigkeit.

In diesem Zusammenhang ist interessant, einige Charakteristiken des GATS zu beleuchten. GATS könnte betrachtet werden als Instrument, den Einfluss des Staates aus dem Bereich sowohl der Dienstleistungen, als auch der Kultur herauszudrängen. Tatsächlich ist GATS kein befreiendes und freisetzendes, sondern ein einschränkendes und vereinnahmendes Vertragswerk. Die Fähigkeit der politischen Institutionen, notwendige Regulierungen etwa im Bereich der Umwelt- oder Sozialpolitik vorzunehmen, wird in noch nicht absehbarer Weise eingeschränkt. Nahezu der gesamte Bereich der Kultur wird zur handelbaren Ware erklärt und dem Wirtschaftsleben einverleibt.

Ein anderer Aspekt ist der Vertragsgegenstand. Das GATS trifft keine unmittelbaren Festlegungen (wie z.B. noch beim GATT die gegenseitige Vereinbarung, auf bestimmte Produkte keine Zölle zu erheben), sondern es definiert die Strukturen und Regeln für einen Prozess. Dies erlaubt es den Befürwortern, alle Befürchtungen beiseite zu wischen, da keine der befürchteten Auswirkungen in dem Vertragswerk direkt nachzuweisen ist. Vor allem aber entsteht so, fast unbemerkt und ohne öffentliche Debatte, ein weltumspannendes, verfassungsähnliches Rechtsgebilde, das sich über die bestehenden (und noch entstehenden) Rechtsstrukturen legt.

Die engagierten und qualifizierten Beiträge auf der Konferenz zeigten, dass der Angriff erkannt wurde. Die kreativen Antworten auf diese Herausforderung müssen wir noch finden.●

WTO-Konferenz in Quatar

Die nächste Ministerkonferenz der WTO nach Seattle findet vom 9.-13. November 2001 in Quatar statt.

● Das Emirat war angeblich das einzige Land, das sich um die Ausrichtung dieser Konferenz beworben hat, deshalb hat die EU den Vorschlag trotz des Fehlens von Menschen- und Bürgerrechten in dieser absoluten Monarchie unterstützt.

● Das Ziel besteht darin, eine neue Verhandlungsrunde für die Ausweitung der WTO und ihrer Kompetenzen in Gang zu setzen.

● Was dort passieren wird, ist noch offen: ein mögliches Szenario wäre ein weiteres Scheitern, ähnlich wie in Seattle. Dies würde die WTO sicher schwächen, jedoch die GATS-Verhandlungen nicht stoppen, die ja ein integraler Bestandteil der WTO-Konstruktion sind.

● Quatar wird während der Verhandlungen faktisch unter WTO-Herrschaft stehen. Alle Hotelreservierungen für die fragliche Zeit wurden storniert; um ein Visum zu erhalten, braucht man eine WTO-Akkreditierung. Zwar wird die WTO die Anwesenheit von Nicht-Regierungsorganisationen dulden, allerdings limitiert auf eine Hotelkapazität von 3.000 Betten. Anmeldeschluss war der 3. Juli, die Bestätigung soll nicht vor Oktober erfolgen!

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Konferenz

● Arabische NGOs planen eine Alternativkonferenz in Beirut kurz vor dem Gipfel.

● Die Organisation ATTAC plant Aktionen in Genf, am Ort des WTO-Hauptquartiers, die Gruppe »Public Citizen/UK« startet eine Aktion, um möglichste viele Bewerbungen um eine WTO-Akkreditierung in Quatar zu Stande zu bringen.

● Kurz vor Quatar wird eine Konferenz der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN) in Rom stattfinden.

● Da viele dezentrale Aktivitäten geplant werden, besteht die Hoffnung auf eine starke Öffentlichkeitspräsenz der Zivilgesellschaft in Quatar.●

J. Lauterbach

Archivführer und Chronik Studentenbewegung

Das Buch ist Archivführer, Chronik und Bibliografie zu den Studentenprotesten von 1965 bis 1970, wobei auf den Archivführer rund ein Viertel, auf die Chronik rund die Hälfte des Buches entfallen. Die Literaturübersicht umfasst 50 Seiten. Erschlossen wird das Buch durch ein Sach- und Körperschaftsregister sowie durch Personen- und Ortsindices. Der hervorstechende Charakter des Buches ist der eines Arbeitsmittels, das zu den archivalischen und literarischen Quellen der Überlieferung zur Studentenbewegung der 60er Jahre führt, und dieser Charakter verleiht dem Buch seinen Wert innerhalb der vielfältigen Literatur zur Studentenbewegung.

Hervorgegangen ist das Buch aus einer Arbeitsgruppe von UniversitätsarchivarInnen aus Bonn, Mainz, Gießen und Saarbrücken, die, ausgehend von Chroniken der einzelnen westdeutschen Universitäten, eine deutschlandweite Chronik zusammengestellt haben. Ohne dass die Ausnahmestellung Berlins bestritten würde – die wird eher unterstrichen –, stehen dennoch nicht die dramatischen Ereignisse in den sogenannten Zentren der Bewegung im Vordergrund, sondern die oftmals banaleren Protestereignisse an den westdeutschen Universitäten im Kontext der Hochschulreform: Go-ins, Teach-ins, Demonstrationen, Störungen von Vorlesungen, polizeiliche Räumungen, Prozesse etc., diejenigen Ereignisse mithin, die aktenkundig werden sollten und in den Staats- oder Universitätsarchiven oder Bewegungsarchiven ihren Niederschlag gefunden haben. Daneben verzeichnet die Chronik ausgesuchte parallele Vorgänge im Ausland.

Entstanden ist ein gut handhabbares Arbeitsmittel, das zudem durch seine gute Erschließung dazu verführt, es nach einzelnen Orten, Ereignissen oder Gruppierungen etc. zu durchsuchen. Solche punktuelle Nutzung ist erfolgreich oder nicht, *trial and error* gehören zum Geschäft der Recherche, und mit diesem Buch wird man mit mehr Erfolg forschen können, aber ich möchte noch für eine andere Nutzung plädieren. Das Kunststück ist, das Buch von vorn nach hinten und in allen drei Teilen gleichzeitig zu lesen.

Es gilt nämlich, die Ereignisse in Hinsicht auf die verschiedenen beteiligten Akteure, auf ihre Kontexte und die unterschiedlichen Aktionsebenen sowie auf ihren Niederschlag in Akten und in den Medien in Augenschein zu nehmen. Daraus ergeben sich die weitergehenden Fragen an die Archive. Auch die Beschreibung der Archive und ihrer Bestände eröffnet neue Perspektiven auf die verschiedenen Handlungsebenen und Akteure, die sonst leicht nicht bedacht werden. Es macht in quellenkritischer Hinsicht einen wesentlichen Unterschied, ob kommunale und andere Archive aus organisatorischen oder lokalen Gründen zu Ereignissen, Themen oder Gruppen gesammelt haben oder ob die Unterlagen aus der Tätigkeit der Akteure selbst überliefert sind.

Die bedeutendsten Bestände letzterer Art werden von einigen wenigen Archiven in der Bundesrepublik und in den Niederlanden verwahrt. Zu allererst zu nennen sind das Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das Archiv »APO und soziale Bewegungen« an der Freien Universität Berlin und das Archiv des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte – einschließlich des ID-Archivs im IISG – in Amsterdam. Die Beschreibungen der Bestände dieser Archive leiten die Archivübersicht ein. Der Überlieferung von Flugblättern, Broschüren – grauer Literatur – und Zeitschriften widmen sich neben den genannten Archiven insbesondere die Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart, das Archiv für alternatives Schriftgut (afas) in Duisburg u.a.m. In einzelnen Fällen haben ASten und Studentenparlamente Unterlagen an das jeweilige Universitätsarchiv abgegeben, häufiger lassen sich Sammlungen von Flugblättern, studentischen Zeitungen und Zeitungsausschnitten finden, in denen die Studentenschaft Objekt der Sammlung sind.

Ein Archivführer wie der vorliegende kann eigentlich nie vollständig sein, das ergibt sich schon aus dem dynamischen Charakter des Forschens, aus der fortlaufenden Arbeit des Archivierens, aus den Beschränkungen, die einer Literaturübersicht gesetzt sind. Chroniken, die durch gezielte Auswahl entstehen, sind per se lückenhaft. Der Tiefe jeder Archivbeschreibung sind enge Grenzen gesetzt. Ein größeres Problem ergibt sich aus der teilweisen Spezialisierung einzelner Archive auf bestimmte Materialarten. Manche Archive sind eher Spezialbibliotheken. Entscheidend ist, dass die Überlieferung des studentischen Protestes die unterschiedlichen Materialarten berücksichtigen muss. Wie archiviert man ein Happening? Eigentliche Aktenbildung dürfte für die Rote Zelle Germanistik eher untypisch sein, weshalb die Überlieferung von Flugblättern, Broschüren, Bild- und Tondokumenten an Gewicht gewinnt. Auffällig häufig sind Fotosammlungen nachgewiesen. Es gibt aber spezielle Musikarchive und Fotoarchive, auf die vielleicht hätte hingewiesen werden sollen, weil die Archivierung von Protestbewegung und Popkultur manchmal Hand in Hand geht. Die Platten von »Ton, Steine, Scherben« kann man nicht nur im Plattenladen kaufen, man kann sich über die Gruppe auch im Rio-Reiser-Archiv informieren. Auch die Grenze zwischen Ost und West ist keine Archivschranke mehr. Die Humboldt-Universität bewahrt in ihrem Institut für Europäische Ethnologie das Archiv für Alternativkultur mit der Sammlung Josef Wintjes auf, eine Fundgrube für den literarischen Underground der Studentenbewegung. Wenn also eine Lücke zu kritisieren wäre, dann am ehesten, was die kulturellen und künstlerischen Aspekte des Protestes betrifft, denn wo bestimmte Konturen durch klassische archivalische Überlieferung nicht erfasst werden, weil eine Aktenführung nie existiert hat, scheint die der kulturellen Formen um so wichtiger.●

Christoph Becker-Schaum

Thomas P. Becker/Ute Schröder (Hrsg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre: Archivführer – Chronik – Bibliographie, Böhlau-Verlag, Köln etc. 2000. 381 S., geb., 78 DM

Gekürzter Nachdruck aus Archiv für Sozialgeschichte online Nr. 41.
Mit freundlicher Genehmigung. www.fes.de/afs-online

Autonome: Stil oder doch Politik?

Schwarzmeier versucht in seiner soziologischen Dissertation anhand der Geschichte der Autonomen nachzuweisen, dass »soziale Bewegungen nur Mobilisierungsfähigkeit erreichen, wenn es ihnen gelingt, politischen Protest mit Bewegungskultur zu verbinden« (S. 11). Dazu benutzt der mit den Autonomen sympathisierende Schwarzmeier ein der politologischen Bewegungsforschung entstammendes Ablaufschema neuer sozialer Bewegungen (nsB), das aus drei Phasen besteht: Entstehung und Schaffung von Öffentlichkeit für das Thema, die Hauptphase mit Konflikten und Aktionen und schliesslich die Phase des Rückzugs auf mittlerweile entstandene Organisationsstrukturen. Die Bewegungsforschung geht ja davon aus, dass der Aufbau einer Problemdeutung in der Öffentlichkeit und das Angebot von Erlebnismöglichkeiten für eine soziale Bewegung wichtig sind. Nach Schwarzmeier treffen die allgemein gängigen Beschreibungen von nsB auch auf die Autonomen zu. Dies begründet er mit dem grossen Gewicht, das Formen der Selbstinszenierung wie Kampf, Massenaktion und symbolische Gewalt bei den Autonomen einnehmen.

Im mit weitem Abstand umfangreichsten Teil des Buches versucht der Autor, die Geschichte der Autonomen nach dem oben angeführten Ablaufschema darzustellen. Der Bogen verläuft von ihrer Entstehung aus der, so der Autor, spontanen Militanz im Kontext von Hausbesetzungen und Aktionen der nsB über die Konsolidierungsphase Mitte/Ende der 80er Jahre und die Abschwungs- und Rückzugsphase ab Anfang der 90er Jahre (Stichworte sind hier Theoriediskussion und Organisationsdebatte) bis hin zur Auflösung ins Privatleben bzw. die neo-autonome Antifa und die postautonome Linke. Schwarzmeier führt etliche Orte (Berlin, Hamburg, Göttingen, Rhein-Main), Themen (Häuserkampf, Startbahn West, IWF, Arbeit), Kongresse (Libertäre Tage 1987 und 1993, Autonomiekongreß 1995) und wichtige Debatten (u.a. Organisierung, Sexismus) an und referiert sie.

Er arbeitet als Charakteristika heraus, dass die Autonomem »in der Regel an Bewegungen teilnehmen, deren Problemdefinition bereits abgeschlossen ist« und deshalb wenig Einfluss auf die Interpretation der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit einerseits, in der Bewegung andererseits haben – eine Ausnahme sei nur der Antifaschismus. Die Autonomen seien nicht auf ein Thema festgelegt, vielmehr gelinge nach dem Niedergang eines Themas das Aufgreifen neuer. Ein weiterer Beweis dafür, dass die Autonomen keine Jugendsubkultur seien.

Die objektive Geschichte der Autonomen zu schreiben ist unmöglich, deshalb kann auch das hier vorliegende Werk nur als ein Versuch betrachtet werden. Ein Versuch der auf den ersten Blick Interesse weckt, das dann aber herb enttäuscht wird. Ich will dies an zwei Komplexen verdeutlichen: Zum einen nimmt Schwarzmeier politische und andere Wertungen vor, die mir fragwürdig erscheinen. So steht Schwarzmeier den »Theorieautonomen« nicht gerade freundlich gegenüber. Der Wiedervereinigung samt ihren Folgen schreibt er keine Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen autonomer Politik zu und definiert Autonome als »Stil« aus einem Crossover von Punk (!) und RockerInnen (!!). Die Autonomen sieht er in klarer Abgrenzung zur »Alternativbewegung« und nicht, was ja auch naheliegen könnte, als ihren letzten Ausläufer. Schlimm ist aber, dass er den Patriarchatsdiskurs der letzten Jahre als reine Machtfrage (welcher Diskurs ist denn bitteschön machtfrei?) auffasst und dies nach dem Motto »böse Feministinnen zwingen autonome Männer zur Selbstreflexion«, was dann seiner Meinung nach nebenbei dazu führt, dass die autonome Subkultur an Attraktivität für Jugendliche verliere (S. 196).

Der zweite Komplex ist die Problematik der Quellen und der Literatur. Schwarzmeier verliert kein Wort über die Aussagekraft der von ihm zitierten, durchweg schriftlichen Quellen aus autonomen Periodika und Broschüren. Zwar erwähnt er selbst, dass es in den 80er Jahren »wenige autonome Publikationen« (S. 202) gegeben habe, aus denen er dann aber ausgiebig zitiert und sie als Diskussion »der« Autonomen darstellt. Inwieweit in den ja als theoriefeindlich geltenden autonomen Bewegungen Zeitschriften überhaupt eine Bedeutung zukommt, und wenn ja welche, das wäre wohl eine eigene Dissertation wert. Hinzu kommt, dass der Autor wie in jeder vergleichbaren Publikation fast durchgängig nur thematische Highlights und die drei, vier lokalen Hochburgen der autonomen Bewegungen darstellt. Die politische Arbeit in der Provinz (und sei es nur Hildesheim, Jena oder Regensburg) oder der meist sehr unspektakuläre Alltag der Gruppen, Infoläden und Zentren bleibt wiedereinmal im Dunkel der Geschichte. Dabei wäre dieser Alltag für die Überprüfung der Thesen des Autors vielleicht ergiebiger gewesen. Dann hätte der Fokus auch nicht so sehr auf die öffentliche (Selbst-) Darstellung der Autonomen (Vermummung, Gewalt) gerichtet werden müssen – schließlich liefen die meisten Autonomen nur selten und manche nie vermummt herum.

Den Kampf gegen den Uni-Bluff, das Aufführen nie gelesener Literatur in einer aufgeblasenen Literaturliste in allen Ehren – dass der Autor mit einer solch dürftigen Literaturauswahl und schlampigen Zitierweise für den vorliegenden Text die Doktorwürde, noch dazuhin an der ja nicht gerade als liberal geltenden Universität Göttingen erhielt, wird mir ein Rätsel bleiben.●

Bernd Hüttner

Jan Schwarzmeier: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung; Libri books on demand 2001, 214 S., 32,90 DM. Weitere Infos und Links unter www.die-autonomen.de

Antirassismus der 90er

Melter unterbreitet mit seiner für den Druck überarbeiteten Diplomarbeit einen sehr lesenswerten Überblick über das politische und soziale Wirken von antirassistischen Initiativgruppen im Deutschland der 1990er Jahre. Mit dem Band liegt nach »Antirassistische Identitäten in Bewegung« von Sabine Hess und Andreas Linder (Tübingen 1997) eine weitere fundierte Untersuchung zu den Binnenstrukturen der antirassistischen Bewegung vor. Hess/Linder hatten durch zahlreiche Interviews das Selbstverständnis und die Biografie von »humanistischen«, feministischen und autonomen AktivistInnen untersucht, während bei Melter die Reflexion der Praxis im Vordergrund steht.

Zuerst skizziert Melter die Grundzüge der europäisierten Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge: Abschreckung nach außen und Diskriminierung nach innen. Im Zuge der Abschaffung einschlägiger Regelungen 1993 kommt es mittlerweile zu einer vermehrten Illegalisierung von MigrantInnen und Flüchtlingen: Eingereiste stellen erst gar keinen Asylantrag und abgelehnte Flüchtlinge tauchen in die Illegalität ab. Im zweiten und dritten Kapitel folgt ein Überblick über die Geschichte des bundesdeutschen Asyl- und AusländerInnenrechts und die Organisation der Abschiebepraxis. Diese Teile bieten einen Überblick über die staatlichen Maßnahmen zur institutionellen Einhegung von Flüchtlingen, während Kapitel vier den öffentlich meist wenig bekannt werdenden Widerstand von Flüchtlingen gegen Abschiebung und Rassismus dokumentiert.

Nach diesen als Einleitung zum weiteren Verständnis des Hauptteils unumgänglichen Kapiteln analysiert Melter dann ausführlich die »Konzepte, Erfahrungen und Perspektiven von Initiativgruppen, die gegen Abschiebungen Widerstand leisten« (S. 82). Er untersucht, unter anderem durch Interviews, Gruppen aus Oldenburg, Bremen, Kassel, Tübingen und Köln (die meist zu Beginn der 90er Jahre gegründet wurden) sowie die erst kurz vor dem Abschluss der Untersuchung gegründete bundesweite Kampagne *»kein mensch ist illegal«*. Alle sind – in Absetzung zum bürgerlich-humanitären – dem Spektrum der feministischen oder autonomen Gruppen zuzuordnen. Bei vielen zeitigt die Arbeit nur einen bescheidenen Erfolg. Die vielfältigen Belastungen der Unterstützungsarbeit verursachen eine hohe personelle Fluktuation, die politische Kontinuität erschwert. Nicht zuletzt leiden die Gruppen, die durchweg ehrenamtlich arbeiten, an akutem Geldmangel. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass viele radikalere Flüchtlingsinitiativen den Teil von Flüchtlingssozialarbeit übernehmen, den die konventionelle nicht mehr leistet: die Arbeit mit illegalisierten Flüchtlingen und MigrantInnen. Die Darstellung von Melter endet leider Mitte 1998, der reflektierte Zeitraum ist vor allem der der ersten Hälfte der 90er Jahre; viele, wie man heute weiss berechtigte Hoffnungen, setzen nahezu alle Gruppen in die Kampagne *»kein mensch ist illegal«*.

Im Fokus des Agierens der meisten Gruppen steht jenseits der unterstützen Flüchtlinge der Staat (»Abschiebemaschinerie«), da jener das exekutierende Organ und dadurch der Gegner der beschriebenen Gruppen ist. Die antirassistischen Gruppen leisten zwar vielfältige Öffentlichkeitsarbeit, die mühsame Auseinandersetzung mit dem rassistischen Normalzustand in der Bevölkerung suchen sie unter anderem wegen ihrer Arbeitsüberlastung aber kaum. Eine breitere politische Bündnispolitik ist nur bei einer Beschränkung auf die humanitären Aspekte von einzelnen, von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen möglich. Radikalere Kritik an Staat und Bevölkerung oder eine Sichtweise, die Flüchtlinge nicht als Opfer darstellt, ist nicht vermittelbar. Eine durchdachte Strategie zu Öffentlichkeitsarbeit, Zielgruppen und Kommunikation gibt es bei den Gruppen nicht. Hier sieht Melter berechtigterweise einen wichtigen Ansatzpunkt für die Verbesserung der politischen Arbeit der Solidaritätsgruppen, zeigt doch die Erfahrung u.a. von *»kein mensch ist illegal«* , dass die Wirksamkeit antirassistischer Arbeit nicht unwesentlich von einer durchdachten Öffentlichkeitsarbeit und Bündnispolitik abhängt.●

Bernd Hüttner

Claus Melter, Zwischen Aktion und Resignation. Flüchtlinge und Initiativgruppen im Widerstand gegen Abschiebungen, Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag 2000 (www.vonloeper.de), 200 Seiten, 29,80 DM

»GEGEN BUCH MASSE« – Veranstaltungsreihe zur Frankfurter Buchmesse 2001

»Deutsche Arbeit« und Antisemitismus
– Die folgenreiche Geschichte eines deutschen Wahns
Veranstaltung mit den AutorInnen Andrea Woelndike und Holger Schatz
Dienstag, 9.10.2001 20 Uhr
BCN-Café, Nibelungenplatz im BCN-Hochhaus 1. Stock
VeranstalterInnen: Antifaschistische Liste FH, Autonome Liste Café Kurzschluß

A las Barricadas
Erinnerungen und Einsichten eines Antifaschisten
Veranstaltung mit dem Autor und Zeitzeugen Helmut Kirschey und dem Herausgeber Dieter Nelles
Mittwoch, 10.10.2001 20 Uhr
Café ExZess, Leipzigerstr. 91. Frankfurt/M – Bockenheim
VeranstalterInnen: P.A.C.K., Infoladen Frankfurt/M

Mit links gegen Israel?
Über den Antisemitismus als deutsche Normalität und seine antizionistische Projektion
Podiumsdiskussion mit:
Andrea Woeldike, Co-Autorin von »Antisemitismus – die deutsche Normalität«
Joachim Bruhn, Co-Autor von »Furchtbare Antisemiten...«
Uli Krug, Redaktion Bahamas
Moderation: Lutz Eichler (Gruppe Freie Radikale Ffm)
Mittwoch, 10.10.2001 19.30 Uhr
Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Frankfurt/M. – Bockenheim
VeranstalterInnen: Verlag caira

Tschetschenien – Russlands langer Krieg
Veranstaltung mit dem Autor Karl Grobe-Hagel
Donnerstag, 11.10.2001 20 Uhr
Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Frankfurt/M. – Bockenheim
VeranstalterInnen: Neuer ISP-Verlag

Die Nacht der Anarchistischen Literatur
Donnerstag 11.10.2001 20 Uhr
BCN-Café, Niebelungenplatz im BCN-Hochhaus 1. Stock
VeranstalterInnen: AStA/FH, Edition Blackbox, Verlag Edition AV

Ronald M. Schernikau – Die Tage in L.
Der Schauspieler Thomas Keck wird das Buch vorstellen
Donnerstag, 11.10.2001 19 Uhr
Fachhochschule Ffm, Raum 111, Gebäude 8
VeranstalterInnen: Konkret Literatur Verlag, AStA FH Frankfurt/M.

Volxküche: Theorie und Praxis
Vorstellung des neuen Volxküchen-Kochbuches..... und lecker essen !!
Donnerstag, 11.10.2001 21 Uhr
In der Au 14-16, Frankfurt/M. – Rödelheim
VeranstalterInnen: Au-Vokü, Alibri-Verlag

Die Hunde bellen.... – von A..... bis R.Z
Eine Zeitreise durch die 68er Revolte, zu den militanten Kämpfen der 70er bis 90er Jahre
Veranstaltung mit VertreterInnen der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe
Freitag, 12.10.2001 20 Uhr
Café ExZess, Leipzigerstr. 91. Frankfurt/M – Bockenheim
VeranstalterInnen: P.A.C.K., Infoladen Frankfurt/M.

Reaktion und Protest – Soziale Bewegungen gegen Neoliberalismus
Veranstaltung mit Joachim Hirsch (Redaktion www.links-netz.de), Michael Meyfert (Redaktion Widersprüche) u.a.
Freitag, 12.10.2001 18 Uhr
Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Frankfurt/M. – Bockenheim
VeranstalterInnen: www.links-netz.de

Palästinenser aller Länder, vereinigt euch!
Hermann L. Gremliza
Freitag, 12.10.2001 19 Uhr
Fachhochschule Ffm, Raum 111, Gebäude 8
VeranstalterInnen: Konkret Literatur Verlag, AStA der FH Frankfurt/M.

»...denn Angriff ist die beste Verteidigung«
– Die KPD zwischen Revolution und Faschismus
Veranstaltung mit Vertretern der Herausgebergruppe »Magma«
Samstag, 13.10.2001 20 Uhr
Café ExZess, Leipzigerstr. 91. Frankfurt/M – Bockenheim
VeranstalterInnen: P.A.C.K., Infoladen Frankfurt/M.

Grenzgängerbeats
– Elf mal Fremdsein ist das Motto dieser Erzählungen
Veranstaltung mit dem Autor Raul Zelik
Sonntag, 14.10.2001 17.30 Uhr
Café ExZess, Leipzigerstr. 91. Frankfurt/M – Bockenheim
VeranstalterInnen: P.A.C.K., Infoladen Frankfurt/M.

Bei lebendigem Leib
– Gefängnissystem und Gefangenenwiderstand in der Türkei
Veranstaltung mit dem Herausgeber Peter Nowak (freier Journalist) und ein/e VertreterIn von Libertad!
Sonntag, 14.10.2001 20 Uhr
Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Frankfurt/M. – Bockenheim
VeranstalterInnen: AStA der FH Frankfurt/M.

Lesung und Diskussion zu den Büchern von Noam Chomsky
mit dem Übersetzer und Herausgeber Michael Schiffmann
Sonntag, 14.10.2001 20 Uhr
Café ExZess, Leipzigerstr. 91. Frankfurt/M – Bockenheim
VeranstalterInnen: Trotzdem Verlag

Der Rätekommunismus in Geschichte und Gegenwart
Vortrag und Diskussion mit Cajo Brendel
Sonntag, 14.10.2001 20 Uhr
Tagungshaus des Bundes deutscher Pfadfinder (BdP) Baumweg 10 HH, Frankfurt/M.
VeranstalterInnen: Verlag caira

MITARBEITERUNTERNEHMEN

»Geistkapital«

– Bindung durch konsequente Beteiligungsmodelle

Beteiligungsunternehmen oder auch Partnerschaftsbetriebe sind herkömmliche Unternehmen mit klarer Hierarchie und Akzeptanz individueller Eigentums- und Kapitalbeteiligungsverhältnisse. Sie weisen aber sozialreformerische Elemente auf, indem sie der Arbeit einen höheren Stellenwert zubilligen und die Beschäftigten in die unternehmerische Trägerschaft integrieren. Gehen diese so weit, dass gegen den Willen der Beschäftigten keine Entscheidungen getroffen werden können, bekommen sie produktivgenossenschaftlichen Charakter. In diesem Fall kann auch von konsequenten Beteiligungsunternehmen gesprochen werden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● In neueren Schätzungen der *Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft* (AGP) wird die Zahl von 2.500 Beteiligungsmodellen in Deutschland genannt. Etwa 500 davon sind der AGP angeschlossen, einem mittelständischen Unternehmensverband mit Sitz in Kassel. Unterscheiden lässt sich bei Mitarbeiterbeteiligungsunternehmen unter anderem eine materielle Beteiligung als Kapital- oder Erfolgsbeteiligung und eine immaterielle mit einem breiten Spektrum der Informations- und Entscheidungsbeteiligung. Geschieht die Beteiligung sehr weitgehend und damit »konsequent«, bekommen solche Unternehmen produktivgenossenschaftlichen Charakter. Eine paritätische oder sogar überparitätische Beteiligung der Beschäftigten ist dann rechtlich abgesichert.

Mitarbeiterunternehmen als Rarität

Bei den konsequenten Beteiligungsunternehmen lassen sich vier Typen mit produktivgenossenschaftlichem Charakter unterscheiden. Die Mitarbeiterunternehmen, die Arbeitnehmergesellschaften, die Belegschafts-Buy-Outs und die Unternehmermodelle. Im folgenden wird nur auf Mitarbeiterunternehmen eingegangen, die mit Unternehmen aus dem Bereich der »Neue Ökonomie« einige Überschneidungen aufweisen. So werden sie beispielsweise häufig von Beginn an durch gleichberechtigte Teams gegründet werden.

Unternehmensberater, Softwareentwickler, Landschaftsplaner oder auch Architekten stellen typische Berufsgruppen dar, die solche produktivgenossenschaftlich strukturierten Unternehmen aufbauen, meist nicht in der Rechtsform der eG. Die Gründergruppe besteht oft nur aus vier oder fünf Personen. Insofern kann anfangs oft von einer Art Sozietät gesprochen werden. Aufgrund positiver Erfahrungen mit solchen Teamstrukturen wird meist schnell versucht, diese weiter auszubauen und neue Mitarbeiter als gleichberechtigte Gesellschafter aufzunehmen.

Teamorientierte Strukturen

Charakteristisch für Mitarbeiterunternehmen ist die geringe Arbeitsteilung und die hohe Qualifikation der Mitarbeiter. Schon der Begriff Mitarbeiterunternehmen verdeutlicht, dass es den klassischen Unternehmer in diesen Firmen nicht gibt und dass er oft auch in der Entstehungszeit nicht vorhanden war. Mit zunehmender Größe gleichen sie sich aber immer stärker mittelständischen Unternehmen an mit entsprechenden funktionalen Gliederungen und ähnlichen Organisationsproblemen. Selbst bezeichnen sich solche Firmen eher als Partnerschaftsunternehmen und nicht als Produktivgenossenschaften.

Die sehr weitgehende produktivgenossenschaftliche Ausprägung von Mitarbeiterunternehmen wird dadurch deutlich, dass eine Mehrheit der Beschäftigten Gesellschafter ist und alle, die interessiert sind, es auch werden können. Trotzdem liegt die Beteiligungsquote oft »nur« bei circa 60%. Dies ist oft nur dadurch bedingt, weil Wachstum und Probezeit zu Verzögerungen bis zum Erhalt des Gesellschafterstatus führen. Die sozialen Bedingungen in den Unternehmen sind meist positiv zu werten, da der starke Branchenwettbewerb hohe materielle und immaterielle Standards erzwingt. Auch die Entscheidungsbeteiligung wird fast immer sehr umfassend verwirklicht, indem große Partizipationsfähigkeit durch den Ausbildungsstand der Mitglieder und teamförderliche Organisationsstrukturen viel in diese Richtung bewirken.

Verwertung von Qualifikation

Über die zahlenmäßige Verbreitung von Mitarbeiterunternehmen gibt es keine Bestandsaufnahme. Wird die rechtliche Mindestmitgliederzahl von Genossenschaften von sieben Personen als Ausgangspunkt genommen, liegt ihre Verbreitung sicherlich bei weit über 100 Betrieben mit steigender Tendenz. Die ersten Firmen dieser Art entstanden Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre. Es sind also noch sehr junge Betriebe, die in Wachstumsbranchen entstanden oder auch heute entstehen. Ihr »Kapital« beruht selten auf Maschinen als Produktionsmittel, sondern meistens auf der Qualifikation der Mitarbeiter.

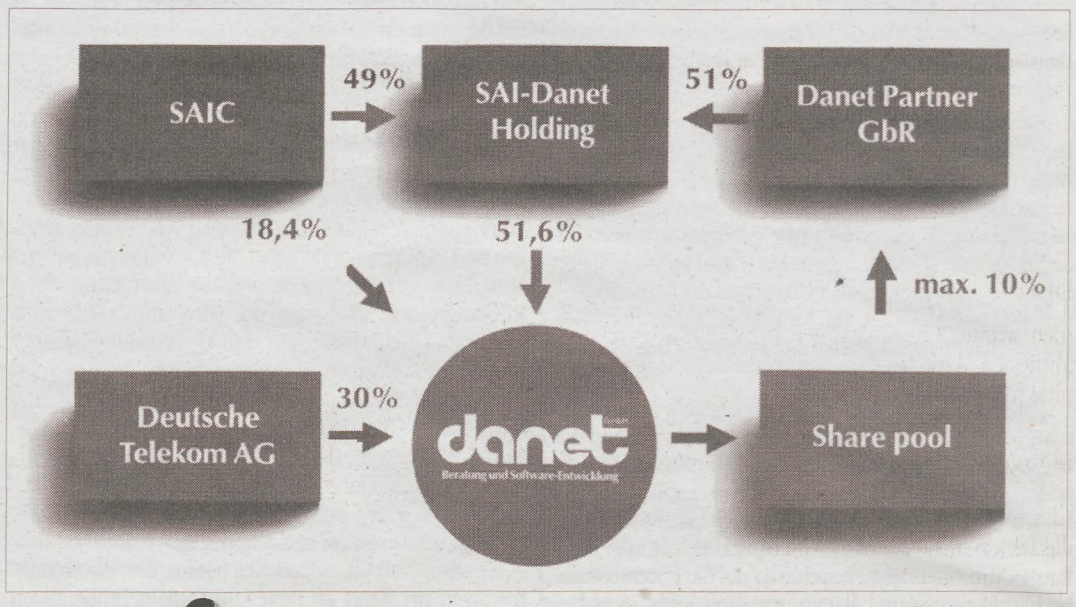
Sie können deshalb auch als »Geist-Kapital-Unternehmen« bezeichnet werden. Der Begriff deutet die Verhaltensorientierung dieser Unternehmen an. Im Vergleich zu den Selbstverwaltungsbetrieben, in denen das Prinzip der Gewinnmaximierung als Leitorientierung abgelehnt wird, sind sie auf die optimale Verwertung der Qualifikation ihrer Mitarbeiter und damit auf den gewinnbringenden Einsatz ihres »Geistkapitals« ausgerichtet.

Eines der ersten Beteiligungsmodelle dieser Art, das als Mitarbeiterunternehmen nicht mehr existiert, ist die Firma *Lenz Planen und Beraten* in Mainz. Die soziale Neuordnung der Firma findet 1969 statt. Nicht zuletzt durch die finanzielle und emotionale Beteiligung vieler Mitarbeiter werden Umsatzzuwächse von 50% im Jahr erzielt. Dabei steigt die Zahl der Mitarbeiter von 173 im Jahre 1968 auf 520 im Jahr 1971. Publiziert wird der nicht langfristig anhaltende Erfolg dieses Unternehmens als »Dividende aus der Denkfabrik«.

Modellhafte Organisation

Als Beispiele zu nennen sind u.a. die Firmen *Congena Gesellschaft für Planung, Training und Organisation mbH* oder die *Gruppe Ingenieurbau*, beide mit Sitz in München. Aus letzterer hat sich vor Jahren eine Teilgruppe abgekoppelt, die das Modell mit genossenschaftlicher Rechtsstruktur weiterentwickelte. Hervorzuheben ist deren ausgeklügeltes Abrechnungssystem durch das Selbständigkeit und Partnerschaft verwirklicht werden, ergänzt durch die fünf Unternehmensaufgaben Willensbildung, Leitung, Verwaltung, Produktion und Kontrolle.

Mitarbeiterunternehmen finden publizistisch nicht so viel Beachtung wie Selbstverwaltungsbetriebe oder Unternehmermodelle. Dabei ist ihre Modellhaftigkeit auch im Sinne einer formaljuristischen Absicherung des gleichberechtigten Status der Mitarbeitenden durch die ausgeklügelten Strukturen oft besonders ausgeprägt. Beides lässt sich auf die Qualifikation der Mitarbeiter zurückführen. Dadurch kommt es zu einer Beteiligung von vielen an der Ausarbeitung der Modellgrundlagen und häufig zu ungewöhnlichen, innovativen Experimenten bei der Gestaltung. Infolge der Entstehungszusammenhänge werden die drei »Selbst« der historischen Genossenschaftsbewegung – Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung – in Mitarbeiterunternehmen durch alle Beschäftigten ausgeprägter »gelebt« als in traditionellen Produktivgenossenschaften.●



Die Beteiligungsstrukturen zur Steuerung des Mitarbeitereinflusses bei der Firma DANET (siehe nebenstehenden Beitrag auf Seite 13)

BUCHBESPRECHUNGEN

Offene Betriebsstrukturen benötigen neue Formen der Steuerung

Eine Berechtigung besitzt der Terminus New Economy, wenn er auf Unternehmen, Netzwerke, Personen und Organisationen angewandt wird, die die kulturelle Vorreiterrolle der neuen Informationswirtschaft repräsentieren. Als charakteristisch erweisen sich gering formalisierte Betriebe, die ihre Organisationsmitglieder primär mit Nicht-Routine-Entscheidungen konfrontieren. Von daher sind sie auf eine junge, qualifizierte, ehrgeizige, hoch motivierte Belegschaft angewiesen, die große Schwankungen von Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen. Mitarbeiterbeteiligung, Unternehmensnetzwerke, Projektmanagement gehören hier zum Handwerkszeug.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Geförderte und nicht geförderte Mitarbeiterbeteiligungsmodelle existieren in der Bundesrepublik in zahlreichen Formen. Allgemeingültige Konzepte ihrer Gestaltung gibt es nicht. Insofern zeichnen sich die vorhandenen Ansätze durch eine immense Bannbreite der damit verbundenen Rechte und Pflichten der Mitarbeiter aus. Dies wird auch deutlich in der Veröffentlichung von Rosemarie Fiedler-Winter, die knapp vierzig Beispiele beschreibt. Trotz dieser Vielfalt spiegeln auch sie von den derzeit rund 2.500 bestehenden Ansätzen in Deutschland nur einige kleine Ausschnitte wider.

Mitarbeiterbeteiligungsmodelle

Das Spektrum der dargestellten Mitarbeiterbeteiligungssysteme erstreckt sich von der direkten und indirekten Kapitalbeteiligung über die investive Lohnpolitik bis hin zur Mitarbeiterbeteiligung als Grundlage für eine betriebliche Altersvorsorge. Darüber hinaus werden auch noch spezielle Modelle für leitende und verantwortliche Angestellte im Rahmen der Führungskräftebeteiligung beschrieben. Von den sogenannten konsequenten Beteiligungsmodellen werden ebenfalls vier dargestellt. Gemeint sind damit Beteiligungsmodelle, in denen durch die Konstruktion Entscheidungen gegen den Willen der Belegschaft nicht umgesetzt werden können. Dazu gehören Unternehmen wie *AUCOTEAM*, Berlin, *Grünbeck Wasseraufbereitung*, Höchstadt, *Opel Hoppmann*, Siegen und *PSI AG*, ebenfalls Berlin.

Die Darstellung der Beispiele als auch das ganze Buch mit den vorweggestellten Gesprächen mit einigen der bekanntesten Pionieren der Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland ist journalistisch aufgezogen: kurz, prägnant, Konzentration auf das Wesentliche mit einer personenbezogenen Darstellungsweise. Wissenschaftliche Abhandlungen oder konkrete Hilfe für die praktische Einführung fehlen. Insofern eignet sich das Buch gut für alle, die einen leicht lesbaren Überblick und Einstieg in die Thematik Mitarbeiterbeteiligung genießen wollen.

Rosemarie Fiedler-Winter: Innovative Mitarbeiterbeteiligung. Beispiele aus der Praxis, 2., überarb. Aufl., Landsberg/Lech (verlag moderne industrie) 2000, 223 S., DM 98,00.

Unternehmensnetzwerke

Als krasser Gegenpol der Aufbereitung kann die Veröffentlichung von Arnold Windeler zum Thema Unternehmensnetzwerke angesehen werden. Sie zeichnet sich durch eine sehr theoretische, teilweise sehr abstrakte, hochkomplexe mit schwieriger Begriffen strotzende Darstellungsweise aus. »Unternehmensnetzwerke« selbst sind nichts Neues. Windeler macht aber deutlich, dass, auch wenn der Begriff Netzwerk heute in jeder Abhandlung über modernes Management vorkommt, das Wissen darüber erstaunlich begrenzt ist. Dies versucht er nicht empirisch, sondern theoriegeleitet auf eine neue Grundlage zu stellen.

Er entwickelt eine auf der Sozialtheorie von Anthony Giddens aufbauende Theorie der Vernetzung. Auf diese Weise hofft Windeler, Defizite im soziologischen Diskurs der wichtigsten Netzwerkansätze wie der »systemischen Rationalisierung« und der »strukturellen Netzwerkanalyse« zu überwinden. Der Wissenschaftler ist überzeugt, mit seinem Ansatz Voraussetzungen zu erstellen, durch die nicht nur die Möglichkeiten der empirischen Analysen von Netzwerken verbessert werden. Gleichzeitig hofft er auch generelle Grundlagen zur Untersuchung sozialer Systeme anzubieten und auf diese Weise auch die organisationssoziologische Theoriearbeit zu befruchten. Mit ihrem Abstraktionsgrad spiegeln die Ausführungen nur wenig von den betrieblichen Wirklichkeiten wider. Wer sich dennoch in die aktuelle sozialwissenschaftliche Theorieentwicklung und -auseinandersetzung verbeißen will, wird sich nach Durcharbeiten des Buches auf dem aktuellsten Stand wissenschaftlicher Theorieentwicklung der Vernetzung befinden.

Arnold Windeler: Unternehmensnetzwerke: Konstitution und Strukturation, Wiesbaden (Westdeutscher Verlag) 2001, 400 S. DM 82,00.

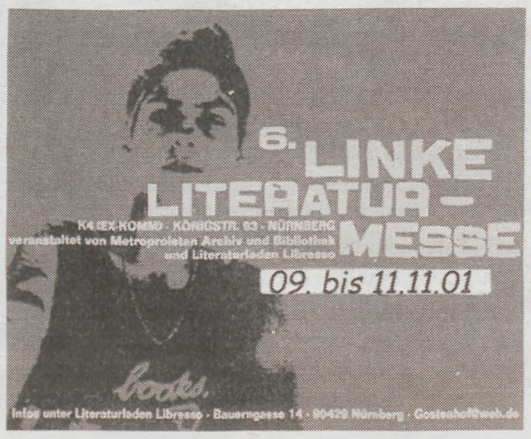
Projektmanagement

Beim Thema Projektmanagement steht in den meisten Fällen der Sachaspekt im Vordergrund, während Teamgesichtspunkte und Gruppenprozesse eher nachrangig behandelt werden. Gerhard H. Schlick, Unternehmensberater, versucht beides gleichgewichtig miteinander zu verbinden bzw. wählt eine komplexere Herangehensweise. Sein Plädoyer: die Dreiheit Aufgabe, Gruppe und Individuum mit ihren Abhängigkeiten und Vernetzungen als Einheit wahrzunehmen. Entsprechend nimmt die Gestaltung von Gruppenprozessen bei ihm einen breiten Raum ein. Besonders den Themen Führen in Gruppen und Führung von Mitarbeitern widmet er einen größeren Teil seiner Veröffentlichung. Dabei verdeutlicht er das sich gegenseitige Bedingen von Führungskultur, Projektkultur und Unternehmenskultur. Für eine erfolgreiche Projektabwicklung sieht er das Team als Arbeits- und Organisationsform mit gepooltem Sachverstand, deren Fehlerquellen durch wenige Schnittstellen gering gehalten werden kann.

Die Darstellung ist gut lesbar geschrieben und eine Mischung von Beratungserfahrung und Vorlesungsmanuskript. Viele Graphiken veranschaulichen das Geschriebene, auch wenn diesen manchmal die inhaltliche Prägnanz fehlt. Auch die Abbildungsqualität könnte teilweise besser sein. Veröffentlichungen zum Projektmanagement gibt es sicherlich systematischere, die gleichzeitig auch stärkere Umsetzungshilfen an die Hand geben. Entscheidende Stärke der Veröffentlichung sind die verschiedenen Blickwinkel, mit denen die Thematik relativ umfassend beleuchtet wird, indem der Autor sich nicht auf die üblicherweise im Vordergrund stehende Organisation der Projektabwicklung beschränkt.

Gerhard H. Schlick: Projektmanagement, Gruppenprozesse, Teamarbeit – Wege, Hilfen und Mittel zu schnittstellenminimierter Problemlösungskompetenz, 4. Aufl., Renningen (expert verlag), 2001, 417 S., DM 76,00.

Anzeige



DANET GMBH, WEITERSTADT

Durch »Mitarbeiterhoheit« auf Erfolgskurs

Wovon andere nur reden, das hat die Danet-Firmengruppe längst verwirklicht. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich am Unternehmen beteiligen. Annähernd 60% der über 780 Beschäftigten hat diese Gelegenheit genutzt. Das Modell sichert den Mehrheiteinfluss der Beschäftigten. Die Danet-Beteiligungsmodelle suchen bundesweit ihresgleichen. Sie zahlen sich nicht nur für die Mitarbeiter aus. Seit Danet-Mitarbeiter auch Mitgesellschafter ihres Unternehmens werden können, steigen Umsatz und Ertrag rascher denn je. Der Wert des Unternehmens hat sich vom Jahr der Einführung im Jahr 1995 bis 2000 mehr als verfünffacht. Jeder Mitarbeiter hat die Chance, von diesem Wert-Zuwachs seines Unternehmens auch für sich persönlich etwas zu haben.

Thomas Postina, Red. Genossenschaften ● Im besten Sinne des Wortes hat die Darmstädter Danet GmbH aus der Not eine Tugend gemacht: Der damalige Mehrheitsgesellschafter *GSI (Générale de Service Informatique)*, verließ Ende 1994 überraschend das Boot. »Das waren kritische Augenblicke«, erinnert sich Jürgen C.W. Schröder, Vorsitzender Geschäftsführer der Unternehmensgruppe. Doch schnell wurde klar, dass die Lösung des Problems aus den eigenen Reihen kommen würde. 120 Mitarbeiter legten zusammen 11,5 Millionen Mark auf den Tisch, sozusagen das Startkapital für das spätere Mitarbeiterbeteiligungsmodell.

Mitarbeiterunternehmen als Gesellschafter

Gleichwohl reichte diese Finanzspritze nicht aus, um das Leck zu flicken, das die GSI hinterlassen hatte. Weitere 35 Millionen Mark waren noch zu finanzieren. Fieberhaft begann die Suche nach einem neuen Partner. Fündig wurde die Danet-Geschäftsleitung wenig später in der gleichen Branche, aber auf einem anderen Kontinent. Der amerikanische Systemintegrator *Science Applications International Corporation* (SAIC) aus San Diego schulterte als neuer Gesellschafter die restlichen Anteile.

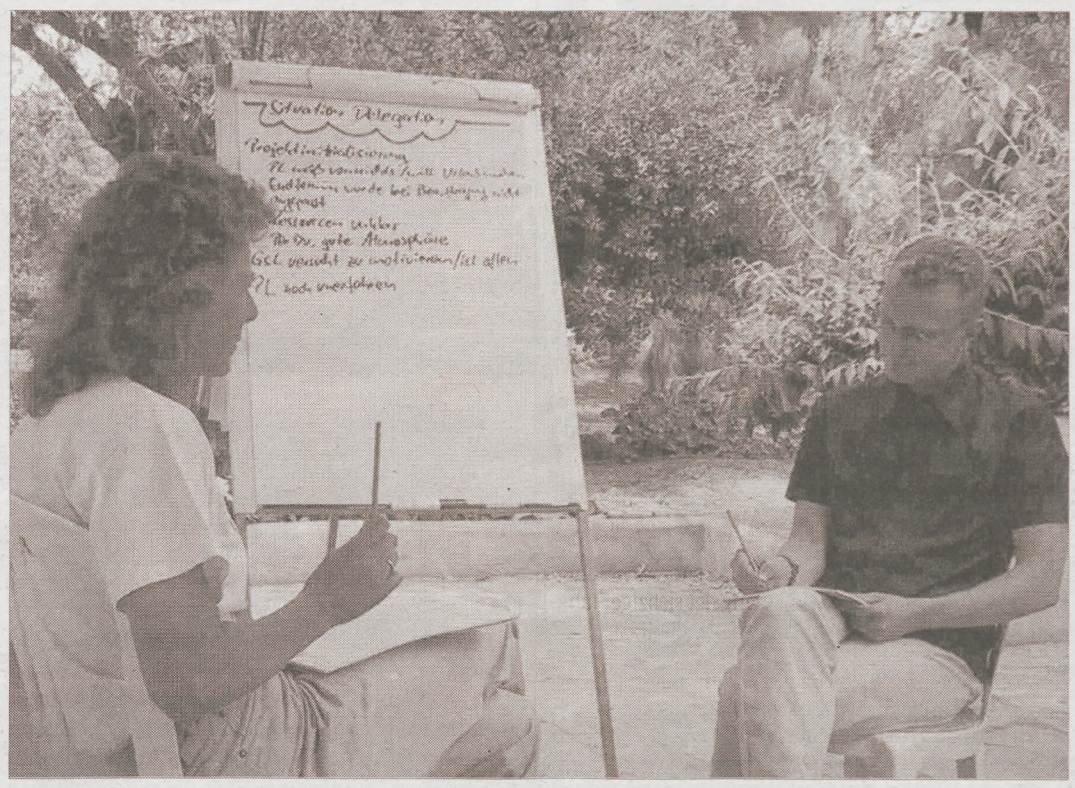
Der Vorteil des neuen Partners: SAIC arbeitete schon vor seiner Beteiligung erfolgreich in der Software- und Beratungsbranche und war mit den Danet-Problemen aus eigener Erfahrung bestens betraut. Die SAIC-Gruppe mit damals 34 000 Beschäftigten befand sich schon zu dieser Zeit ausschließlich in Mitarbeiterhand. So beteiligte sich SAIC über ihre Tochtergesellschaft Science Applications International Germany GmbH mit 18,4 Prozent direkt an der Danet GmbH, 30 Prozent hielt weiterhin die Deutsche Telekom. Ein spezielles Danet-Beteiligungsmodell sorgte dafür, dass Danet-Mitarbeiter in der Folgezeit mit lediglich rund 26 Prozent der Anteile das Sagen behalten konnten.

Kompliziertes Holding-Modell

Nach dem bewährten SAIC-Vorbild entwickelte sich über die Jahre das Danet-Mitarbeitermodell, ein klassisches Mitarbeiter-Buy-Out: Dreh- und Angelpunkt ist eine Holding. Diese SAI Danet Beteiligungs GmbH besitzt mit 51,6 Prozent die Mehrheit an der Danet GmbH. In der Holding haben die Danet-Mitarbeiter das Wort. Sie bündeln ihr Kapital in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, der Danet Partner GbR. Sie hält die Mehrheit von 51 Prozent an der Holding, die übrigen 49 Prozent gehören der SAIC.

Die Danet Partner GmbH besitzt derzeit 1.330.000 Anteile zum Nominalwert von jeweils 10 Mark. Damit kontrolliert sie mittelbar 26,32 Prozent des Kapitals der Danet GmbH. Alle Mitarbeiter der Danet-Gruppe, die unbefristet beschäftigt sind, dürfen Anteile an der Danet Partner GbR erwerben, ebenso Mitglieder der Aufsichtsräte. Wenn ein Gesellschafter der Danet Partner GbR aus der Firmengruppe ausscheidet, müssen die Anteile innerhalb der Belegschaft wieder verkauft werden.

Der Einfluss der Mitarbeiter über die Danet Partner GbR bleibt so lange erhalten, wie ihr Anteil an der SAI-Danet Holding mehr als 50 Prozent beträgt. Dieser Anteil ist solange gesichert, wie die Mitarbeiter Anteile kaufen. Ist dies nicht in ausreichendem Maße der Fall, darf die Danet GmbH als Gesellschafterin der Danet Partner GbR bis zu zehn Prozent aller Anteile an der GbR erwerben. Erst danach kann die Mitgesellschafterin SAIC das nicht gedeckte Angebot von Anteilen nachfragen. Und hier setzt eine Sicherung ein: Erwirbt SAIC mehr als 50 Prozent der GbR-Anteile, muss sie die restlichen Anteile aller Mitarbeiter zusätzlich übernehmen. Dann würde ihr die SAI-Holding vollständig gehören und die GbR aufgelöst.



Qualifizierung der Mitarbeiter nimmt bei DANET einen hohen Stellenwert ein

Hauseigenes Börsenparkett

Mit der Ermittlung des Anteilswerts beauftragt die Danet GmbH zwei Mal jährlich eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Diese bewertet die Danet-Gruppe und leitet daraus auch den Wert der einzelnen Gesellschaftsanteile ab. Ausschlaggebend für die Bewertung sind die wirtschaftlichen Zahlen der Danet GmbH im Vergleich zu ihren Marktkonkurrenten. Und an zwei Tagen im Jahr können sich die Mitarbeiter – bildlich gesprochen – auf das hausinterne Börsenparkett begeben und untereinander mit ihren Anteilen handeln.

Gehen mehr Kauf- als Verkaufsangebote ein, wird eine Bezugsquote festgesetzt. Übersteigt die Zahl der Verkaufsangebote die Nachfrage, so können weitere Kaufangebote nachgereicht werden. Sollten diese immer noch nicht ausreichen, darf die Danet GmbH überschüssige Anteile für den Share-Pool erwerben. Der allerdings darf nicht die Grenze von zehn Prozent der GbR-Anteile überschreiten.

Zusätzliche Anteilsoptionen

Die Anteile des Share-Pools bilden die Basis für ein weiteres Mitarbeiter-Beteiligungsmodell: das im Jahr 1999 aufgelegte Stock-Options-Programm. Es richtet sich an Mitarbeiter, die gute Leistungen erzielt haben – sie werden von der Geschäftsführung mit den Anteilsoptionen belohnt. Die Empfänger haben damit das Recht, innerhalb bestimmter Fristen die Optionen in Anteile umzuwandeln. Außergewöhnliche Leistungen kann die Geschäftsführung mit so genannten »Stock Grants« veredeln. Das sind ebenfalls GbR-Anteile, die allerdings im Gegensatz zu den Optionen versteuert werden müssen.

Heute, nach mehr als fünf Jahren halten mehr als die Hälfte der Danet-Mitarbeiter Anteile, nämlich 420 Beschäftigte. Fazit: Das Unternehmen floriert – und es gehört den Beschäftigten selbst. Danet-Chef Schröder: »Das beflügelt Motivation, Engagement und Identifikation unserer Mitarbeiter.« Damit behielt Schröder Recht, denn im Unternehmen liegt die Fluktuation insbesondere bei den Führungskräften deutlich niedriger als im Branchendurchschnitt, nämlich bei 0.

Erfolgsbeteiligung aus Arbeit

Auch Danet-Mitarbeiter, die keine Optionen erworben haben oder Anteile besitzen, profitieren am Erfolg des Unternehmens: 25 Prozent des Gewinns – vor Abzug von Steuern und Gewinnbeteiligung der Danet-Gruppe – werden als Gewinnbeteiligung an alle Mitarbeiter ausgeschüttet. Im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre konnte jeder nicht leitende Mitarbeiter 74,5 Prozent eines zusätzlichen 14. Monatsgehaltes einstreichen.●

Kurzporträt der Danet GmbH

Die Danet-Gruppe ist eines der führenden europäischen Beratungs- und Software-Unternehmen im Bereich der Telekommunikation. Im Jahr 2000 erwirtschaftete das Unternehmen einen Umsatz von 172, 2 Millionen Mark bei einem Ergebnis von 22,7 Millionen Mark (EBITA nach US-GAAP). Zur Danet-Gruppe gehören die Muttergesellschaft Danet GmbH (Danet Gesellschaft für Beratung und Softwareentwicklung mbH) in Darmstadt Weiterstadt, die Danet Consult GmbH in Dortmund sowie die Danet Gesellschaft Internet Solutions GmbH in Stuttgart. Im Ausland ist die Danet-Gruppe mit Tochtergesellschaften in den USA, in Großbritannien, in Frankreich und in Litauen vertreten. Niederlassungen unterhält Danet in Österreich und in der Schweiz. Die Danet-Gruppe beschäftigt derzeit rund 780 Mitarbeiter.

TAGUNGSANKÜNDIGUNG HERBSTSEMINAR THEORIEARBEITSKREIS ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Mitarbeiterbeteiligung in der Neuen Ökonomie

Werden Unternehmen der Neuen Ökonomie sich als Wegbereiter für eine partizipative Wirtschaftskultur bewähren oder erweist sich die Neue Ökonomie als Spaltpilz der Gesellschaft, indem nur eine Minderheit frei, reich und unabhängig wird? Oder war das Ganze nur ein kurzfristiger Modetrend? Werden Interessensvertretungen von Mitarbeitern und gewerkschaftliche Organisierung zukünftig auch zum Alltag dieser Branche gehören als Folge der gegenwärtigen radikalen Einbrüche?

Die Neue Ökonomie hat nicht nur mit Wirtschaften im engeren Sinne zu tun. Sie erweist sich auch und gerade als ein kulturelles Phänomen und als Geburtshelferin von Lebensstilen mit vielfältiger Symbolik. Die demonstrativ zur Schau gestellte Risikobereitschaft und der demonstrative Zukunftsoptimismus sind ebenso typische Erscheinungsformen, wie die Beteiligung am Aktienbesitz der Firma.

Durch ihre Ausrichtung auf hoch riskante Märkte und die ausgeprägte Humankapitalorientierung hat die Neue Ökonomie innovative Unternehmensorganisationen hervorgebracht, die sich durch »fließende« Organisations- und Tätigkeitsgrenzen auszeichnen. Deren idealtypische Arbeitskraft ist der Selbstunternehmer, bei dem die Fähigkeit zur Selbstvermarktung über den ökonomischen Erfolg entscheidet. Um diesen Typus trotzdem ans Unternehmen zu binden sind innovative Ansätze bei der Entscheidungs-, Kapital- und Erfolgsbeteiligung für die Mitarbeiter nötig.

Auf der Veranstaltung werden drei Stränge zusammengeführt: Alternative Denkansätze, gewerkschaftliche Überlegungen sowie neue realisierte Konzepte und Ideen von New-Economy-Unternehmen. Durch einen Überblick zum Thema Mitarbeiterbeteiligung, Unternehmensporträts und Bewertungen aus gewerkschaftlichem Blickwinkel soll am Ende der Wochenendtagung ein klareres Bild über die Möglichkeiten und Grenzen der Mitarbeiterbeteiligung in der Neuen Ökonomie entstehen. Dies gilt besonders, wenn zwischen den drei anwesenden »Kulturen« trotz gegensätzlicher Positionen ein offener Dialog gelingt.

SEMINARABLAUF

Freitag, 19. Oktober 2001

18.00 Uhr Abendessen (Anreise ab 17.30)

19.30 Uhr Begrüßung, Einführung in die Tagung

20.00 Uhr Werner Voß, ISA-CONSULT
Geschichte, Entwicklung und Bedeutung der Mitarbeiterbeteiligung

Samstag, 20. Oktober

09.15 Uhr Susanne Müller, Hans-Böckler-Stiftung
Risiken und Fallstricke der Mitarbeiterbeteiligung

Ali Sagathi, Vorstandsmitglied der PSI Aktiengesellschaft, Berlin
Erfahrungen mit dem PSI-Mitarbeiterbeteiligungsmodell und Pläne für die zukünftige Gestaltung

Stefan Wiesenberg, Vorstandsmitglied BOV Aktiengesellschaft, Essen (angefragt)
Mitarbeiteraktien und Mitarbeitereinfluss bei der BOV AG

14.00 Uhr Arbeitsgruppen

AG 1
Produktivität und Effizienz durch Mitarbeiterbeteiligung?
Diskussion der wirtschaftlichen Folgen für den Betrieb
Karin Schröder

AG 2
Gerechtere Einkommensgestaltung durch Mitarbeiterbeteiligung?
Diskussion der sozialen Folgen für den Einzelnen
Hans-Gerd Nottenbohm

AG 3
Soziale Gestaltung des Kapitalismus durch Mitarbeiterbeteiligung?
Diskussion der gesellschaftlichen Konsequenzen
Waldemar Schindowski

AG 4
Praktische Gestaltung von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen
Umsetzungshilfen und -diskussion für Betriebe
Burghard Flieger

20.00 Uhr kleines Kulturprogramm

Sonntag, 21. Oktober

09.00 Uhr Vorstellung und Zusammenfassung der Arbeitsgruppenergebnisse

11.00 Uhr Diskussion der Arbeitsgruppenergebnisse

13.30 Uhr Gemeinsame Überlegungen zur Auswertung der Tagung

ORGANISATORISCHES

Veranstaltungsort, Anmeldung und Programmanforderung: Haus der Gewerkschaftsjugend, Königsteiner Str. 29, D-61440 Oberursel, Tel.: 06171/5903-0, Fax.: 08171/590327, E-Mail: berthold.happel@hdgj.de
Teilnahmebeitrag: 125,00 DM für die gesamte Tagungszeit, Fahrtkostenerstattung: 50% der Bundesbahnkosten 2. Klasse. Während der Seminarzeiten wird Kinderbetreuung angeboten.
Weitere Informationen bei: Burghard Flieger, Erwinstrasse 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23, E-mail: Genossenschaft@t-online.de

New Economy

Viel ist derzeit von der *New Economy*, den neuen Wirtschaftsaktivitäten in Medien, Telekommunikation und Biotechnik die Rede. Internet, Börse und Neoliberalismus sind die Schlagworte, die damit vorrangig verbunden werden. Hannes Koch, Redakteur bei der *tageszeitung*, hat mit einem neuen Band der Reihe *Rotbuch 3000* (siehe auch CONTRASTE Juni 2000, S. 14) eine Einführung dazu vorgelegt.

Er definiert den Begriff und seine Entstehung und untersucht die technische Seite (Datenübertragung, vor allem per Internet). Dann stellt er den Börsenboom dar (Yahoo war z.B. im Frühjahr 2000 so hoch notiert, wie sechs Großkonzerne, u.a. BASF und Lufthansa, zusammen) und erklärt, wie es im Herbst 2000 zum Crash am »Neuen Markt«, der deutschen Börsenabteilung für neue Technologiefirmen (Internet, Biotechnologie) kam. Danach, so Koch verlagerte sich die Initiative wieder zu den Konzernen der »Old Economy«, die die durchsetzungsfähigen Betriebe aufkaufen, oder es bilden sich neue, vor allem Medien-Konzerne aus der Fusion von alter und neuer Ökonomie.

Dann wendet sich Koch der spannenden Frage zu, wie die Beschäftigten, sofern dieser Begriff hier überhaupt noch passt, die Entwicklung erleben. Stichwort sind hier die sog. »ArbeitskraftunternehmerInnen«, die die durch den Neoliberalismus bewirkten Neuerungen vor allem als Herausforderungen und gestiegene Freiheit begreifen und deshalb eifrig Überstunden klopfen. Einen Betriebsrat brauchen sie nicht, haben sie doch die Lehre »die grösste Tugend des Menschen besteht in der Anpassung an den Markt«, längst verinnerlicht. Kollektive Interessenvertretung braucht eher das interne Computerproletariat und auch die vielen, die die *bad jobs* der Informationswirtschaft wie Putzen, Essen bringen, etc. erledigen müssen. Koch versucht auf den wenigen zur Verfügung stehenden Seiten zumindest einen Einblick in die (großen?) Umwälzungen in den Arbeitsbeziehungen, die sie reflektierende Theoriedebatte und die Auswirkungen auf Gewerkschaften und Parteien zu geben. Strittig scheinen hier vor allem zwei Dinge zu sein. Erstens inwieweit die *information poor* und die sog. »neuen Unterklassen« noch in die Gesellschaft integriert werden sollen (hier gibt es interessante Verbindungen zur Debatte um ein Grundeinkommen). Zweitens, wer organisiert noch den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, etwa Kindererziehung oder Nachbarschaft, wenn niemand mehr angesichts flexibilisierter Arbeitszeiten dafür Zeit hat, bzw. sich diese Bereiche der individualisierten und zunehmend umfangreicher werdenden Lohnarbeit unterordnen müssen. Dass sich das Soziale dem Kapital unterordnen muß, ist von links bis rechts klar, strittig, und das innerhalb und quer zu den Parteien ist nur noch der Grad.

Das Büchlein ist wie alle Titel dieser *Rotbuch*-Reihe sehr klar gegliedert und in seiner Performance ein gewisses Zugeständnis an das vom Infotainment geprägte Leseverhalten der avisierten linken Zielgruppe. Zu »Börse« liegt in der *Rotbuch*-Reihe ebenfalls ein Band vor, VerfasserInnen sind Vanessa Redak und Beat Weber.●

Bernd Hüttner

Hannes Koch: New Economy, Rotbuch Verlag, Hamburg 2001, 95 S., 16,90 DM (www.rotbuch-verlag.de)

Bürgerrechte statt Armenfürsorge

Gesellschaften und Kulturen, in denen Wohltätigkeit und Armenfürsorge eine große Bedeutung haben, sind im Kern ungerecht und undemokratisch: Reichtum und Besitz befinden sich in Händen weniger, der großen Zahl der Armen und Ausgegrenzten sind Aufstiegschancen in der Regel verwehrt. Regelmäßige freiwillige Armengaben (in der Regel Nahrung und Bekleidung) – moralisch begründet – zementieren eher die bestehende Ungleichheit, als dass wirklich Not und Elend überwunden werden könnte.

Das sind die überraschenden Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung über die vorchristliche Antike von Hendrik Bolkestein, Professor für Alte Geschichte an der Universität Utrecht (Niederlande). Gegenüber gestellt werden die Kulturen Ägyptens und Israels mit denen Griechenlands und Roms. Dass in der frühen griechischen und römischen Kultur Wohltätigkeit und Armenfürsorge keine bedeutende Rolle spielen, dürfe nicht als Hinweis für tatsächlich unsoziale Verhältnisse gewertet werden, so der Autor. Im Gegenteil böten nur Gesellschaftsformen, in denen arme und reiche Bürger sich auf gleicher Augenhöhe begegnen, wirkliche Voraussetzungen zur Überwindung von Armut. Bedingung hierfür aber ist, dass in demokratischen Prozessen (Wahlen, Bürgerversammlungen, Bürger- und Vetorechte) über Politik und über die jeweils auf Zeit Herrschenden abgestimmt werden kann – und dass auch die Verteilung von Grund und Boden der gesellschaftlichen Mitbestimmung unterworfen ist.

Gerade die regelmäßige Neuordnung von Besitzverhältnissen sichert der armen Bevölkerung ein dauerhaftes Auskommen, etwa wenn landwirtschaftlich nutzbare Fläche zur Neuverteilung ansteht. Dies war ein wesentliches Element der demokratischen Kultur der frühen griechischen Stadtstaaten, die auch im frühen Rom übernommen wurde. »Brot und Spiele« ist ein Rudiment dieser Traditionen in späteren römischen Kaiserzeiten, als die Bürgerrechte den Armen längst beschnitten waren, ihre bloße Existenz aber immer noch Anlass zu Besorgnissen gab.

Anders in der Tradition Ägyptens und Israels, wo eigens für Hungersnöte Kornkammern eingerichtet wurden. Hier war die Unterstützung von Armen und Hilfsbedürftigen in erster Linie moralisch verankert. Auch wenn insbesondere die Propheten in leidenschaftlichen Ausbrüchen Mitgefühl mit den Armen zeigten, »weiter als bis zu einem Appell an das Gewissen der Vermögenden und Machthaber haben sie es nicht gebracht; sie waren nur Verkünder sozialer Ethik; (...) den Versuch, die Unterdrückten zum Widerstand aufzurufen und so ihrer Passivität ein Ende zu machen, haben sie nicht unternommen«, stellt Bolkestein fest.

So kommt er denn zu dem Ergebnis: »Das Geben ohne die Erwartung einer Gegengabe erscheint unzweifelhaft eine edlere Tat, jedoch nur solange man jeden Fall für sich betrachtet, ausschließlich einen individuell-ethischen Maßstab anlegt und außerdem allein die Gesinnung des Gebers im Auge hat (...). Betrachtet man aber den Vorgang vom sozialethischen Standpunkt (...) und denkt man sich eine Gesellschaft, in der nicht eine bestimmte kleine Gruppe von vermögenden Gebern einer ebenso bestimmten Gruppe vermögensloser Empfänger gegenübersteht, so gewinnt dieses Problem ein anderes Gesicht. Dann scheint doch eine Gesellschaftsordnung den Vorzug zu verdienen, in der beinahe jeder Mensch in der Lage ist, gegebenenfalls als »Wohltäter« seines Nächsten aufzutreten, und deshalb auch leichter die Rolle des Empfängers (ohne das sonst unvermeidliche Minderwertigkeitsgefühl) spielen wird, da er sich auch zu Gegendiensten imstande fühlt. (...) Nur in einer Gemeinschaft, in der die Idee der Gleichheit und das Prinzip der Gegenseitigkeit ein kräftiges Leben führten, konnte jene Begriffsbestimmung von Recht und Gerechtigkeit entstehen, die die Grundlagen der modernen Rechtsidee geworden und geblieben ist: Gerechtigkeit ist die Bereitschaft, einem jeden zu geben, was ihm zukommt.

Insofern ist diese Studie ein wichtiger Beitrag zur gegenwärtigen Debatte um Verteilungsgerechtigkeit im modernen Wohlfahrtsstaat, über Sozialhilfe, Almosen und die Frage, mit welcher Perspektive Armen- und Sozialpolitik betrieben werden muß. Das Votum von Bolkestein aus historischer Sicht ist klar: Bürgerrechte und Mitbestimmung statt Almosen und Armenpflege. Und das in einer Zeit, in der die Regierenden schon mal testen, mit welchen Widerständen sie zu rechnen haben, wenn sie weitere Leistungen abbauen: »Es gibt kein Recht auf Faulheit!« Natürlich ist es kein wirkliches politisches Problem, Leistungskürzungen durchzusetzen und Menschen so in Billiglohnjobs und soziales Elend zu drängen – nur zu welchem Preis?

Die Lektüre dieses Buches ist zu empfehlen, weil es zum Nachdenken und Vergleichen anregt, mit drei Einschränkungen: Es wurde 1939 geschrieben (und vom Fachhochschulverlag Frankfurt/Main wieder aufgelegt) und spiegelt damit Stil, Wissensstand und auch die Schranken dieser Zeit, viele im Text eingestreute griechische und lateinische Begriffe behindern das Verständnis, und mit fast 70 Mark ist der Wälzer nicht gerade preiswert.●

Stefan Schneider

Hendrik Bolkestein: Wohltätigkeit und Armenpflege im vorchristlichen Altertum Fachhochschulverlag, Frankfurt am Main 2001 (Nachdruck der Erstausgabe, Utrecht 1939) 492 Seiten, 68 DM

Bezug: Buchhandel oder Fachhochschulverlag, Kleiststr. 31, D-60318 Frankfurt/M.
fhverlag@verlag.fh-frankfurt.de

Dieser Beitrag erschien zuerst in: »strassenzeitung« – straz Nr. 12/2001.
Leicht gekürzt/mb (Rabe Ralf)

Ökologisches Wirtschaften Heft 3-4/2000

Das schon vor einem Jahr und damit »vor BSE«, erschienene Heft »Nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft« der Fachzeitschrift »Ökologisches Wirtschaften« bringt sieben, meist relativ kurze Artikel. Sie stammen fast alle aus der Arbeit des Forschungsfeldes »Regionale Wirtschaftspolitik/Nachhaltige Regionalentwicklung« des *Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung* (IÖW), das wiederum die Zeitschrift herausgibt.

Wenn mensch sich auf die doch etwas anspruchsvollere Sprache einlässt und die Artikel sozusagen gegen den Strich liest, lassen sich doch einige nützliche Informationen, etwa zur EU-Kompatibilität von Agrarpolitik oder zu hemmenden Faktoren für Regionalisierung, entnehmen. Weitere Beiträge behandeln Landwirtschaft in Großstadtnähe und – anhand des vielbeschriebenen Beispiels »Genossenschaft Brucker Land« die Bedeutung von Kooperationen für eine nachhaltige Wirtschaftsweise.

Ganz neu und auch schockierend war für mich in aller Deutlichkeit zu lesen, dass »aus ökologischer Sicht Interesse an einem fortschreitenden Strukturwandel bestehen (muss), damit überhaupt noch überlebensfähige Betriebe aufrechterhalten beziehungsweise geschaffen werden können« (S.12). Dies ist ein Schlag ins Gesicht aller BäuerInnen und erinnert fatal, an die Sichtweise, man bräuchte erst mehr Wirtschaftswachstum, um sich Umweltschutz leisten zu können, bzw. an die herkömmliche Wachstumsideologie. Diese gewagten, aber doch deutlichen Thesen finden sich im Beitrag von Siegfried Bauer, Professor für Regionalplanung in Giessen. Das in Generationen angesammelte Produktionswissen der bäuerlichen Landwirtschaft spielt keine Rolle, Hauptsache irgendwelche von oben festgesetzten Ziele und Indikatoren werden erfüllt.

Es wundert mich immer wieder, wie jemand behaupten kann, »das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung (sei) mittlerweile in Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft fast unumstritten« (S. 10) und gleichzeitig in allen anderen Beiträgen – immerhin acht Jahre nach der UNO-Konferenz in Rio – die immensen Defizite in diesem Bereich deutlich werden (»hat sich auf dem Weg zu einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft nicht viel getan«, S. 17). Wohlgemerkt immer vorausgesetzt, mensch sieht Nachhaltigkeit überhaupt als Leitbild an, was ich nie getan habe. Diese Schizophrenie scheint zum System des Nachhaltigkeitsdiskurses zu gehören, lässt sich doch aus der Untersuchung der Defizite (»Warum es mit der Nachhaltigkeit, oder vermutlich bald: der Agrarwende, nicht geklappt hat«) auch noch das ein oder andere Forschungsprojekte stricken. Und darum geht es ja schließlich, oder?●

Bernd Hüttner

Ökologisches Wirtschaften 3-4/2000; 36 (!) Seiten für teure 19,80 DM, www.oekom.de, Vertrieb: Fax 089-544 184 99

Dorfstudie aus Österreich

In einer Feldforschung untersuchte im Sommer 1997 eine Gruppe von Wiener NachwuchswissenschaftlerInnen in einer Lokalstudie die in Kärnten im Südosten Österreichs gelegene Gemeinde St. Georgen. Die ForscherInnen versuchen anhand der Ergebnisse ihrer schriftlichen und mündlichen Befragungen und ihrer Beobachtungen den Wandel der ländlichen und bäuerlichen Lebenswelt zu beschreiben.

Einer der Leiter der Gruppe ist der Historiker Hubert Ehalt, einer der wichtigsten österreichischen Förderer der Alltagsgeschichte. Diese geschichtswissenschaftliche Richtung hat sich im Laufe der Zeit hin zu einer historischen Anthropologie entwickelt, die so Ehalt, den Mensch »als flexibles Kulturwesen« begreift, das »die grundlegenden Lebens- und Konfliktsituationen in sich wandelnden Handlungs-, Wahrnehmungs- und Vorstellungsformen bewältigt«. Sie fragt also auch danach, wie die Menschen den Wandel wahrnehmen und wie sie ihn verarbeiten.

Die AutorInnen nehmen fünf Grundentwicklungen an, die den Wandel der ländlichen Lebenswelt ab 1950 geprägt haben: Erstens den Bedeutungsverlust der Religion, zweitens den Bedeutungsverlust der natur- und am Lebenslauf der EinwohnerInnen orientierten Rituale und Gebräuche, drittens die fast völlige Auflösung der hierarchischen und patriarchalen sozialen Beziehungen, viertens den Verlust des spezifischen Charakters und der spezifischen Identität bäuerlich geprägter Regionen und fünftens den Bedeutungsverlust traditioneller sozialer und familiärer Netze. In dieser auch für andere westeuropäischen Staaten gültigen Aufzählung an zentraler Stelle zu Beginn des Buches wird schon die normative Aufladung deutlich: Der Verlust von Tradition und Bäuerlichkeit wird eher beklagt als konstatiert. Die Herausgeber sind keine Agrarromantiker – diese Kritik wäre zu einfach – sie neigen aber zu einer anti-urbanen Verklärung ländlicher Räume.

Nach der Einführung werden in zehn Aufsätzen die Ergebnisse der Untersuchung sehr ausführlich vorgestellt. Sie sind meist wenig überraschend und bestätigen die Ergebnisse anderer Untersuchungen. In der Landwirtschaft z.B. kam es durch Technisierung zum Strukturwandel Wegfall von kleineren Höfen, etc). In den Wirtschaftssektoren gibt es eine generelle Zunahme der PendlerInnen und eine Verschiebung hin zum tertiären Sektor. Bäuerinnen arbeiten viel, während Männer »Frauenarbeiten« erst übernahmen, als diese kommerzialisiert wurden, mithin mehr »Wert« hatten. Die Jugendphase wird auch in St. Georgen immer länger, mensch hat zwar immer früher den ersten Freund, die erste Freundin, der Ausbildungsabschluss liegt jedoch immer später. Die Bedeutung der Religion, ausgedrückt etwa im regelmäßigen Kirchenbesuch, geht zurück, während die Zahl der Vereine ebenso wie die der Mitglieder steigt.

Etwas interessanter sind diejenigen Beiträge, die sich mehr der »Geschichte« widmen, etwa wenn die Sozialgeschichte der Familie (Kinder, Kindheit, Partnerwahl, Heirat und Scheidung) nacherzählt wird. Die Zahl der Sozialkontakte wird von den Befragten als zurückgehend angegeben, sie hätten aber eine höhere Qualität. Nur Ältere klagen über Isolation. Die Ergebnisse der Untersuchung belegen im Grunde nur, was in jedem besseren Gemeinschaftskundeunterricht oder durchschnittlichen Universitätsseminar gelehrt wird, mit detaillierten Zahlen. Die Detailliertheit ist auch die große Stärke dieser Studie, die im krassen Gegensatz zu den fehlenden Interpretationen steht. Diese wirken, falls es sie überhaupt einmal gibt, meist sehr bieder. Politische Schlussfolgerungen etwa für Regional- oder Agrarentwicklung (und ihre kulturellen Aspekte) werden nicht gezogen.

Krude, soviel nur noch zum Schluss, ist es auch wenn sich der »neueren Kulturgeschichte« verpflichtete Autoren plötzlich von »stammesgeschichtlich-genetischer Prägung« (S. 7) sprechen und damit um Jahrzehnte zurückfallen und an völkische Muster anknüpfen.●

Bernd Hüttner

Hubert Ch. Ehalt/Wolfgang Schulz: Ländliche Lebenswelten im Wandel. Historisch-soziologische Studien in St. Georgen/Lavanttal; Peter Lang Verlag, Frankurt 2000, 232 S., 69 DM

Wachstum an Menschlichkeit –

Humanismus als Grundlage

Rudolf Kuhr, Initiator der Humanistischen AKTION, ist ein umtriebiger Mann – einer, der sich einmischt, der entschieden für eine gerechtere Gesellschaft kämpft und dabei Jahr für Jahr Hunderte von Briefen versendet, kurzum: ein Musterbeispiel für den mündigen Bürger der Zivilgesellschaft. Im Angelika Lenz Verlag ist nun eine Sammlung seiner weltanschaulichen und politischen Texte erschienen.

Das Buch ist in vier Teile untergliedert. Der erste Teil (»Positionen und Perspektiven«) enthält u.a. Gedanken zur Lebensqualität, zum Verhältnis von Humanismus und Religion, zu Fragen der Mündigkeit, des Weltbürgertums und des Lebenssinns. Im zweiten Teil (»Annäherungen und Einmischungen«) werden diese allgemeinen Orientierungsmaßstäbe auf konkrete lebensweltliche Probleme angewendet. Dabei geht es u.a. um den Aufbau einer freien und humanen sexuellen Kultur, um verantwortlichen Umgang mit Tieren, um Chancen, die sich aus dem Versuch eines »Philosophierens mit Kindern« ergeben und um konkrete Vorschläge zu Grundgesetzänderungen, die eine Weiterentwicklung der Gesellschaft ermöglichen sollen. Im dritten Teil des Buches wird die von Kuhr ins Leben gerufene »Humanistische AKTION« anhand konkreter Initiativen (»Humanistischer Informationsdienst«, »Bürger-Initiative-Medien«) vorgestellt, der vierte Teil enthält eine Sammlung von über 500 kritischen Zitaten zum Themenkomplex Weltanschauung, Religion, Glauben, Christentum und Kirche.

Es ist bewundernswert, mit welchem Elan und Durchhaltevermögen sich Rudolf Kuhr für seine Vision von Weltbürgertum und humaner Lebensorientierung einsetzt. Sicherlich: Kuhrs Pathos, das zuweilen an den »Weltethos«-Theologen Hans Küng erinnert, mag befremdlich wirken in einer Welt, in der Ideale »peinlich« und politisches Engagement »uncool« geworden sind. Es wäre ein Leichtes, den Autor als »idealistischen Schwärmer« abzuqualifizieren, sein Buch als »gut gemeinten Versuch« der Lächerlichkeit preiszugeben. Aber man würde dabei übersehen, dass dieses Pathos, dieses Engagement für den Humanismus, nicht aufgesetzt ist, sondern einer authentischen Lebenspraxis entspringt. Hier schreibt kein Experte, der gelehrig und distanziert über Humanismus referiert, sondern ein Mensch, der sich aufrichtig bemüht, seine Menschlichkeit zu entfalten. Wenn Rudolf Kuhr auf die Frage, was er von Beruf sei, antwortet, er sei ein Mensch, befinde sich aber noch in der Ausbildung, so ist das nicht so eben dahingesagt. Kuhr nimmt Gandhis Wort ernst, dass wir selbst die Veränderung sein müssen, die wir in der Welt sehen wollen. Das spürt man in jeder Zeile.

Insgesamt präsentiert sich Rudolf Kuhrs »Wachstum an Menschlichkeit« als ein engagiertes Buch »von unten«, ein Buch, dass zum Nachdenken und Mitmachen anregen möchte und mit durchaus gescheiten Vorschlägen für eine humane Veränderung unserer Kultur aufwartet. Wie gesagt: Ein Musterbeispiel für das Engagement eines mündigen Bürgers der Zivilgesellschaft. Robert Jungk hätte es mit Freude registriert.●

Dr. Michael Schmidt-Salomon in »Pro Zukunft« III/01

Rudolf Kuhr: Wachstum an Menschlichkeit – Humanismus als Grundlage. Ein Handbuch mit kurzen Texten und Zitaten. Angelika Lenz Verlag, Neustadt 2001, 359 S., ISBN-3-933037-06-9, DM 35,80.

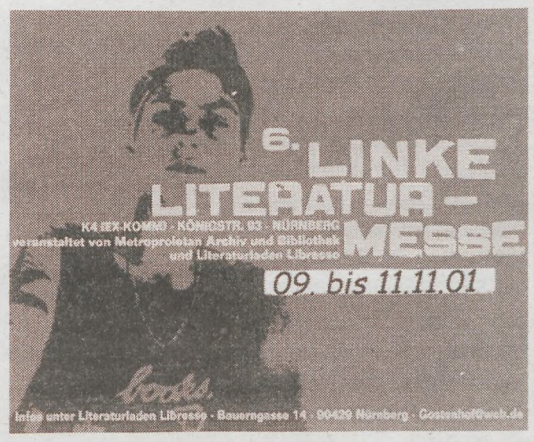
Global denken, privat handeln, Geld sparen

Die Agenda 21, das weltweite Umwelt- und Entwicklungsprogramm für das 21. Jahrhundert, ist Thema bei zahlreichen und langwierigen Verhandlungen auf Regierungsebene. Doch Verbraucherinnen und Verbraucher können auch ohne großen Aufwand privat aktiv werden. Denn Energie sparen, den Abfall vermeiden oder Wasserverbrauch senken schont nicht nur Ressourcen, sondern auch den Geldbeutel.

»Wir können als Einzelpersonen Einfluss auf weltweite Prozesse nehmen«, meint Stefanie Ludes von der VERBRAUCHER INITIATIVE: »Energiesparen im Haushalt, am Arbeitsplatz oder im Verkehr ist beispielsweise ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz«. Gerade beim Autofahren könne mit ein paar Tricks, wie rechtzeitiges Schalten in den nächsthöheren Gang oder dem Abmontieren unnützer Ski- oder Fahrradträger, Kraftstoff und damit auch eine Menge Geld gespart werden.

Auch in anderen Bereichen des Alltags können Verbraucherinnen und Verbraucher beim Umweltschutz Geld sparen. Mehr geldwerte Tipps zum Umweltschutz bietet die achtseitige Broschüre »Agenda 21«. Sie kann für drei Mark Versandkosten (Briefmarken) bei der VERBRAUCHER INITIATIVE e.V., Elsenstr. 106, 12435 Berlin, oder im Internet (www.verbraucher.org) bestellt werden.

Anzeige



JOBS

Wir suchen
eine Fachfrau/einen Fachmann als Abteilungsleiter/In für unsere digitale Druckvorstufe. Fundierte Kenntnisse in den gängigen MAC-Anwendungen, DOS-Programmen, sowie MacOS/Windows NT-Kenntnisse setzen wir voraus. Schön wäre es, wenn die/derjenige auch noch Erfahrungen aus kollektiven Arbeitsverhältnissen mitbrächte.
Wir sind
eine kollektiv geführte Offsetdruckerei. Zur Zeit arbeiten bei uns 13 Menschen. Unsere technische Ausstattung besteht aus 2 Vierfarbdruckmaschinen im Format 36x52cm und 72x102cm und einer kompletten digitalen Druckvorstufe mit vier MAC-Arbeitsplätzen, Scanner, Plotter, Signastation und Signasetter zur Belichtung fertig ausgeschossener Druckbögen bis zum Format 70 x 100 cm. In der Vorstufe arbeiten im Moment 4 MitarbeiterInnen und 1 Lehrling. Unsere Betriebsräume befinden sich in einer kleinen Gemeinde etwa 40 km südlich von München im Voralpenland.
Wir wünschen uns
jemanden, die/der sich zutraut, die Abteilung Druckvorstufe selbständig und eigenverantwortlich zu leiten und zu organisieren. Da wir wissen, dass dies einen hohen Grad an Identifikation mit dem Betrieb voraussetzt, sind wir für jede Form der Mitarbeit offen. Wer Interesse hat, die/der soll sich melden bei:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH,
Besengassl 4, D-82346 Andechs

PROJEKTE

Wir wollen VIELE sein! Die **Kommune Buchhagen** im Weserbergland, zur Zeit 7 Erwachsene (4w, 3m) und 4 Jungen (zwischen 3 und 14 Jahren), freut sich auf Dich, die/der hier eigene Träume verwirklichen will oder Lust hat, beim Aufbau eines Kulturcafés oder Fahrradhostels mitzuhelfen. Schwule, Lesben, Hetero/a/s, Alte, Junge, – ruf doch mal an (schreib, mail') und komm vorbei!
☎(0 55 33) 14 00
Buchhagen 4, D-37619 Bodenwerder
E-Mail: kombu@t-online.de

Pferdestall v. 1889, 40m lang, Wohng. ausgeb., 4.000 qm Grundstck., ruhige Lage in Meeulbg. zu verkaufen.
☎(03 99 59) 2 38 81 b. Brembach

Wohn- und Arbeitsprojekt in der Pfalz: Ich (38m) suche kreative, engagierte, idealistische Menschen zum Aufbau eines undogmatischen, aber nicht unpolitischen, nichtspirituellen Wohn- und Arbeitsprojektes auf idyllischen, teilrestauriertem, ehemaligen Bauernhof mit Wohnhaus, Nebengebäuden, Garten, Wiese, Schwimmteich ...
Kneipen-Restaurant und Ferienwohnungen vorhanden, Kultur- und Seminarräumlichkeiten geplant. Finanzielle Beteiligung erforderlich.
Kontakt: J. Böttcher, Hofstr. 5, D-67822 Hengstbacherhof
☎(0 63 62) 42 18, Fax 44 57

Wer kann uns gebrauchen?
Brüder (24 – ehem. Schlosser, 30 – ehem. Ingenieur, Erfahrungen in Landwirtschaft, Garten, Handwerk, Lebensmittelherst.) suchen Lebens- und/oder Arbeitsraum, Kommune o.ä.
Wir möchten nicht auf Kosten anderer Menschen (3. Welt) und möglichst wenig auf Kosten der Umwelt leben.
Michael u. Josef Zeidler, Flurstr. 3, D-92702 Kohlberg

Bio boomt – Bioland-Hofgemeinschaft bietet Gärtnerin und BäckermeisterIn Einstieg!
Lindenhof, Presseweg 6, D-38710 Eilum (Nähe Braunschweig)
☎(0 53 32) 35 47
www.eilum.de

SONSTIGES

80 qm Massivholzschreinerei mit Kundenstamm (wg. Ortswechsel) zur Übernahme. Auf einem idyllischen Einsiedlerhof 60 km südwestl. von Nürnberg. Die Räume sind gemietet, die Werkstattübernahme beläuft sich auf 110.tausend Euro. Conny
☎(0 98 36) 16 87 oder
(0 56 05) 80 07 34

Viel sagen wollen, aber sich nicht ausdrücken können? oder Wenig sagen können, dies aber möglichst elegant tun wollen? Professionelle und schnelle Hilfe bei der Formulierung von Doktor- und Diplomarbeiten und jeglichem anderen Text bietet erfahrene Autorin und Lektorin.
☎(0 62 23) 80 55 75 oder
e-mail: gudrunmangold@t-online.de

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2002 laufend erweitert und aktualisiert. Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2001 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

Queer Bands gesucht für SOLI-SAMPLER für autonome FrauenLesben Projekte in Heidelberg
Kontakt:
rqs@Frauen-Lesben-HD.de
FrauenLesben-Sampler
c/o Contraste
Postfach 104520
69035 Heidelberg

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung
12. Jahrgang, Nr. 47, Sept. 2001, 224 Seiten
Höhme: BRD-Konjunktur im Abschwung
Linke in Europa
Wehr – Die Linken im Europäischem Parlament / Neubert – Sozialisten und Kommunisten in Europa / Schunter-Kleemann – EU und „Gender Mainstreaming" / Beckmann – Gewerkschaften
Italien und Frankreich
Unger – Italiens Linke: Die Wurzeln der Krise / Bertinotti – Rifondazione Comunista / Hue – Aktualität des Kommunismus / Martelli – Die Linke vor den Präsidentschaftswahlen / Drweski – Frankreich: Krise und Transformation
„Flexibler Kapitalismus"
Bell, Kreutz, Recht – Armut - Reichtum - Lebenslagen / Wagner – Normalarbeitsverhältnis / Bischoff – Gesellschaftliche Arbeit
Und: Gandler – Marx in Mexiko / Peters – 80 Jahre KP Chinas
Sowie:
Berichte (Lukács; Gesundheitspolitik), Buchbesprechungen
Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,- DM ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

NEU! Männerrundbrief Nr.16
vom Mai 2001
* Therapie mit jugendlichen Sexualtätern
* Verteidigung der Idee antisexistischer Männergruppen
* Aufbau und Funktion männlicher Geschlechtsorgane
* Idealtypen – ein Beitrag zu einer reflexiven Männlichkeitsforschung
* Buchbesprechungen
* „Gibt es Heterosexualität?",...
6DM, ab 5 Exe 4DM pro Ex, im Abo 5DM

MRB, c/o iL Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster
e-mail: MaennerRB@aol.com

Alternative Naturwissenschaften – Naturwissenschaftliche Alternativen

Noch im Mittelalter dachte mann, daß Kinder in einem Ferment-Vorgang, wie bei der Gärung oder dem Käsen, entstehen, ..

November 01

.. heute weiß mann es besser.

Jede Theorie basiert auf dem, was sie ausschließt. Dies gilt auch für die naturwissenschaftliche Theorie und Praxis. Die Grenzen der Entscheidung, welche und wessen Erfahrungen als wichtig angesehen werden, ist eine gesellschaftliche Setzung. Die Ausgrenzung entspricht dabei bestehenden Herr-schaftsverhältnissen. Feministische Theoretikerinnen (E. F. Keller, C. Merchant, E. Scheich) haben diese Zusammenhänge dargestellt, alternative Ansätze gibt es aber kaum.
An der Universität wird in den Naturwissenschaften in der Regel nicht über Alternativen diskutiert. Und erst recht nicht über die Zusammenhänge von Naturwissenschaften mit Kapitalismus, Sexismus und Rassismus. Für Einzelne, die über ‚Alternative Naturwissenschaften – Naturwissenschaftliche Alternativen' nachdenken, fehlt vielfach die Möglichkeit sich mit anderen auszutauschen, die eigenen Ideen zu hinterfragen und sie zusammen weiterzuentwickeln.
Deshalb hier die Ankündigung dieses autonomen Arbeitskreises für alle, die noch von einer anderen naturwissenschaftlichen Theorie und Praxis träumen und es beim Träumen nicht belassen wollen.
Für weitere Infos oder falls Ihr zu den Terminen nicht könnt oder Rückfragen habt, meldet Euch.

7. Treffen vom 1.11. bis 4.11.01 in Lutter am Barenberge

Kontakt: Jörg Djuren - Sprembergerstr. 4 - 12047 Berlin – 030 – 69040578

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Wir verändern die Welt
jetzt. Am Kiosk
Probeabo: 10 Wochen 30 DM.
Tel. 0 30/53 63 55-0. Fax: -44
www.jungewelt.de
Die Tageszeitung junge Welt

nadir infoSystem
ermöglicht eMail-, newsgroups- und worldwideweb-zugang für Kommunikation und Vernetzung
+ betreibt im worldwideweb ein informationssystem zu linker politik und sozialen bewegungen
web: http://www.nadir.org/ mail: nadir@mail.nadir.org post: Brigittenstr. 5, 20359 HH
AKTUELL Meldungen und Hintergründe
PERIODIKA Elektronische Kopien von Zeitschriften
ARCHIV linke Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart
INITIATIV Selbstdarstellungen und Informationen von Gruppen und Projekten
NETZ Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im web
Unser Konto für die stets willkommenen Spenden: Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr. 797 156 207

Attac – Kongress
Globalisierung ist kein Schicksal...

Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung heißen die Zauberwörter der neoliberalen Globalisierung. Doch statt Wohlstand für viele bringt sie nur Gewinne für wenige. Es ist Zeit dies zu ändern! Der **Attac-Kongress "Eine andere Welt ist möglich" vom 19. bis 21. Oktober in Berlin** *bietet ein Forum, um gemeinsam Alternativen zum neoliberalen Dogma zu entwerfen und aktiv zu werden. Attac wurde 1998 in Frankreich gegründet und will als Teil einer internationalen Bewegung ein Gegengewicht zu den entfesselten Kräften der Märkte bilden.*

Kostenlose Informationen erhalten Sie bei:
Attac Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Tel.: 04231 / 957 591
Fax: 04231 / 957 594
info@attac-netzwerk.de
www.attac-netzwerk.de
attac

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, **Redaktion Dresden,** Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, **Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; 18569 Gingst/Westrügen, **Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, **Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, **Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, **Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, **Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, **Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, **Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, **Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 8900, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; 60316 Frankfurt, **Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, **Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, **Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, **Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90419 Nürnberg, **Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 93 42 80 41 52, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; **Umweltschutz von unten:** 23843 Bad Oldesloe, Jörn Hartje, (JUP!), Turmstr. 14a, ☎(04531) 45 12, Fax 71 16, E-Mail: joern@inihaus.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für die Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten
- gemeinsame Ökonomie
- Entscheidungsfindung im Konsens
- gemeinsame Verantwortung füreinander
- nachhaltige Wirtschaftsweise

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 22.-26.10.2001

Wieviel Arbeit braucht der Mensch?
Wie muss sich unsere Gesellschaft entwikkeln, damit für alle genügend Arbeit vorhanden ist und verantwortungsvoll mit unserer Lebensgrundlage umgegangen wird? Wir wollen uns mit vorhandenen Forderungen und Konzepten auseinandersetzen und die Rolle der Gewerkschaften zur ökologischen Wende diskutieren. Anhand der Kommune Niederkaufungen können wir ein praktizierendes Beispiel des »Anders leben, anders arbeiten« nachvollziehen.
In Zusammenarbeit mit dem DGB-Jugendbildungsreferat Kassel.
Termin: 4.-9.11.2001
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

MONDRAGON

Mondragon – der Drache vom Berg
Der Verein Soziale Ökonomie, Basel, die Genossenschaft Netz Soziale Ökonomie, ARSO – Alliance Rhin-Superieur Oberrhein, Mulhouse und VETO – Vereinigung der Erwerbsloseninitiativen Oberrhein veranstalten Ende Oktober 2001 eine Besichtigung der Kooperativen von Mondragon im Baskenland. In einem zweitägigen Seminar geben uns die MitarbeiterInnen einer der weltgrößten Kooperativen Einblick in ihre Geschichte, ihr Funktionieren und ihre Probleme.
Die Kooperative wurde nach dem Weltkrieg von Pater José Maria Arizmendiarrieta gegründet, um arbeitslosen Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Die geschickte Verbindung von produktivem Lernen (Berufsausbildung durch die Produktion von Haushaltsgeräten) und der Reinvestition der Verkaufserlöse in weitere Genossenschaften erlaubten einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung in der Region. Heute arbeiten im Netzwerk der über hundert Kooperativen 46.000 Personen. Der Beitritt zur EU sowie der globalisierte Markt stellen die Kooperativen vor neue Probleme.
An der Bildungsreise können max. 25 Personen teilnehmen. Das Seminar wird in Englisch abgehalten.
Reisedaten: 26. bis 31.10.2001
Die Reisekosten Bus, Hotel mit Frühstück und Seminar betragen 830 DM. Für Erwerbslose oder prekär Beschäftigte kann ein Rabatt gewährt werden.
Weitere Informationen zu Mondragon:
http://www.mondragon.mcc.es/
http://www.sfworlds.com/linkworld/mondragon.html
Weitere Informationen zur Bildungsreise und Anmeldung:
Arbeitslosenkomitee Region Basel, Greifengasse 7/Postfach, CH-4005 Basel
☎0041-61-691 51 41
www.viavia.ch

WORKSHOP

Genossenschaften – eine Chance für demokratische ReformAlternativen?
Der 4. Workshop der PDS soll am **1.12.2001** in Berlin (Franz-Mehring-Platz 1) stattfinden.
Dieser Workshop soll zum einen die Debatte der PDS über soziale, ökologische und zivile Reformalternativen und so die Programmdiskussion bereichern, zum anderen Anregungen und Unterstützung für in genossenschaftlichen Zusammenhängen bzw. Genossenschaften Aktive geben.
Information: Judith Dellheim
☎(0 30) 24 00 94 08, Fax 241 10 46
E-Mail: Judith.Dellheim@pds-online.de

HANDWERK

Veranstaltungstag zum Thema Selbstständig im Handwerk ohne Meisterbrief
Seminar: Für Handwerker, die ohne Meisterbrief legal selbstständig sein wollen.
Termin: 7.12.2001, 10 bis 17 Uhr
Ort: Kulturzentrum Lagerhaus Bremen
Podiumsveranstaltung: Zum Thema Gewerbefreiheit und Meisterzwang
Termin: 7.12.2001, 19.30 Uhr
Ort: Kulturzentrum Lagerhaus Bremen
Information:
BUH e.V., Regionalgruppe Bremen, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 794 90 46
E-mail: info@netz-bund.de
www.buhev.de

MEDIEN

Einführung in die Online-Recherche Suchmaschinen und Online-Datenbanken
Sie finden die Informationen im Web unübersichtlich? Zu viel »Informations-Geröll«? Hilfsmittel der Online-Recherche wie die Suchmaschinen muss man verstehen, um ihnen gezielt Informationen entlocken zu können. Wie finde ich die richtigen Suchworte? Wie kann ich sie verknüpfen und meine Suche einschränken? Welche Online-Datenbanken gibt es überhaupt, und wie finde ich die richtige für mein Thema? Recherchen in Bücher-, Zeitungs- und Zeitschriftendatenbanken runden dieses Praxis-Seminar ab.
Termin: 17. bis 18.10.2001

Druckorganisation praktisch Von der Computervorlage zum Druckwerk – mit Druckereibesichtigung
Wie kommen die Daten aufs Papier, welche Voraussetzungen müssen sie erfüllen? Die richtige Wahl von Bildauflösung, Farbraum und Datenformat ist Voraussetzung für eine funktionierende Produktion. Welches Papier ist das richtige? Wie verhält es sich mit Kalkulation, Kostenvoranschlag und Auftrag? Wie prüfe ich Korrekturabzüge und Blaupausen? Was tun, wenn die Drucksache nicht den Vorstellungen entspricht? Der Besuch einer Offset-Druckerei gibt Gelegenheit, konkrete Fragen zum Ablauf fachmännisch beantwortet zu bekommen.
Termin: 22.10.2001

Vom professionellen Schnappschuss zur Bildreportage
Warum sollte in engen Gassen öfter mit dem Tele- statt mit dem Weitwinkel-Objektiv fotografiert werden? Was bedeuten Zeit und Blendenöffnung für die Bildgestaltung, was für die Belichtung? Nur wer bild- und stimmungsmäßig belichtet, kann Kreativität sichtbar werden lassen. Fragen nach dem richtigen Film, der Belichtung, Blitz- oder Aufhell-Licht sowie der Einsatz der verschiedenen Objektiv-Brennweiten (digital und analog) für den Bildausschnitt werden ausführlich behandelt und in der Praxis intensiv geübt.
Termin: 23.-25.10.2001

Bilder lernen laufen ... am PC
Das Online-Medium kann mehr als Text und Bild: Die Produktion von Filmen für Video, CD-ROM und das Web ist Thema dieses Workshops. Streaming Video, Cutting und vieles mehr: Sie lernen, wie Sie einzelne Videoclips zu einem kleinen Film zusammenstellen. Durch die Arbeit mit mehreren Video- und Tonspuren können Sie Überblendungen und Effekte der unterschiedlichsten Art realisieren. Dabei wird Ihnen auch der Umgang mit Bluscreen und Standbild-Animationen vermittelt. Mit Slowmotion und zeitrafer geben Sie Ihrem Material eine neue Aussage.
Termin: 5.-9.11.2001

Wer sind die Online-User? ... immer an die Leser denken!
Information oder Unterhaltung – wer sucht was im Web? Wer nutzt das Internet heute? Wie häufig und mit welchen Zielen? Wen kann ich mit meinem Web-Angebot überhaupt erreichen? Wer surft, wer sucht, wer spielt? Wer »immer an den User denken« möchte, dem helfen die Ergebnisse der großen Online-Studien. Der GfK-Online-Monitor und die ARD/ZDF-Online-Studie werden auf dem Seminar vorgestellt, um Rückschlüsse auf die Konzeption von Web-Angeboten zu schließen.
Termin: 14.-15.11.2001

Pressearbeit mit Radio und TV
Der Lokalsender bittet um ein Telefon-Interview, das Regionalfernsehen steht mit einem Kamerateam vor der Tür. Was nun? Dass das eigene Projekt spitze ist, weiß man genau. Aber mit welchen Worten und Gesten macht man das Journalisten klar? Wie bringt man in einem 20 Sekunden kurzen Radio-Statement das wichtigste nicht nur unter, sondern auch gut rüber? Wie kann man vor der Kamera nicht nur verständlich ausdrücken, sondern auch souverän zeigen, was man zu sagen hat?
Termin: 30.11.-1.12.2001

Maillings konzipieren und texten
Mit persönlichen Anschreiben, Mailings genannt, erreichen Sie Ihre Kunden ganz direkt. In diesem Workshop strukturieren und verfassen Sie ein Mailing. Dabei gibt es Tipps zu Sprache, Anrede, Gestaltung und Aufbau eines solchen Anschreibens. Ihre mitgebrachten Beispiele werden auf Wunsch analysiert.
***Termin:** 29.11.2001*
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

Image und Öffentlichkeit
Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden möchte, muss die Persönlichkeit der eigenen Einrichtung mit positiven Image seiner Zielgruppe nahebringen. Corporate Image: Wie sorgen wir für eine einheitliche Darstellung nach außen? Corporate Design: Was gilt für Drucksachen und Kommunikationsmittel, mit denen wir uns nach außen wenden? Wie setzen wir Farben, Logos, Formate ein? Welche Schritte sind nötig, um Corporate Image und Corporate Design in der eigenen Einrichtung umzusetzen? Die Kommunikationsmittel, mit denen wir uns an die Öffentlichkeit wenden, sind ein Schwerpunkt des Seminars.
Termin: 17./18.11.2001
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie, Humboldtstr. 117, D-90459 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

FRAUEN

Frauen gehen Online – und zielen richtig!
Seit es die Initiativen »Frauen gehen ans Netz« und »Frauen gehen Online« der Frauen-Computer-Schulen und Frauen-TechnikZentren in Deutschland gibt, hat sich die Zahl der Frauen, die das Internet nutzen, deutlich erhöht. Vier von zehn Frauen haben inzwischen einen Internet-Anschluss oder schon mit dem Internet gearbeitet. Frauen verwenden ihn am häufigsten zum Mailen. Gesurft wird gezielt – wenn eine Seite beim Bildschirmaufbau zu lange braucht oder vollgestopft ist mit Werbung, wird schnell abgebrochen. Wenn sich die Informationen als langweilig und wenig informativ erweisen, sucht sich frau lieber andere Quellen... Dies entspricht dem pragmatischen und ökonomischen Herangehen von Frauen an die neuen Techniken.
Allerdings gibt es auch immer noch viele Frauen – immerhin 60% –, die bisher keinen Zugang zum Internet gefunden haben. Deshalb werden die Aktionen im Oktober 2001 fortgesetzt.
Bundesweit angebotene Schnupperseminare vermitteln Spaß und Freude im Umgang mit dem weltweiten Netz und vermitteln, wieviel leichter und schneller sich Kontakte herstellen und halten lassen.
Die Termine sind auf der gemeinsamen Homepage www.frauen-computer-schulen.de oder in den Seminarprogrammen zu finden, die kostenlos verschickt werden.
☎(0 89) 167 55 89

Weiterbildung Online-Entwicklung
Online-Entwicklung bietet Quer- und Neueinsteigerinnen eine tolle berufliche Perspektive. Denn die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, sucht händeringend qualifiziertes Personal für die Betreuung von Servern und Web-Seiten.
Für Frauen besonders interessant ist, dass eine gute kaufmännische Grundqualifikation die Chancen auf eine Stelle in der IT-Branche deutlich erhöhen (Computerwoche 27/2001).
Die Frauen-Computer-Schule München wird ab Januar 2002 eine berufsbegleitende Weiterbildung zur Online-Entwicklerin anbieten. Die gesamte Schulung wird etwa 10 Monate dauern und zum Teil als Online-Seminar via Internet durchgeführt.
Folgende Module können gebucht werden: Clientseitige Entwicklung, XML, Linux (bzw. Unix), SOL, Dynamische Webseiten, CGI/Perl, Webserver und Java.
Information & Vormerkungen:
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25
E-Mail: elli.seidel@fcs-m.de

GEGENÖFFENTLICHKEIT

Die Gemeinschaft der Lüge. Gegenöffentlichkeit und Medienarbeit sozialer Bewegungen
»Gegenöffentlichkeit schaffen« war und ist eines der zentralen Anliegen emanzipatorischer Politik. Es müssten nur die richtigen Informationen gut aufbereitet an den Mann und die Frau gebracht werden und schon würden die Menschen ihre Interessen erkennen und die Herrschaftsverhältnisse durchschauen. Die an diesem Verständnis orientierte Medienpraxis kritischer Politik führte nur zu einem beschränkten Erfolg. Sie hat weiter den unangenehmen Nebengeschmack, dass auch die Linke davon ausgeht, dass die EmpfängerInnen von Nachrichten Ziel von Manipulation seien, nur dieses mal mit guten, weil fortschrittlichen Absichten.
Gottfried Oy, u.a. Redakteur beim Webzine comunefarce wirft in seinem Referat einen Blick auf die Medienarbeit sozialer Bewegungen und versucht, einige Kriterien zu formulieren, wie emanzipatorische Medienpraxis – gerade in Zeiten des World Wide Web – heute aussehen könnte.
Donnerstag 8. November, 19:30 Uhr,
Villa Ichon, Goetheplatz, Bremen.
Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen (www.luxemburg-initiative.de).
Weitere Infos: archivbremen@niatu.net

SONSTIGES

Gefährliche Erinnerung Vergangenheitspolitik und Soziale Bewegungen in Deutschland und Chile
FUNA – eine neue Menschenrechtsgruppe mit neuen »alten« Aktionsformen aus Chile sagt uns: »Wenn die heutigen Ungerechtigkeiten auf den Ungerechtigkeiten von gestern beruhen, so sind die heutigen Kämpfe eine Fortsetzung der Kämpfe von gestern.« Also keine Frage: Erinnerung ist ein Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit. Unterwerfen wir uns der Geschichtsschreibung der Sieger oder halten wir an der »gefährlichen Erinnerung« der VerliererInnen fest.
Wir sind im weltmachtsambitionierten Deutschland zur Zeit Zeugen einer tiefgreifenden Umschreibung der Geschichte zugunsten der herrschenden Globalisierungsgewinner: Kriminalisierung der 68er, die kollektive Organisation des Vergessens der Schreckensherrschaften der Militärdiktaturen in Lateinamerika, aber auch des Holocausts in Europa sowie die Auferstehung der Totalitarismustheorie aus Zeiten des kalten Krieges, sprich die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und SED-Herrschaft im antitotalitären Konsens der »Berliner Republik«. Thema des Seminars ist daher eine genauere Betrachtung von deutscher und chilenischer Geschichtspolitik, die einerseits der Restauration von Herrschaft, aber auch als Quelle für Widerstand dienen kann. Denn die Deutungsmacht der (eigenen) Geschichte ermöglicht Sozialen Bewegungen ein größeres und selbstbewußteres Aktionspotential, wovon die FUNA-AktivistInnen ein lebendiges Zeugnis für ablegen.
Termin: 9. bis 11. November 2001, Münster
Weitere Informationen:
Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7, D-48153Münster
☎(02 51) 52 47 38; Fax: 52 47 88
Email: kaltmeier.itp@muenster.de

Alternative Naturwissenschaften – Naturwissenschaftliche Alternativen
Jede Theorie basiert auf dem, was sie ausschließt. Dies gilt auch für die naturwissenschaftliche Theorie und Praxis. Die Grenzen der Entscheidung, welche und wessen Erfahrungen als wichtig angesehen werden, ist eine gesellschaftliche Setzung. Die Ausgrenzung entspricht dabei bestehenden sexistischen, kapitalistischen und rassistischen Herrschaftsverhältnissen. Feministische Theoretikerinnen (E. F. Keller, C. Merchant, E. Scheich) haben diese Zusammenhänge dargestellt, alternative Ansätze gibt es aber kaum. An der Universität wird in den Naturwissenschaften in der Regel nicht über Alternativen diskutiert. Und erst recht nicht über die Zusammenhänge von Naturwissenschaften mit Kapitalismus, Sexismus und Rassismus. Für Einzelne, die über 'Alternative Naturwissenschaften – Naturwissenschaftliche Alternativen' nachdenken, fehlt vielfach die Möglichkeit sich mit Anderen auszutauschen, die eigenen Ideen zu hinterfragen und sie zusammen weiterzuentwikkeln.
Deshalb hier die Ankündigung dieses autonomen Arbeitskreises für alle, die noch von einer anderen naturwissenschaftlichen Theorie und Praxis träumen und es beim Träumen nicht belassen wollen.
Wir treffen uns jetzt zum siebten mal und haben ausgehend von der feministischen Naturwissenschaftskritik inzwischen unterschiedliche Ansätze diskutiert. Wir wollen nicht den Atomstaat durch Solarkapitalismus ersetzen oder Cyberparlamentarismus abfeiern, sondern mit Naturwissenschaft das System unterminieren. Für weitere Infos oder falls Ihr zu den Terminen nicht könnt oder Rückfragen habt, meldet Euch.
7. Treffenvom 1.11. bis 4.11.01
in Lutter am Barenberge
Kontakt: Jörg Djuren, Sprembergerstr. 4, D-12047 Berlin
☎(0 30) 69 04 05 78

FILMFESTIVAL

50. Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg
Die Unterstützung für den anspruchsvollen, künstlerisch herausragenden Film hat bei diesem Festival eine lange Tradition. In fünf Jahrzehnten haben eine große Anzahl heute weltberühmter RegisseurInnen ihre Karriere bei diesem Festival begonnen.
Nur Filme von jungen, hochbegabten neuen Regietalenten, die international noch niemand kennt, werden in dieser besonderen Auswahl von Debüts präsentiert. »Internationaler Wettbewerb« und »International Discoveries« sind reserviert für Qualitätsfilme von Newcomern, die zugleich auch wirkliche Premieren sind: Weltpremieren, Internationale Premieren oder Europäische Premieren. (Mannheim-Heidelberg »spielt nicht nach«: weder Cannes, noch Venedig oder Berlin ...)
8. bis 17.11.2001
Info: Internationales Filmfestival, Collini-Center, Galerie, D-68161 Mannheim
☎(06 21) 10 29 43, Fax 29 15 64
E-Mail: ifmh@mannheim-filmfestival.com
www.mannheim-filmfestival.com

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM (42 Euro) (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg